
LUXEMBURG
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS
WELTORDNUNGSKONFLIKTE INGAR SOLTY | RAINER RILLING | JAN TUROWSKI | JOHN P. NEELSEN | ERHARD CROME | MIRIAM BOYER | ALI FATHOLLAH-NEJAD | MICHAEL T. KLARE | MIRIAM YOUNES U.A.
SPEZIAL

INHALT

WELTORDNUNGSKONFLIKTE VORWORT

Donald Trump, 45. US-Präsident – was vor anderthalb Jahren noch wie eine satirische Überspitzung von »South Park« aussah, ist seit November 2016 Wirklichkeit. Die US-Wahl ist dabei aus zwei Gründen für die Frage der gegenwärtigen und kommenden Weltordnungskonflikte entscheidend: Erstens schwindet zwar die Macht der USA im internationalen System zweifellos, mehr und mehr zeichnet sich eine multipolare Weltordnung ab. Dennoch sind die USA nach wie vor der mächtigste Staat im internationalen Staatensystem: *Ökonomisch* bleiben sie – mit annähernd einem Viertel des globalen Bruttoinlandsprodukts – ungeachtet des Aufstiegs von China vorläufig die größte Wirtschaftsnation der Erde. *Finanziell* stellen sie mit dem US-Dollar die dominante Währung der Welt und bieten mit der Wall Street den sichersten Kapitalanlageplatz. *Politisch* kontrollieren sie (und ihre »westlichen« Bündnispartner) weitgehend die Institutionen des globalen Kapitalismus, vor allem die schuldenimperialistischen Weltbank und IWF. Zudem verfügen sie über ein global dominantes Militär mit einem Imperium von fast 800 Basen in über 70 Ländern. Schließlich ist auch ihre *kulturelle* Hegemonie – von Hollywood bis Harvard – ein Ausdruck ihrer besonderen Macht.

Der zweite Grund ist, dass Präsident Trump von der neoliberal-imperialen Fraktion im US-Machtblock nicht vorgesehen war. Als Milliardär ist er zwar Fleisch vom Fleisch der ökonomisch herrschenden Klasse; im Wahlkampf jedoch antagonisierte Trump diese Fraktion, indem er dessen zwei zentrale Projekte – den »Freihandels«-Kapitalismus und den imperialen Krieg zu seiner Durchsetzung und Aufrechterhaltung – rhetorisch infrage stellte. Damit stellt sich ein Jahr nach seinem Amtsantritt die Frage nach Kontinuität und Bruch der bisherigen US-Politik: Ist Trump im Sinne der neoliberal-imperialen Fraktion tatsächlich eingehegt worden? Im Innern radikalisiert seine Regierung augenscheinlich das marktradikale Programm: Sie senkt die Steuern für Superreiche und Konzerne, während sie gleichzeitig im sozialen Bereich drastische Einschnitte vornimmt. Aber wie steht es mit Trumps Außenpolitik und seinen entsprechenden Wahlkampfaussagen? Zweifellos wird massiv aufgerüstet, indem auf den größten Rüstungshaushalt der Welt noch zehn Prozentpunkte aufgesattelt werden. Aber kann in seinem ersten Amtsjahr wirklich von einer Entspannungspolitik gegenüber Russland die Rede sein, und falls ja, aus welchen Gründen? Wie angespannt ist das transatlantische Verhältnis? Kehrt Trump Obamas Annäherungspolitik an Kuba und den Iran um? Und wie ist die aggressive Haltung gegenüber China einzuschätzen?

DIE WELT UNTER DONALD TRUMP

INGAR SOLTY

Viel wurde in den letzten Wochen und Monaten über Trump geschrieben und spekuliert. Die Nachrichten sind randvoll mit Episoden aus der Soap Opera vom (vermeintlich) unfähigen und dilettantischen Präsidenten und seiner innerlich zerstrittenen Regierungsriege. Die einen bestätigt dies in ihrer Meinung von den voreingenommenen Medien und sie erkennen dann noch nicht einmal mehr einen handfesten Skandal, wenn er offensichtlich zutage liegt; die anderen wiederum fühlen sich in ihrer Meinung zu Trump bestätigt und übersehen, was die Regierung von Trump jenseits aller Tweets, verbaler Fauxpas und offener Lügen eigentlich in den letzten Monaten getan hat.

Es ist daher an der Zeit, sich mit dem realen Wirken der Trump-Regierung auseinanderzusetzen, ihre Außenpolitik im Wechselspiel zur Innenpolitik in den Blick zu nehmen und all dies in die allgemeine Entwicklung der US-Politik der letzten Jahrzehnte einzuordnen.

Dabei gilt es, eine Reihe von zentralen Fragen zu beantworten: Ist der 45. US-Präsident Donald Trump ein Decline-Manager, so wie es nach dem katastrophalen Scheitern der Bush-Administration im Irak und in Afghanistan schon über Obama behauptet wurde? Schätzen der rechtsautoritäre Nationalist und seine konservative Regierung im Gegensatz zu den neoliberalen Universalisten um Obama die Lage der USA und die Gefahr der imperialen Überdehnung womöglich richtig ein? Suchen sie tatsächlich eine ›Aussöhnung‹ mit Russland? Oder verkörpern Trump, der »Amerika wieder großmachen« will, und seine Regierung die nationale Hybris, die die USA daran hindert, Hegemonie auszuüben, und sie in militärische Abenteuer bis hin zum atomaren Konflikt mit Nordkorea taumeln

lässt, wie der *Economist* unlängst auf seinem Titelblatt vermutete? Besteht gar die Gefahr eines unkontrollierten Krieges – womöglich ausgelöst durch einen Trump-Tweet? Und was sagt eigentlich die weltweite Auseinandersetzung rund um Trump über die Art und Weise aus, wie heute im krisengeschüttelten Kapitalismus Herrschaft ausgeübt wird?

DER TRANSNATIONALE BLOCK AN DER MACHT UND DER NEOLIBERAL-IMPERIALE KONSENS

Es ist eine Tatsache, dass das Denken über die USA ein Denken über die USA in der Welt bedeutet, denn die Welt, wie wir sie heute kennen, ist ohne die USA nicht zu denken. Ihre Weltpolitik hat die Welt von heute erst geschaffen. So hat es sich der US-amerikanische Staat nach 1945 auf dem Höhepunkt seiner Macht und ausgestattet mit entsprechenden Machtressourcen zur Aufgabe gemacht, den internationalen Kapitalismus zu rekonstruieren und gegen antikapitalistische Umwälzungen in sozialistischer Richtung sowie gegen protektionistische Fragmentierungen des Weltmarktes und Wirtschaftsblockbildungen abzusichern. Hierfür schufen die USA Strukturen internationaler und transnationaler Staatlichkeit wie das Bretton-Woods-System, den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in der internationalen Finanzpolitik, das GATT (heute WTO) in der Welthandelspolitik, das wie die Keimform einer Weltkapitalismusverfassung funktioniert, sowie internationale politische Foren wie die Trilaterale Kommission, den Weltwirtschaftsgipfel von Davos oder die G2-, G7-, G8- und G20-Gipfel. Das politische Ziel bestand darin, weltweit in den im Zuge der Welle von Entkolonisierungen in der Nachkriegszeit immer zahlreicher werdenden Nationalstaaten die gleichen, möglichst uneingeschränkt geltenden Regeln für die freie Entwicklung des Kapitalismus durchzusetzen – uneingeschränkt freilich von den Fesseln der nationalstaatlichen Liberaldemokratien und ihren Prozessen.[1] Dabei profitiert hiervon freilich stets das global dominante und konkurrenzfähigste Kapital in seinem Expansionsdrang am meisten.

Unter der Regie der USA transnationalisierten sich auf diese Weise die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, entstanden mit den multi- und transnationalen Konzernen und ihren Institutionen Ansätze einer transnationalisierten Bourgeoisie, die ihre zunehmende Kohärenz durch Wirtschaftsverflechtungen, internationalisierte Aufsichtsräte, internationale Institutionen und Foren bis hin zu internationalisierten Urlaubsressorts und Eheschließungen der globalen 0,1 Prozent erhalten hat. Als Kapitalfraktion wurde diese transnationalisierte kapitalistische Klasse im internationalen System dominant. Als etwa in der kapitalistischen Großkrise der 1970er Jahre, in der Krise des Fordismus mit einer tiefen Profitklemme und starken Spannungen zwischen

globalem Norden und globalem Süden sowie zwischen den westlichen Mächten (USA versus BRD/Japan), wie schon in den zwei vorangegangenen kapitalistischen Großkrisen, der Großen Depression von 1873–1896 und der Weltwirtschaftskrise von 1929–1939, ein Rückfall in den Protektionismus drohte, erwiesen sich die von den USA geschaffenen Formen von internationaler und transnationaler Staatlichkeit als robust genug, um eine neuerliche Fragmentierung des kapitalistischen Weltmarktes zu verhindern. Tatsächlich war das Ergebnis dieser Krise eine Vertiefung der Weltmarktintegration.

Die in den Machtblöcken der einzelnen Nationalstaaten dominanten transnationalen Kapitalfraktionen eint ein politischer Konsens. Dieser ist in allen Ländern des ›Westens‹ partei- und milieuübergreifend. Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Realsozialismus und der Schwäche der antikapitalistischen Kräfte in den 1990er Jahren erfasste er auch die aus der Arbeiterbewegung entstandenen sozialdemokratischen Parteien sowie die aus der Neuen Linken hervorgegangenen grün-alternativen Mitte-links-Parteien. Der politische Konsens dieser Kräfte, der in der Sprache der »Alternativlosigkeit« formuliert wird, lässt sich wie folgt beschreiben: nach innen, das heißt in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, ist die Orientierung neoliberal und marktorientiert; in der Wirtschaftspolitik nach außen ist die wirtschaftspolitische Orientierung transnational und pro »Freihandel« und in der klassischen Außen- und Sicherheitspolitik wird ein imperial-interventionistischer Ansatz verfochten.

Die Machtübernahme von Mitte-links-Parteien – Clintons New Democrats in den USA, Blairs New Labour in Großbritannien und Schröders rot-grüne Koalition der »neuen Mitte« in Deutschland – machten diesen Neoliberalismus erst hegemonial. Damals waren ganze elf von 15 Mitgliedsländern der Europäischen Union von solchen Mitte-links-Parteien oder -Koalitionen regiert. Die Widersprüche dieser Hegemonialisierung des Neoliberalismus und seine globale (Finanz-)Krise seit 2007 haben jedoch zu tiefen politischen Rissen geführt. Seit dem Scheitern der grünen Kapitalismusreformen von oben und der globalen austeritätspolitischen Wende vom Sommer 2010 lassen sich, begleitet von weltweiten Massenprotesten, zwei auffällige Entwicklungen in den politischen Systemen im ›Westen‹ beobachten: Erstens ›franst‹ das politische System in einen rechtsautoritären Nationalismus ›aus‹ (US-Präsident Donald Trump, UKIP, Front National, AfD, Schwedendemokraten etc.), der – obwohl er ursprünglich eher marktradikal ausgerichtet war – sich im Zuge des Zustroms neuer Wählerschichten aus der traditionellen Arbeiterklasse mehr oder weniger national-sozial gibt. Zweitens sind auf der linken Seite – mit unterschiedlicher Stärke – neue Kräfte entstanden, die im Rahmen einer neuen Klassenpolitik einen solidarisch-inklusiven Weg aus der Krise

ausbuchstabieren (Bernie Sanders, Jeremy Corbyn, Jean-Luc Mélenchon, DIE LINKE, Podemos etc.) oder, wie die im Januar 2015 in Griechenland an die Macht gekommene SYRIZA-Regierung, unter schwierigsten Bedingungen umzusetzen versuchten, bis sie dann durch den außenpolitischen Druck seitens der deutschdominierten Europäischen Union bereits nach einem halben Jahr zum Scheitern gebracht wurden. Die hegemoniale Erosion der neoliberal-imperialen »Mitte« führt damit zu einer Konstellation mit drei Polen und politischen Alternativprojekten.

DER BLOCK AN DER MACHT, DIE TRANSNATIONALISIERTE KAPITALFRAKTION UND DIE WAHL VON TRUMP

Aus der Perspektive der dominanten transnational-imperialen Fraktion im »Block an der Macht« (Nicos Poulantzas) in den USA war die Wahl von Trump nicht vorgesehen. Schon die Nominierung Trumps zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner war ein Triumph der radikalen rechten Basis in der Partei über das Establishment. Hiernach lief ein großer Teil der ökonomischen und politischen (vor allem außenpolitischen) Eliten in den bürgerlichen Medien zu Hillary Clinton über, die den neoliberal-imperialen Konsens in besonderer Weise verkörpert und als frühere First Lady und Außenministerin mit engsten Verbindungen zur New Yorker Finanzwelt zu Recht als Establishment-Kandidatin galt. Es war ein Novum, dass selbst die früheren republikanischen Präsidenten und Architekten der zwei Irakkriege, George Bush und George W. Bush, sich weigerten, dem bereits nominierten Trump die Unterstützung auszusprechen. Die frühere First Lady Laura Bush und George W. Bushs Vizepräsident Dick Cheney unterstützten sogar mehr oder weniger offen Clinton, während sich mit Neocons wie Robert Kagan und Max Boot einige der entscheidenden, intellektuellen Vordenker des Irakkriegs und des »Kriegs gegen den Terror« im außenpolitischen Beraterstab von Clintons Wahlkampfteam wiederfanden. Den Höhepunkt erreichte die Absetzbewegung von der Republikanischen Partei mit einem offenen Brief, in dem sich mehr als 50 namhafte republikanische außenpolitische Berater gegen Trump positionierten und ihn als »Gefahr für die nationale Sicherheit« der USA anprangerten.

Der Wahlsieg von Donald Trump entsprach also zunächst nicht dem Interesse der herrschenden Klasse in den USA. Im Gegenteil: Er markierte einen temporären Kontrollverlust. Entscheidend war jedoch aus der Perspektive der ökonomisch und politisch Mächtigen weniger die plebejische Unappetitlichkeit von Trump, der als New Yorker Immobilienkapitalist und Multimilliardär zwar Fleisch von ihrem Fleisch sein mag, aber mit seinem antimuslimischen und antimexikanischen Radau-Rassismus und -Sexismus doch redet wie aus der Gosse. Vielmehr war es Trumps rhetorisches Ausscheren aus ihrem außen- und wirtschaftspolitischen

Konsens, der ihn aus ihrer Sicht unwählbar machte und als Gefahr erscheinen ließ. So hatte Trump im Wahlkampf eine Abkehr vom Freihandel angekündigt (Nichtratifizierung der Transpazifischen Partnerschaft und von TTIP, Abschaffung oder Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens, Strafzölle für China, Mexiko und Deutschland mit ihren hohen Leistungsbilanzüberschüssen etc.) sowie einen Bruch mit dem US-amerikanischen Empire (Kritik am gescheiterten »Krieg gegen den Terror«, der die USA – nach Berechnungen der Brown University – mittlerweile 4,79 Billionen US-Dollar gekostet hat, Infragestellung des NATO-Vertrags, rhetorischer Bruch mit Artikel 5, der die Bündnispflicht regelt, etc.).

Es waren dabei diese populären Positionen, die Trump, vor dem Hintergrund der Kapitalismuskrise und getragen von einer massiven Anti-Establishment-Stimmung in den USA im Rahmen einer tiefen Krise der politischen Repräsentation, gegen den Willen der transnationalisierten Kapitalfraktion an die Macht brachten. Im Rennen der zwei unpopulärsten Kandidat*innen, die jemals um das Amt des US-Präsidenten antraten, erlangte er zwar kaum mehr Stimmen als die zuvor Obama unterlegenen republikanischen Kandidaten John McCain (2008) und Mitt Romney (2012) und verlor sogar das, was *popular vote* genannt wird. Aber die Unbeliebtheit und Mobilisierungsschwäche von Hillary Clinton – die mit allen lauteren und unlauteren Mitteln gegen den überaus beliebten Sozialisten Bernie Sanders als Präsidentschaftskandidatin von der demokratischen Parteispitze installiert worden war – waren so ausgeprägt, dass Trump mit seiner Botschaft gegen die Eliten, gegen Freihandel und Empire und mit seiner rassistisch-demagogischen Thematisierung der sozialen Frage in den bevölkerungsreichen und damit wahlentscheidenden Wechselwählerstaaten (Wisconsin, Michigan, Ohio, Pennsylvania) des deindustrialisierten und freihandelsverheerten Mittleren Westens erfolgreich sein konnte.

Die Nervosität der Herrschenden nach diesem Kontrollverlust war auch international entsprechend mit Händen zu greifen – gerade in Deutschland, das im Verhältnis zu den USA noch einen größeren Handelsüberschuss aufweist als China und von daher von einem (selektiven) Protektionismus der USA am meisten betroffen wäre. Tatsächlich würde eine solche Politik das deutsche exportorientierte Wirtschafts- und Wachstumsmodell und die politisch-gesellschaftliche Grundlage des »deutschen Krisenkorporatismus« (Hans-Jürgen Urban) grundsätzlich infrage stellen – insbesondere deshalb, weil Deutschlands austeritätsorientierte EU-Politik die eigenen Absatzmärkte in Südeuropa erheblich geschwächt hat, womit eine deutliche Verschiebung bei der Exportabhängigkeit einherging – weg von Europa in Richtung Übersee, insbesondere China und USA.

Die Frage, die sich nach Trumps Wahlsieg im November 2016 stellte, war



rasande tyskar/flickr

darum, ob er tatsächlich gegen die dominante transnationalisierte Kapitalfraktion im US-Machtblock einen protektionistisch-antiimperialen Kurswechsel vollziehen würde (können) oder ob es dieser Fraktion gelingen würde, Trump unter Kontrolle zu bringen. Der Kontrollverlust bei den Wahlen hatte drei Szenarien denkbar werden lassen: erstens eine sozial-nationale Faschisierung und ein (rechts-)keynesianischer Kurs, der die soziale Frage von rechts beantworten würde; zweitens die Einhegung Trumps im Klasseninteresse der transnational-imperialen Kapitalfraktion im US-Machtblock bei gleichzeitiger Umsetzung all jener radikalrechten gesellschaftspolitischen Vorhaben, die weniger an den Kerninteressen der ökonomisch und politisch Herrschenden rühren; und drittens eine Entwicklung, die man mit dem deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftler Franz Neumann als Unstaat- bzw. Behemoth-Szenario bezeichnen könnte, das heißt eine Konstellation, in der – bis zur politischen Unregierbarkeit und Lähmung – der Kampf um den Wiedergewinn der Kontrolle zwischen den einzelnen Staatsapparaten, zwischen den Bundesstaaten und der Nationalregierung und auch innerhalb der Regierung ausgefochten wird.

Es ist hier nicht der Ort nachzuzeichnen, welche Indikatoren zunächst auch Szenario eins und drei plausibel machten.

Dies gilt insbesondere, weil die Kämpfe um eine Einhegung Trumps auf den verschiedenen Ebenen des vermachteten Staates auch Elemente von Szenario drei im Rahmen dieses Einhegungsszenarios mit sich gebracht haben. Fest steht: Es existiert ein riesengroßer Unterschied zwischen Trumps Wahlkampfrhetorik und seiner realen Politik. Trump betreibt seit Amtsantritt systematisch Betrug an seiner Wählerbasis. Seine Einhegung seitens der neoliberal-imperialen Kräfte im US-Machtblock ist ganz offensichtlich. Sie lässt sich zum einen an der Zusammensetzung seiner Ministerriege und zum anderen an den bislang getroffenen konkreten politischen Entscheidungen und Handlungen der Trump-Regierungen festmachen.

Trump wurde als Anti-Establishment-Politiker gewählt. Die Regierung ist jedoch – addiert man das Privatvermögen ihrer Mitglieder – die reichste in der Geschichte der Vereinigten Staaten.
Sie besteht vor allem aus hochrangigen Vertretern *erstens* des Wall-Street-Finanzkapitals, das Trump im Wahlkampf noch im Namen der Arbeiterklasse angegriffen hatte (hierzu gehören u.a. sein oberster Wirtschaftsberater Gary Cohn, Finanzminister Steven Mnuchin, Handelsminister Wilbur Ross, Trumps außenpolitischer Berater und Schwiegersohn Jared Kushner), *zweitens* aus Repräsentanten der fossilen Energieindustrie und der Pipeline-Konzerne (Außenminister Rex Tillerson, Innenminister Ryan Zinke, Energieminister Rick Perry, Umweltminister Scott Pruitt) und *drittens* aus Spitzenpersonal des militärischen bzw. außenpolitischen Machtapparates und der alten Bush-Regierung (Verteidigungsminister James Mattis, Heimatschutzminister und Stabschef im Weißen Haus John F. Kelly, stellvertretende nationale Sicherheitsberaterin Dina Powell, Arbeitsminister Alex Acosta, Verkehrsministerin Elaine Chao).

Diese reichste Regierung aller Regierungen macht nun – ganz banal – Politik für die Reichen und bedient dabei auch *partikulare* Kapitalinteressen, insbesondere in der Energie- und Umweltpolitik,[2] und sogar *partikularste* Kapitalinteressen aus dem unmittelbaren persönlichen und familiären Umfeld von Donald Trump.
Die Liste der marktradikalen Reformen ist lang. Sie beinhaltet in erster Linie einen juristisch umstrittenen Zwang zur Deregulierung, einen Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst mit anschließendem Plan zum systematischen Abbau der öffentlichen Beschäftigung und Infrastruktur, massive Steuersenkungen für das Kapital, inklusive der weiteren Absenkung der Unternehmenssteuer von 35 auf 15 Prozent, sowie einen Haushaltsplan für 2018, der die Kürzung und die ersatzlose Streichung von mehr als 60 (sozial-) politischen Programmen vorsieht.

Einzig und allein in drei Bereichen sieht der Etat für das kommende Jahr Anhebungen vor: 54 Milliarden US-Dollar Mehrausgaben für die Rüstung sowie eine Aufstockung des Etats vom Heimatschutzministerium (sprich: innere Überwachung)

und der Kriegsveteranen-Unterstützung. Zudem hat Trump den Kongress um eine Erhöhung der Mittel des Verteidigungsministeriums um 30 Milliarden US-Dollar gebeten. Kurzum: Während im sozialen Bereich und bei der öffentlichen Infrastruktur, auf die die Arbeiterklasse angewiesen ist, die Axt angelegt wird, rüstet die Regierung des Landes mit den weltweit ohnehin mit Abstand höchsten Militärausgaben weiter auf und beschließt, noch einmal zehn Prozent mehr für Kriegsgerät auszugeben. Inzwischen beläuft sich der sogenannte Verteidigungsetat der USA auf 639 Milliarden US-Dollar. Dies entspricht nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) in etwa dem Dreifachen der Militärausgaben von China (215 Milliarden US-Dollar) und dem Zehnfachen der Militärausgaben von Russland (69,2 Milliarden US-Dollar), mit deren »Bedrohung« die Steigerung der Ausgaben für Kriegsgerät in fast allen NATO-Staaten begründet wird. Die Rüstungsausgaben aller NATO-Staaten zusammengenommen übersteigen mit offiziell 945,96 Milliarden Euro die chinesischen Rüstungsausgaben im Übrigen um mehr als das Vierfache und die russischen um mehr als das Dreizehnfache.[3] Die Aufrüstungsspirale dreht sich also weiter nach oben und die Frage muss erlaubt sein: Wer bedroht hier eigentlich wen?

Die bisherigen politischen Entscheidungen der Trump-Regierung sprechen damit jedenfalls eine eindeutige Sprache: Wir haben es mit Szenario zwei, einer politischen Einhegung, zu tun. Nach innen radikalisiert die Trump-Regierung das neoliberale Programm. Damit verschärft sie aber zugleich die soziale Krise, die für die Anti-Establishment-Stimmung im Land wesentlich verantwortlich ist und die Trump erst in das Amt des Präsidenten gespült hat. Kaum mit einem Mandat ausgestattet und mit zunehmend geringer werdender innenpolitischer Legitimation versehen,[4] untergräbt Trump im Grunde genommen die Unterstützungsgrundlage seiner eigenen Regierung. Nach außen wiederum setzt die Trump-Regierung auf eine Politik der Stärke, wozu die Drohung mit Nuklearwaffeneinsätzen gehört (etwa gegen Nordkorea, nachdem Trump im Wahlkampf noch betont hatte, sich als Präsident niemals in einen Konflikt auf der koreanischen Halbinsel ziehen lassen zu wollen), und eskaliert die Aufrüstungsspirale.

Inwieweit auch außenpolitisch von einer Einhegung gesprochen werden kann, lässt sich am besten beantworten, wenn wir uns mit der Frage Bruch oder Kontinuität in Bezug auf die Obama- und andere Vorgängerregierungen befassen. Dabei ist es, wie bereits erwähnt, entscheidend, sich nicht von Rhetorik und den vielen hitzigen Auseinandersetzungen in der öffentlichen Debatte um Trumps (Außen-)Politik leiten und blenden zu lassen, sondern die realen politischen Entscheidungen zu betrachten.

Handelspolitisch hat Trump bislang noch wenige protektionistische Ambitionen erkennen lassen, obwohl er im Wahlkampf noch gedroht hatte, Chinas

Waren einen Zoll von 45 Prozent aufzuerlegen, NAFTA neu zu verhandeln oder sogar ganz auszusetzen und Mexiko mit Importzöllen zwischen 15 und 35 Prozent zu belasten. Zwar hat Trump wohl auf Drängen seines Wahlkampfberaters und Wahlsiegarchitekten Steve Bannon, der für eine protektionistische Politik steht, gleich zu Beginn tatsächlich die Transpazifische Partnerschaft und das transatlantische Investitionsschutzabkommen (TTIP) für tot erklärt. Im Zuge der schrittweise durchgeführten Regierungsbildung zeigte sich jedoch ganz eindeutig, dass in seinem Kabinett der freihändlerisch-imperial orientierte Flügel dominant ist. Zwar lässt sich erkennen, dass Trump seit dem Frühling mit einigen Personalentscheidungen und wohl auch auf Drängen von Steve Bannon hier wiederum leicht gegensteuerte. Anzeichen hierfür sind die Ernennung des relativ freihandelskritischen Robert Lightizer zum Handelsbeauftragten der USA, der damit eine Art Korrektiv zum Wall-Street-Investmentbanker und Handelsminister Wilbur Ross bildet. Ähnliches gilt in Bezug auf die Schaffung des Nationalen Handelsrats am 29. April, einer neuen Behörde, die vom protektionistisch ausgerichteten Ökonom Peter Navarro geleitet wird und vor allem dem Schutz der US-Rüstungsindustrie dienen soll. Die schrittweise Entmachtung des Freihandels- und Empire-kritischen Steve Bannon – von seiner Entfernung aus dem Nationalen Sicherheitsrat Anfang April 2017 bis zu seiner endgültigen Entlassung in der zweiten Augusthälfte – sind jedoch klare Anzeichen dafür, dass die neoliberal-imperialen Kräfte in der Trump-Regierung die Oberhand behalten haben.

Tatsächlich lässt sich nicht nur vom Personal, sondern auch von den bisherigen Handlungen der Trump-Regierungen allerdings kaum auf einen (selektiv-)protektionistischen Kurswechsel der USA schließen. Anschuldigungen an China (und Deutschland), diese würden sich unfair verhalten und Währungsmanipulation betreiben, waren schon von der Obama-Administration zu hören gewesen, nachdem diese 2010 auf ihren austeritätspolitischen Kurs mit den Zielen Exportorientierung und Reindustrialisierung umgeschwenkt waren. Unter Obama war es darüber hinaus bereits zum Erlass von vereinzelten Strafzöllen gekommen (wie etwa gegen die chinesische Stahlindustrie). Diese sind von der Trump-Administration bislang nicht systematisch ausgeweitet worden.

Außenpolitische Kurswechsel sind zweifellos in Bezug auf Kuba und auch den Iran (siehe zu Iran ausführlich Ali Fathollah-Nejad in dieser Ausgabe) zu beobachten, wo die Trump-Administration die vorsichtige Annäherungspolitik von Obama infrage gestellt hat. Ansonsten stehen die Zeichen jedoch – sieht man von den Differenzen zwischen Obamas Soft-Power-Diskurs und Trumps Hard-Power-Rhetorik einmal ab – durchaus auf Kontinuität. So hat Trump mittlerweile auch seine Kritik am »Krieg

gegen den Terror« zurückgenommen. In Bezug auf den Afghanistankrieg spricht er mittlerweile nicht mehr von einem »furchtbaren Fehler«, sondern von einer Notwendigkeit. Von einem Truppenabzug war schon sehr bald nicht mehr die Rede, sondern davon, dass die USA auch weiterhin Soldaten in Afghanistan stationiert haben würden; und Ende August 2017 verkündete die Trump-Regierung dann – unter dem Jubel der NATO-Partner – eine Intensivierung des seit 2001 von den USA und der NATO geführten Krieges. Insgesamt planen mittlerweile 15 Länder eine Aufstockung ihrer Truppenkontingente in Afghanistan.

In Bezug auf Syrien, ist es gleichwohl sehr wahrscheinlich, dass die US-amerikanische Bombardierung eines Flughafens unter Kontrolle der syrischen Regierung von Baschar al-Assad im April 2017 eher symbolischer Natur war. Die mit der Assad-Regierung verbündete russische Seite wurde vorgewarnt und bereits nach kürzester Zeit war der Flughafen wieder in Betrieb. Die Bombardierung mit Tomahawk-Raketen diente womöglich gar dazu, innenpolitisch die Wogen zu glätten, nachdem allen voran das Demokraten-Establishment monatelang versucht hatte, nicht die eigene Austeritätspolitik und die Verschärfung der sozialen Ungleichheit sowie die massive Ausweitung schlecht entlohnter und prekärer Arbeitsverhältnisse unter Krisenpräsident Obama, sondern russische Hacker für die Niederlage von Clinton verantwortlich zu machen (Zur Syrienpolitik siehe ausführlich Miriam Younes in dieser Ausgabe).[5]

Was sich allmählich abzeichnet ist, dass die Trump-Regierung offenbar im Kontext abnehmender Machtressourcen der USA die Kräfte auf den Hauptgegner konzentrieren will: China. Dies könnte erreicht werden, indem Trump stärker auf eine kriegspolitische Arbeitsteilung mit den anderen NATO-Staaten drängt. Die Drohung, dass gegebenenfalls Artikel 5 des NATO-Vertrags (Bündnisfall-Artikel) nur Gültigkeit habe, wenn die NATO-Staaten auch die Auflage erfüllen, zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Rüstung aufzuwenden, kann in diese Richtung gedeutet werden. So ist es vorstellbar, dass sich die von Deutschland dominierte EU demnächst stärker in den Kriegen an den erweiterten EU-Außengrenzen engagieren wird, damit die USA sich auf ihre geopolitische Rolle im pazifischen Raum konzentrieren können. Dies käme jedoch den in den letzten Jahren stark intensivierten Bestrebungen Deutschlands nach »mehr Verantwortung« durchaus entgegen[6]; und gerade die – von den neoliberal-imperialen Kräften zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Gleichklang vorgebrachte Anti-Trump-Rhetorik – dient letztlich diesem Zweck.

Aber auch diese Politik von Trump ist keine Kehrtwende. Die China-Politik der USA unter seiner Präsidentschaft (siehe dazu ausführlich Jan Turowski in diesem Heft) ist weniger von Dis- als von

Kontinuität gekennzeichnet. Zweifellos sind etwa Trumps rhetorischer Bruch mit der »Ein-China-Politik« und seine pro-taiwanesischen Signale – wie etwa die Annahme des Gratulationsanrufes aus Taiwan wenige Wochen nach seinem Wahlsieg – in ihrer diplomatischen Unbedarftheit neu. Die USA hatten aber bereits unter der Obama-Regierung im Grunde zeitgleich zur globalen austeritätspolitischen Wende vom Frühjahr/Sommer 2010 (rund um den G20-Gipfel in Toronto) ihren »Schwenk nach Asien« verkündet. Damit verbunden ist die erklärte Absicht, das 21. Jahrhundert zu »Amerikas pazifischem Jahrhundert« zu machen, wie es die ehemalige US-Außenministerin Hillary Clinton in einem vielbeachteten Aufsatz in *Foreign Affairs* genannt hat. Seither haben die USA ihre Bemühungen verstärkt, bilaterale Militärabkommen mit den konkurrierenden Anrainerstaaten Chinas auszuhandeln und sich – mit einem Ausbau ihrer Truppenstationierungen von Darwin in Australien bis zur US-Basis in Okinawa in Japan sowie mit regelmäßiger Schlachtschiffpräsenz – als geopolitische Ordnungsmacht im Südchinesischen Meer zu etablieren.

Für die USA als Hegemonialmacht ist China zweifellos die zentrale Herausforderung. Sie ist dabei historisch ohne Parallele. Die Vereinigten Staaten haben, wie eingangs beschrieben, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus Sorge vor einem Rückfall in die Wirtschaftskrise (»Great Depression«) das Projekt des globalen Kapitalismus entwickelt und dieses zunächst im ›Westen‹ umgesetzt.

Die USA befanden sich jedoch 1945 auf dem Höhepunkt ihrer ökonomischen und politischen Macht. Sie vereinten fast die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung auf sich, waren die Gläubigernation der ›Siegermächte‹ Großbritannien und Frankreich sowie militärische Besatzungsmacht in Deutschland, Japan und dann auch (Süd-)Korea. Die Integration gerade der letzten drei, geopolitisch für sie hoch bedeutsamen Länder in die US-dominierte kapitalistische Weltordnung – mithilfe von Wirtschaftshilfen wie dem Marshall-Plan, einseitig vorteilhaften Handelsbeziehungen etc. – war nur vor diesem Hintergrund möglich.

Die Situation ist heute eine völlig andere. Während Deutschland, Japan und (Süd-)Korea verglichen mit den USA eher kleine Länder sind, handelt es sich erstens bei China um einen Staat mit etwa viermal so vielen Menschen wie in den USA. Zweitens ist China nicht militärisch besetzt, sondern im Gegensatz zur Situation der BRD, Japan oder Südkorea in den Nachkriegsjahrzehnten ein vollkommen souveränes Land. Und drittens gelang den USA die Integration damals auf dem Höhepunkt ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Macht, während sie heute eigentlich nur noch im militärischen und in Teilen im finanziellen Bereich unangefochtene Weltmacht sind. Ihr Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt hat sich schon seit den 1970er Jahren auf

ein Viertel des globalen Bruttoinlandsproduktes verringert und verharrt seither auf diesem Niveau.

Daher ist die zentrale Herausforderung für die USA: Sie müssen verhindern, dass der wirtschaftliche Aufstieg Chinas als Werkstätte der Welt die US-Dominanz in der Weltordnung untergräbt. Die regionalen Integrationsbemühungen Chinas im eurasischen Raum (Shanghai Organization, Asia Cooperation Dialogue, Chiang-Mai-Initiative etc.) werden von den USA deswegen mit Sorge verfolgt. Bereits die Regierung von Obama hatte dem größten Konkurrenten darum mit einer Kontinentalblockade gedroht. Die Kombination aus Ressourcenarmut, hohen Wachstumsraten und durch Xi Jinpings Binnenmarktorientierung nur ansatzweise verringerter Exportorientierung macht Chinas Wirtschaftsmodell extrem abhängig vom Ausland und von der Seewegroute Südchinesisches Meer – Straße von Malakka – Persischer Golf, über die rund vier Fünftel des chinesischen Außenhandels abgewickelt werden. Und es ist auch diese Außenabhängigkeit, die China zu seiner geoökonomisch-imperialen Politik – Landgrabbing in Afrika, zahlreiche Handels- und Wirtschaftsabkommen mit südamerikanischen Staaten, die auf Extraktivismus setzen – zwingt. China verfügt seit diesem Jahr nun auch über eine erste Militärbasis auf dem afrikanischen Kontinent (in Dschibuti). Gleichwohl ist es bis heute einer politisch-militärischen Konfrontation mit den USA und dem ›Westen‹, die es nur verlieren könnte, systematisch aus dem Weg gegangen und hat sich auf seine kluge, aber auch viele politische und soziale Verwerfungen produzierende Außenwirtschaftsdiplomatie konzentriert.

So oder so: Die chinesische Außenabhängigkeit ermöglicht es den USA indes, China mit ihrer eigenen militärischen Präsenz in Ostasien mit dem Untergang zu drohen. Die Botschaft lautet letztlich: Wir können Euer Land ökonomisch abwürgen und den ethnisch-bürgerkriegsähnlichen Zerfall eures Landes vorantreiben, wenn es dann zu Verteilungskonflikten zwischen den wirtschaftlich erheblich ungleichen Provinzen und Ethnien kommen sollte und die sozialen Bedürfnisse der mehr als 200 Millionen Wanderarbeiter*innen nicht mehr befriedigt werden können. Die Chinapolitik der USA zielt damit auf eine Einbindung Chinas durch Eindämmung ab.

Chinas 900 Milliarden Euro teure »neue Seidenstraße« ist entsprechend wiederum auch als ein Vehikel zu verstehen, mit dem das »Reich der Mitte« einer drohenden Kontinentalblockade über den Landweg zu entgehen versucht. Gleichwohl unterhalten die USA – von Afghanistan über Zentralasien bis zum Kaukasus und den Vorderen Orient – hier ein Netz von Militärbasen, das allerdings politisch durchaus fragil ist.

Die Herausforderung, die China für die USA darstellt, kann – neben den vorhandenen, guten Geschäftsbeziehungen von Teilen der Trump-Administration (inklusive Außenminister Rex Tillerson)

zu Russland – auch als ein zentraler Grund angesehen werden, warum die USA zwar die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten sowie einige Maßnahmen gegen die »nicht-faktenbasierte«, russische Auslandspropaganda ergriffen und eben auch in Syrien symbolisch gegen Russland operiert und Stärke demonstriert haben, warum aber zugleich die aktuelle Regierung den Konflikt mit Russland vorerst nicht verschärft (siehe dazu auch Erhard Crome in dieser Ausgabe). Denkbar ist, wie bereits angemerkt, dass nach den diversen Kriegsdesastern im Mittleren Osten in den USA unter Trump der Zustand der eigenen Staatsmachtressourcen realistischer eingeschätzt wird als zuvor und dass jenseits einer neuen Aufgaben- und Lastenverteilung im NATO-Bündnis auf eine relative Aussöhnung oder zumindest auf ein temporäres Einfrieren des Konflikts mit Russland gesetzt wird, um somit den mit China verbundenen Herausforderungen besser gerecht werden zu können. Faktisch käme ein solcher Ansatz einer Inversion der Nixon'schen Asienpolitik von 1972 gleich. Damals söhnten sich die USA mit China aus, um ihre Kräfte auf die Vernichtung der Sowjetunion zu konzentrieren, die unter US-Präsident Ronald Reagan schließlich mit dem von ihm forcierten Rüstungswettlauf ›totgerüstet‹ wurden.

Seine aggressive Haltung gegenüber China jedenfalls kann Trump zweifellos gut und glaubwürdig vertreten. Dabei ist sie auch ein nützliches Herrschaftsmittel. Mit seiner antichinesischen Rhetorik vermag Trump China (und Mexiko, Deutschland und Japan) auch für die soziale und politische Krise im Inland verantwortlich machen, die ihn zusammen mit der in den USA stark ausgeprägten Anti-Freihandels- und Anti-Establishment-Stimmung überhaupt erst ins Amt gebracht hat. Es steht nämlich außer Zweifel, dass Trumps gegen die Gewerkschaften und Interessen der Arbeiterklasse gerichtete prokapitalistische Wirtschaftspolitik die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, den weiteren Rückgang der Reallöhne und die nochmalige Verschärfung der sozialen Ungleichheit seit Beginn der Krise nicht eindämmen wird. Im Gegenteil: Seine Politik wird diese Krise weiter verschärfen. Entsprechend ist das erfolgreiche Ablenken von den wahren Krisenursachen, indem das Ausland – China, Mexiko oder die »bad Germans« (Donald Trump) – zu Sündenböcken erklärt werden, auch eine Voraussetzung für die Legitimität seiner Regierung.

Mit dieser Herrschaftspolitik in posthegemonialen Zeiten steht Trump jedoch nicht allein. In umgekehrter Richtung profilieren sich auch Politiker*innen in Deutschland und Westeuropa auf Kosten von Trump und den USA und versichern sich und ihren Wähler*innen die eigene moralische Überlegenheit. Damit soll wohl darüber hinwegtäuscht werden, wie schal das Gerede von den ›westlichen Werten‹ angesichts der sozialen Zerstörun-

gen der Austeritätspolitik in Südeuropa, der NATO-Kriegspolitik oder der mörderischen Grenzpolitik der EU, inklusive des EU-Türkei-Deals gegen aus Syrien geflohene Menschen, geworden ist.

In der Tat scheint es eben ein gängiges Mittel der Politik geworden zu sein, mithilfe scharfer ›populistischer‹ Kritik an anderen Staaten und ausländischen Politiker*innen die eigene Position zu stärken, während man zugleich – jenseits der eigenen Rhetorik und jenseits der Aufmerksamkeit der Journalist*innen und der in ständiger Empörung verharrenden sozialen Massenmedien – *politics* und das heißt vor allem *business as usual* betreibt. Trump, Merkel, Erdoğan, Kaczynski und die britischen Konservativen, die allesamt gegen die EU gewettert haben, sind sich hierbei ähnlicher, als sie glauben.

Ein gefährliches Vabanquespiel bleibt diese Praxis indes dennoch. Der ›Brexit-Unfall‹ der britischen Tories zeigt, wie man sich auf diese Weise populistisch verzocken kann. Und beim Brexit waren im Gegensatz zur laufenden, globalen Militarisierung nicht einmal Waffen im Spiel, die aus einem Krieg der Worte auch schnell einen Krieg der Waffen machen können.

---

1 Die Vordenker dieser systematischen Entpolitisierung der (politischen) Ökonomie waren Friedrich August Hayek, James Buchanan sowie Milton Friedman. Ihre seit den 1940er Jahren entwickelten Ideen wurden in den 1970er Jahren zunehmend umgesetzt, etwa mit der Erklärung der Unabhängigkeit der Zentralbanken (von demokratischer Kontrolle).

2 So war Außenminister Rex Tillerson von 2006 bis 2016 Geschäftsführer des Erdölkonzerns ExxonMobil, während auch Trumps Energieminister Rick Perry, früher Gouverneur von Texas, engste Kontakte zur Erdöl- und Gasindustrie unterhält. Er gehört seit 2015 dem Vorstand von Energy Transfer Partners, einem der größten Kapitalanleger in den USA, an. Dem Konzern gehört u.a. die Dakota Access Pipeline, deren legislative und politisch-polizeiliche Durchsetzung im Januar 2017 gegen den Widerstand von Ureinwohner*innen und Umweltschützer*innen zu den ersten Amtshandlungen von Trumps Regierung zählte. Trump verfügte zudem mit verschiedenen Exekutivanordnungen die Rücknahme von Auflagen zum Schutz von sensiblen Wasserschutzzonen, die der Öl- und Gasförderung sowie der Verklappung von Energieindustrieabfällen in Flüssen und im Grundwasser im Weg standen.

3 Vgl. www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2017_06/20170629_170629-pr2017-111-en.pdf.

4 Der Durchschnitt der aggregierten Werte aller wichtigen Umfrageinstitute zwischen 17. Juni und 16. August 2017 liegt laut RealClearPolitics bei 39 Prozent Zustimmung und 55,6 Prozent Ablehnung. Kein Präsident zuvor lag so frühzeitig unter der 40-Prozent-Marke.

5 Nach Angaben einer Studie der Wirtschaftswissenschaftler Emmanuel Saez und Gabriel Zucman konnten die obersten 0,1 Prozent ihren Anteil am US-Gesamtvermögen auch während Obamas erster Amtsperiode nochmals von 19 auf 22 Prozent steigern, während der Anteil der untersten 90 Prozent der US-Bevölkerung unter Obama einen nochmaligen Rückgang des eigenen Anteils von 25 auf 23 Prozent erlebte (vgl. dies., »Wealth Inequality in the United States since 1913: Evidence from Capitalized Income Tax Data«, National Bureau of Economic Research Working Paper No. 20625 (October 2014).

6 Vgl. hierzu näher Solty, Ingar: Exportweltmeister in Fluchtursachen: Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2016, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studie_05-2016_Exportweltmeister.pdf.

STRONGMEN, POLITISCHE KRIEGER UND EMPIRE

WO SIE ZUSAMMENKOMMEN, WIRD ES KOMPLIZIERT UND HEFTIG

RAINER RILLING

CHAOS?

»Chaos«, so erinnert in »Games of Thrones« der intrigante Petyr ›Littlefinger‹ Baelish den sanftlippigen Strategen Lord Varys, »ist keine Grube. Chaos ist eine Leiter.« Ob diese politische Weisheit auf die Causa Trump zutrifft, ist immer noch offen. Sicher, der Weg eines bombastischen Superreichen mit ein paar geschäftlichen Erfahrungen auf dem politischen Feld (»Deal«) zum Teilzeitberuf eines *strongman* und politischen Autokraten hat offenbar aus dem Blickwinkel des Liberalismus der Clintons und Obamas allerlei Strapazen mit sich gebracht, die sich zu unberechenbaren Disruptionen, Unordnung und Chaos ausweiten könnten. Trumps narzisstisch-pharaonischer Habitus und sein großspurig-einschüchternder Sprachduktus (»Ich bin die größte Person der Welt«) überspielen solche Mängel eines politischen Frischlings nicht, sondern machen sie erst so richtig deutlich. Diese Ausgangslage hat dazu geführt, dass ein Großteil der medialen Öffentlichkeit seit nunmehr über einem Jahr sich immer neu an Skandalen, Fehltritten, Ahnungslosigkeiten oder ungehörigem politischen Design der privaten Lebensweise der neuen Administration und ihres familiären Spitzenpersonals abarbeitet, die Staatsapparate als Privatunternehmen behandeln.

Die Chaosmomente der US-Regierung haben jedoch weniger mit fehlendem politischem Knowhow einer Person, seiner Familie und Koterie oder wechselseitigen Anpassungsproblemen zwischen dem Outsider Trump und der tief zerklüfteten republikanischen Partei zu tun. Eher schon geht es um eine strategische Politik der Furcht durch Verunsicherung. Sicherheit ist ein mächtiger politischer Hochwertbegriff. Präsidiale Selbstinszenierung in der Rolle eines ständig bemühten

Retters in der Not wäre dann eine vielversprechende Methode, Chaos als politische Leiter zu nutzen. Im Kern geht es aber um einen grundlegenden Richtungskonflikt in den politischen Milieus der herrschenden Klasse der USA: Für die Demokraten ist Trump ein Albtraum, denn sein Wahlsieg signalisierte die Möglichkeit einer radikal rechten und womöglich längerfristig machtfähigen Regierungsalternative zu ihrer »Globalstrategie« (*grand strategy*) einer neoliberal fundierten, imperialen Außen-, Sicherheits-, Militär- und Wirtschaftspolitik. Sie interpretierten daher diese alternativen Positionen auch als einen ernstzunehmenden Frontalangriff auf die eng mit der Konzern- und Finanzelite verbundenen und von ihnen dominierte außenpolitische Elite der USA.

Deren Sicht auf die Rolle der USA im Weltsystem lässt sich seit über sieben Jahrzehnten in vier Punkten zusammenfassen: das Primat der USA als Manager, Koordinator und Supervisor des weltweiten Kapitalismus, die Imperative des Nationalen Sicherheitsstaats (*armed liberalism*), Liberale Ideologie und transnationaler »Freihandel« (»offene Ökonomie«) als geopolitischer Expansionsmodus eines informellen American Empire, welches eher *durch* statt *über* Staaten und Völker herrscht. Schon seit Frühjahr 2016 hat diese Elite die Positionen Trumps als gefährliche Demontage ihrer Strategie und Politik des »liberalen Internationalismus« verstanden und bekämpft. Die zunehmend entsetzten Äußerungen sind zahllos, die knappe Formulierung von John Ikenberry (Princeton) vom 1. Februar des Jahres mag genügen: »Trump ist ein Feind des liberalen Internationalismus. Wenn er die Oberhand erlangt, wird dieser verlieren« (Ikenberry 2017). Das außenpolitische Establishment witterte einen Angriff auf ihre Transmissionsfunktion, das Selbstverständnis, die Interessen und die Weltsichten der ökonomischen und finanziellen US-Eliten. Es machte daher fast in Gänze Front gegen Trumps »America First« und »Fortress America«-Losungen des ökonomischen Nationalismus und Protektionismus, der Absagen an Multilateralismus und Internationalismus und ihre Institutionen, des Schwenks zur auf die USA bezogenen Aufrüstungs- und Militärpolitik, der Unterstützung gleichgesinnter autoritärer rechtsnationalistischer Strömungen und Regime und der Absage an progressive bürger- und menschenrechtspolitische Positionen. Das alles empfand und kommunizierte sie als Destabilisierung, Turbulenz, Unsicherheit, Irregularität, Anarchie.

Nicht Chaos, sondern von unterschiedlichen, elitenbasierten Grundorientierungen getriebene strategische Konflikte sind es also, die die tatsächlich globalen Wellen der Unsicherheit und Desorientierung auslösen und welche jede Einschätzung kommender Entwicklungen extrem erschweren. Diese Unsicherheit reflektiert aber auch das Scheitern des triumphalistischen Furors der radikalen Kerngruppe der neuen Regierung, alles auf einmal zu

tun, um möglichst rasch eine ruckartige Verschiebung im rechten Machtblock der USA durchzusetzen: die liberalen Schlüsselmedien zu bekämpfen, Gerichte zu blockieren, die politischen Verwaltungen umzubauen, Widerspenstigkeiten des tiefen Staats auszuhebeln, die unerwartet heftige Bewegungsopposition zu zerstören, das Entsetzen, die Spaltungen und die politische Schwäche der Demokraten auszunutzen, ihr eigenes Elektorat zu betreuen um einen exorbitanten Legitimationsverlust aufzuhalten – und sich dann auch noch die propagierten äußeren Hauptfeinde oder -kontrahenten (Iran, Nordkorea, China, Mexiko, die EU usw.) vorzunehmen. Zahllose global ausstrahlende Unsicherheiten, Durchstechereien, Leaks, Revisionen, Umbauten, Konflikte und Kriegshandlungen wie der Abwurf der »Mutter aller Bomben« waren die Folge.

EINHEGUNG

Primär wirksam ist die Politik der Regierung Trump in der Innenpolitik, wo sich mittlerweile auch zahlreiche Beispiele aus der Arbeits-, Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Umwelt- und Rechtspolitik finden lassen, die weit über bloße Revisionen der Obama-Politik hinausgehen. Mittlerweile wurden Hunderte von Regulierungen und Verwaltungsakten umgeschrieben oder blockiert, das Überschreiten der Grenzen massiv erschwert, Dutzende von hohen lebenslangen Positionen im Gerichtswesen besetzt, LGBT-Rechte eingeschränkt etc. Die in den im Juli und August vorgelegten Budgetvarianten cancelten Dutzende einschlägiger Programme und sozialpolitischer Projekte – eine Austeritätspolitik, welche auch einen Teil der weißen Wählerbasis der Republikaner trifft. Die ›Ausstrahlungskraft‹ dieser ohnehin stark umkämpften und häufig deutlich delegitimierenden Aktivitäten erschwerte es Trump, die zentralen Projekte frontal durchzusetzen und die politische Führung der neuen Administration zu konsolidieren. Beides scheiterte. Begleitet von andauernden Blockaden, grotesken Personalrochaden und politischer Handlungsunfähigkeit zerbrach bis Mitte August 2017 stückweise der anfangs gebildete innere Zirkel der Administration. Eine mächtige und übrigens kriegserfahrene Truppe von Generälen übernahm Schlüsselpositionen in der Administration. Kurz darauf kam Charlotteville und Repräsentanten nicht nur der liberal-libertären IT-Industrie, sondern auch von Konzernen wie Merck, Under Armour, Intel, Pepsi, G.E., IBM, BlackRock, Wal-Mart, JPMorgan oder Walt Disney schieden aus dem *Strategic and Policy Forum* als prominentestem industriellen Beratungsgremium der Administration und zwei weiteren Business-Gremien aus. Was sollen, so werden sich da manche gefragt haben, Repräsentanten der weltgrößten Unternehmen mit einem präsidialen Dienstleister anfangen, der Nazis deckt und nach sieben Monaten Amtszeit kein einziges strategisches Schlüsselprojekt realisieren konnte? Offenbar ist eine ungewöhnlich sichtbare und



Mike Maguire/flickr

weit über die IT-Industrie hinausreichende Gruppe auf eine gewisse Distanz zu Trump gegangen, der freilich weiterhin auf wohl gut ein Dutzend Milliardäre aus den Finanz-, Chemie, Auto-, Immobilien- und Energiebranchen (darunter als wichtigste den von Forbes bei 100 Mrd. US-Dollar Vermögen taxierten Koch-Brothers) zählen kann und eine Reihe von Positionen mit ihnen und Wallstreet-Insidern besetzt hat. Es sind nicht randständige, sondern den Mainstream der ökonomischen Elite der USA repräsentierende Kapital- und Personengruppen, die in die regierende Rechte der Republikaner (von Reagan über die Bushs bis zu Trump) ›politisch investieren‹, wie die Wahlanalysen von Thomas Ferguson et al. (2016) gezeigt haben. Unwahrscheinlich ist, dass dieser Sektor den bislang nicht zu erkennenden Übergang zu einer protektionistischen Handels- und Wirtschaftspolitik unterstützen würde. Mit dem Abgang von Bannon als Führungsperson der politischen Krieger des rassistisch-rechtsnationalistischen Flügels sind daher die Richtungskämpfe innerhalb des Staatsapparats und die politische Führungskrise nicht beendet. Die Prozesse deutlicher Entmachtung Trumps durch Einhegung, Verregelung, Blockaden und Umgehung sind zuweilen auch begleitet von Sirenenklängen über eine »bessere nationalistische große Gesamtstrategie [...], die einen wohlwollenden und konstrukti-

ven Nationalismus repräsentieren könnte – im Kern einen Internationalismus mit einem nationalistischen Akzent.« (Brand 2017, 74) Die Frage bleibt, um welche politischen Verschiebungen es sich in der aktuellen Machtallianz mittlerweile handelt und wie sie einzuordnen sind.

POLITISCHE KRIEGER

Um welche Verschiebung geht es hier? Hat sie eine Geschichte? Wann beginnt sie? War es 1915, als erstmals ein US-Präsident (Woodrow Wilson) von »America First« sprach? Waren es die Anti-New Deal- oder pro-Nazi-Strömungen des US-Medienmoguls William Randolph Hearst, des Antisemiten Henry Ford oder des Faschisten Charles Lindbergh, die sich in den 30er und 40er Jahren gegen Roosevelt diese Parole zu eigen machten? Oder die Paläokonservativen wie Pat Buchanan oder William F. Buckley in den 50ern? War es die Mobilisierung des konservativ-rechtslibertären Republikaners Barry Goldwater in den 60ern (auf dessen Senatssitz John McCain folgte)? Oder war ihr Beginn die langsame, sich aber kontinuierlich ausbildende politische Polarisierung des Parteiensystems und Elektorats seit den 70ern, die ihren ersten Höhepunkt in den 80ern mit der Amtszeit Ronald Reagans hatte und dann unter der Dynastie Bush fortgesetzt wurde? Steht also das »Trump-Event« in einer historischen Tradition der politischen Rechten in den USA – und darüber hinaus?

Tatsächlich hat sich erst mit der in den 60er Jahren neu entstandenen, vom Vietnamkrieg getriebene und zwei Jahrzehnte später dann mit Reagan erstmals mitregierenden Strömung einer neuen Rechten eine mächtige, hegemonie- und regierungsfähige *rechtsimperiale* Richtung konstituiert, die in der neuen Zeit des postfordistischen Neoliberalismus die Rolle der starken Politik gegen die Entgrenzungsdynamik der Märkte übernahm. Das war vor allem die Zeit des Aufstiegs einer Generation der »politischen Krieger« (Corey Robin) in dem Vierteljahrhundert von Reagan bis zu den Bush-Präsidentschaften und -kriegen, also Rumsfeld, Cheney, Powell, Rice, Wolfowitz oder Perle. Für sie gab es keinen Zweifel an der weltpolitischen und historischen Stärke der USA. Sie erlebten die Wende zu den 90er Jahren als den größten Triumph in der US-Geschichte: den Sieg im Kalten Krieg über den Systemfeind. Weit und breit kein Niedergang der Supermacht. Nichts schien ihnen am Ende unmöglich – auch nicht ein ewig dauerndes globales American Empire, über das im Jahrzehnt vor und nach 9/11 schon zehntausende Texte publiziert worden waren.

Für ihr Kerngeschäft – die Kriegsführung – entwickelten diese *political warriors* eine Doktrin und Politik des räumlich wie zeitlich entgrenzten Krieges. Sie machten die Option präventiver Kriegsführung stark und sie erhoben einen Anspruch der USA auf alleinige Souveränität zur Setzung unilateraler und universell gültiger Regeln mitsamt dem Recht auf Intervention. Die Norm der formalen souveränen Gleichheit von Staaten wurde von dieser politischen



Gavin Anderson/flickr (CC BY-SA)

Rechten immer deutlicher zurückgewiesen und die Selbstbindung der USA an das Völkerrecht relativiert. Dieses souveränistische Projekt rief die zivilreligiöse Moralideologie des nationalistischen US-amerikanischen Exzeptionalismus an (G. W. Bush: Amerika sei »auserwählt von Gott und beauftragt von der Geschichte, ein Modell für die Welt zu sein«.) und betrieb die Abwertung und Destabilisierung trans- und internationaler Regime – ob UNO, NATO oder die Rüstungskontrollregimes der 70er Jahre. Im Hintergrund stand dabei der seit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus dominierende strategische Gedanke, auf diese Weise bereits die *Entstehung* eines Hegemonen verhindern zu können, der mit den USA und mit der von ihr ausgehenden imperialen Macht konkurrieren könnte. Die »große Strategie« einer souveränistischen, interventionistischen und entgrenzten Weltordnungspolitik im Zeichen des American Empire sollte dies ermöglichen. Richtungspolitisch stehen die Trump-Kampagne und -Präsidentschaft in der Tradition dieser rechtsimperialen Politik, spitzten sie jedoch nationalistisch zu und rückten die Frage nach den Interessen des kapitalistischen Gesamtsystems in den Hintergrund, also die Frage nach dem *Empire*. Diese Dimension verschwindet hinter der Nationalstaatsrhetorik von »America First«. Es sind Imperien, die im Unterschied zu anderen Akteuren immer

einen eigenen Bezug zu dem haben, was »Welt« ist. Nur bei ihnen geht es substanziell um Weltordnung – »Empires are in the business of producing world order« (Maier 2002). »Welt« selbst nun ist natürlich ein historisches Konstrukt und fällt erst seit dem letzten Jahrhundert mit der Realdimension des »Planeten« zusammen. Zur Bestimmung des Imperialen gehört also nicht nur eine *economics of scale* der Ressourcenmobilisierung, sondern auch die Absicht und die wirkliche Fähigkeit zur Welt-Ordnung, also ein Transformationsanspruch, der auf eine neue Geographie des Globalen zielt und nicht in der Dimension großer Territorialstaaten verbleibt. Die Fähigkeit, Weltordnung zu bilden und zu organisieren ist die Potenz, welche Imperien von anderen Ordnungen unterscheidet. Die Spieler in diesem exklusiven Geschäft der Produktion von Weltordnung lassen sich unschwer an einer Hand abzählen. Wo sie zusammenkommen, wird es kompliziert und heftig.

Auch bei der Obama-Präsidentschaft ging es darum. Sie war zwar vor allem mit der Bereinigung der tiefen Krise des neoliberalen Kapitalismus 2007–2011 befasst, setzte aber die Politik der militärisch-diplomatischen Expansion ihrer Vorläufer fort: Ausweitung und Konsolidierung der Präsenz des »Westens« gegenüber Russland, von Bush übernahm Obama 2008 vier Kriege und am Ende seiner Amtszeit waren drei weitere hinzugekommen. Zugleich dehnte er die US-amerikanischen Seestreitkräfte und Bodenpräsenz vor allem in Japan und Südkorea wie auch die handels- und außerwirtschaftlichen Aktivitäten mit Fokus China massiv aus. Die zentrale Zielsetzung seiner Politik, mit einer politischen Mixtur aus frühzeitiger Intervention, Containment und »Penetration« (Samuel Huntington) eine Einbindung der imperial agierenden Hegemonialkonkurrenten Russland und China in den amerikanisch geführten Globalkapitalismus substanziell voranzutreiben und langfristig abzusichern, verfehlte er jedoch.

STRONGMEN

Mit dem ökonomischen Aufstieg der asiatischen Mächte und insbesondere Chinas und dem damit verbundenen relativen Niedergang der ökonomischen Macht der USA und ihrer sozialen Krisen sowie der Etablierung einer globalen, autoritären, illiberalen, nationalistischen und politisch immer stärker rechts positionierten Gegenbewegung zeigt sich somit gegenwärtig *eine doppelte Krise des liberal-imperialen Politikmodells*. Die Figuren dieser Gegenbewegung sind etwa die Al Sisi in Ägypten, Modi in Indien, Erdogan in der Türkei, Orbán in Ungarn, Duterte in den Philippinen, Putin in Russland, Temer in Brasilien, May in England, Macri in Argentinien, Kaczynski in Polen, Berlusconi und Grillo in Italien, Wilders in Holland, Hofer oder Stronach in Österreich, Blocher in der Schweiz, Le Pen in Frankreich. Und Trump. Sicherlich sind Personen und Konstellationen sehr unterschiedlich, doch sie verbindet vier Merkmale:

- die großen homogenisierenden Erzählungen des Nationalismus und/oder Völkischen, die vielfach rassistisch und oft religiös fundiert sind, immer aber Ausgrenzungen gegenüber dem Anderen, dem Fremden und dem Außen ziehen. Ein politisch-ideologischer und kultureller *gated capitalism*.
- Die marktradikalen oder etatistisch-autoritären, häufig staatskapitalistisch grundierten Varianten des Neoliberalismus.
- Ein populistisches Spitzenpersonal, das sich nicht nur aus *tough guys*, sondern aus *strongmen*, starken Männern, zusammensetzt, die meinen weder Wahlen noch demokratische Institutionen zu brauchen, denn sie wissen was das Volk will und inszenieren sich als seine unmittelbare Stimme – und sie lieben die Welten der Plutokratie.
- Die Zielsetzung der Zerstörung der verschiedensten politischen (nicht aber der wirtschaftlichen!) rechtsstaatlichen und demokratischen Elemente des Liberalismus und jeglicher linker Strömungen.

Je nach Zuschnitt mobilisieren sie zugleich zum Hass gegen politische Eliten, spielen auf den Registern des Rassismus, des weißen Suprematismus, der Fremdenfeindlichkeit, der Bigotterie, des Antifeminismus, der Gewalt, Ungleichheit und der Missachtung des Rechts. Die politischen Formierungen dieser Figurationen sind zwar aus vier Jahrzehnten Entwicklungsdynamik des neoliberalen Kapitalismus entstanden, sie griffen aber in hohem Maße auf ideologische und kulturelle Bestände aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts zurück. Sie sind global präsent, doch sie haben sich nicht zu bestandsfähigen gemeinsamen politisch-institutionellen und organisatorischen Verbindungen verdichtet. Ein solches stabiles Gerüst wäre für den Aufbau einer anderen politischen Weltordnung notwendig. Über deren Struktur und Bewegungsformen lässt sich aktuell nur spekulieren. Weltordnungskonflikte, das scheint freilich sicher, führen die Skala der Konflikte an.

LITERATUR

Brands, Hal, 2017: U.S. Grand Strategy in an Age of Nationalism: Fortress America and its Alternatives, in: The Washington Quarterly 1/2017,73–94, twq.elliott.gwu.edu/sites/twq.elliott.gwu.edu/files/downloads/TWQ_Spring2017_Brands.pdf

Ferguson, Thomas/Jorgensen, Paul/Chen/Jie, 2016: How Money Drives US Congressional Elections, Institute for New Economic Thinking, Working Paper Nr.48, 1.8.2016, www.ineteconomics.org/uploads/papers/WP_48_Ferguson_et_al.pdf

Huntington, Samuel P.,1973: Transnational Organizations in World Politics, in: World Politics 3/1973, 344

Ikenberry, John, 2017: The Crisis of Democracy and Liberal Internationalism (Tokio 1.2.2017), www.u-tokyo.ac.jp/en/news/topics/topics_z0313_00012.html

Maier, Charles S., 2002: An American Empire? In: Harvard Magazine 6/2002, harvardmagazine.com/2002/11/an-american-empire.html

Pitzke, Marc, 2004: Der Siegeszug der Puritaner, in: Spiegel Online, 4.11.2004 www.spiegel.de/politik/ausland/wahl-analyse-der-siegeszug-der-puritaner-a-326341.html

Rilling, Rainer, 2008: Risse im Empire, Berlin, www.rainer-rilling.de/texte/texte_50.pdf

Robin, Corey, 2004: Endgame. Conservatives after the Cold War, in: Boston Review 2/2004, bostonreview.net/archives/BR29.1/robin.html

USA VS. CHINA

INTERNATIONALE POLITIK ALS NULLSUMMENSPIEL?

JAN TUROWSKI

Auch nach einem knappen Jahr im Amt ist eine ansatzweise kohärente außenpolitische Strategie unter Präsident Donald Trump nicht erkennbar. Dies gilt auch und in erster Linie in Bezug auf die China-Politik der USA. Im Präsidentschaftswahlkampf hatte Trump China vor allem hinsichtlich dessen Wirtschaftspolitik kritisiert: Weil China seine Währung manipuliere, Handelsregeln breche und Arbeits- sowie Umweltstandards unterlaufe, zerstöre es Arbeitsplätze in den USA. In einer seiner Reden tönte er: »Wir können es China nicht erlauben, unser Land zu vergewaltigen, denn das ist es, was sie tun!« (zit. nach Diamond 2016; Übers. J.T.). Und im Dezember 2016 – das heißt noch vor seinem Amtsantritt – erklärte Trump nach einem Anruf der taiwanesischen Präsidentin Cài Yīngwén, dass er die »Ein-China-Politik«[1] als Verhandlungsmasse für die Neuverhandlung wirtschaftlicher Beziehungen mit China betrachte (Gray/Navarro 2016).

Von dieser Position ist der gegenwärtige US-Präsident bereits wieder abgerückt. Nachdem er im Wahlkampf China noch ganz allgemein verteufelt hatte, sprach er nach seiner Zusammenkunft mit dem chinesischen Präsidenten Xí Jìnpíng von einem »großartigem Treffen«.

Seitdem schwankt Trumps außenpolitische Rhetorik zwischen Interventionismus und Isolationismus, irritiert er mit erratischen Aussagen gleichermaßen Verbündete wie Rivalen und sorgt mit seiner Unberechenbarkeit in der asiatisch-pazifischen Region für allgemeine Unsicherheit. Angesichts mehrerer dort verlaufender Konfliktlinien kann das unter Umständen gefährlich zur Eskalation vor Ort beitragen.

Nun lassen sich zwar durchaus Grundlinien der außenpolitischen »America-first-Strategie« identifizieren,

wie etwa wirtschaftlicher Nationalismus, größtmögliche Sicherung und Abschottung des US-amerikanischen Territoriums, militärische Stärke und ein »amoralischer Transaktionalismus«[2] in den Beziehungen zu anderen Ländern. Es ist jedoch weiterhin völlig offen, wie sich dies alles konkret in eine US-amerikanische Chinapolitik übersetzen lässt.

Und so spekulieren Experten auf der ganzen Welt darüber, ob und inwieweit der derzeitige US-Präsident eine Abkehr von Barack Obamas Asienpolitik der letzten Jahre einleiten wird. Doch obschon sich Trumps ungelenke und provokante Äußerungen in Richtung China sowie sein schlichtes Null-Summen-Denken in internationalen Beziehungen von den internationalen Auftritten Obamas markant unterscheiden, so liegt die Substanz seiner Forderungen weit weniger außerhalb des Mainstreams US-amerikanischer Debatten, als manche europäischen Beobachter zu glauben meinen oder hoffen. Trumps geostrategische Orientierung für die Asien-Pazifik-Region ist allenfalls eine schrill überzeichnete und populistische Karikatur dessen, was auch in strategischen Sicherheitskreisen und konservativen Thinktanks der USA seit Längerem diskutiert wird und was zu großen Teilen auch die Außenpolitik der USA unter Obama und seiner Außenministerin Hillary Clinton war. Die Linie ist geblieben.

Um die Chinapolitik der neuen Regierung einzuordnen, scheint es darum notwendig, Trump bzw. seine außenpolitischen Vorstellungen im doppelten Sinne zu kontextualisieren: Zum einen müssen seine außenpolitischen Policy-Positionen im Kontext US-amerikanischer geopolitischer China-Diskurse der letzten Jahre betrachtet werden. Zum anderen müssen das »Phänomen Trump« selbst und die Tatsache, dass er als populistischer Außenseiter das Präsidentenamt erringen konnte, im Kontext der Krise des politischen Systems der USA in den Blick genommen werden.

UNTERSCHIEDLICHE SICHERHEITSPOLITISCHE VORSTELLUNGEN

Die USA und China haben höchst unterschiedliche Vorstellungen darüber, mit welchen Mitteln Wohlstand und Sicherheit sowohl im asiatisch-pazifischen Raum als auch global geschaffen werden können. In der Asien-Pazifik-Region besitzen die USA seit 70 Jahren eine unangefochtene Dominanzposition und betrachten diese ebenso wie ihre nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Verteidigungsallianzen mit Japan, Südkorea und Australien als unverzichtbar für ihre Vorherrschaft in der Region und in der Welt. Die US-Dominanz bedeutet konkret, dass die USA ihre maritime Macht bis zur 12-Seemeilen-Grenze jeder Nation, einschließlich der Chinas, im Asien-Pazifik-Raum uneingeschränkt ausüben können.

China hat diese Situation jedoch nie akzeptiert. Die chinesische Regierung ist überzeugt, dass es in der Region eine Machtbalance geben müsse, die einerseits auch den chinesischen Sicherheitsbedürf-

nissen Rechnung trage und anderseits die ökonomische Entwicklung Chinas und der Region insgesamt befördere. Es könne aus chinesischer Sicht nicht sein, dass die USA Sicherheit für ihre Verbündeten lautstark garantierten, legitime Sicherheitsinteressen der Länder außerhalb ihrer Allianz aber unberücksichtigt blieben. Die USA sind so gesehen kein neutraler Vermittler, Schiedsrichter oder unbefangene Ordnungsmacht, so wie sie ihre Rolle im pazifischen Raum oft selbst darstellen. Tatsächlich sind sie eine interessengeleitete Partei in Asien, die eher zusätzliche Spannungen erzeugt, anstatt zur Stabilität beizutragen. Die chinesische Forderung war seit jeher, dass Asien eine umfassende Sicherheitsarchitektur benötige, die auf den Sicherheitsinteressen aller Länder gleichermaßen gründet.

Die US-amerikanische Dominanz in der Asien-Pazifik-Region wie auch die chinesische Kritik daran sind kein neues Phänomen. Die beiden Länder sind diesbezüglich allerdings bisher nie ernsthaft in Konflikt miteinander geraten. Dies vor allem deshalb nicht, weil China lange Zeit weder über die politischen, ökonomischen und militärischen Kapazitäten verfügte noch die Motivation besaß, die US-amerikanische Vorherrschaft vor seiner Haustür ernsthaft herauszufordern.

Die Situation hat sich jedoch in den letzten Jahren grundlegend geändert. China ist in historisch einzigartig kurzer Zeit zur größten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Eingebettet in diese wie auch getrieben von der neoliberalen Globalisierung hat China heute mehr Ressourcen und mehr Interessen im Ausland und erhebt zunehmend selbstbewusst den Anspruch, diese Ressourcen auch zur Durchsetzung der eigenen Interessen einzusetzen.

So hat China seit dem Beginn seines weltwirtschaftlichen Aufstiegs ganz auf eine nichtmilitärische Außenpolitik und eine ausgeprägte Außenwirtschaftsdiplomatie gesetzt. Chinas Kurs zeigt sich in einer Mischung aus eigenen Initiativen (Aufbau neuer internationaler oder regionaler Institutionen wie die Asia Infrastructure Investment Bank oder die »One Belt, One Road«-Initiative) und einem größeren Gestaltungsanspruch in bestehenden Foren (etwa der G20). Hatte die chinesische Regierung sich in der Vergangenheit außenpolitisch zurückgehalten, so ist sie nun immer weniger gewillt, die US-amerikanische Vorherrschaft in der Asien-Pazifik-Region zu akzeptieren. Sie fordert immer massiver, die von den USA angeführte regionale und globale Ordnung grundlegend zu transformieren, weil sie überzeugt ist, dass diese US-Dominanz langfristig keine Sicherheit für China und die Region garantiert.

USA UND CHINA: EINE NERVÖSE UND EINE AUFSTEIGENDE SUPERMACHT?

Der Aufstieg Chinas hat in den USA bereits in den 1990er Jahren eine außenpolitische Diskussion ausgelöst, die zwar wesentlich in strategischen Sicherheitszirkeln und Thinktanks geführt wurde, aber auch immer wieder in die breitere Öffentlichkeit schwappte: Es geht um den

unausweichlichen Konflikt zwischen der dominanten und der aufstrebenden Macht. Diese Debatte gründet auf dem Argument, dass die USA als dominante Macht sich dem Aufstieg Chinas erwehren müssten, während sich China als aufstrebende Macht zur Geltung bringen müsse. Diese Debatte gründet auf theoretisch sehr schwammigen wie auch historisch fragwürdigen Grundannahmen darüber, was Großmächte zu tun oder zu lassen haben. So gibt es keinen Grund anzunehmen, dass Großmächte – aufstrebende ebenso wie Status-quo-Mächte – um jeden Preis »Hard-Power-Dominanz« anstreben müssen. Und speziell für China liefert die Geschichte keinerlei Basis für diese Art Argumente. Dennoch bildet diese Konzeption konkurrierender Mächte eine wesentliche Grundlage für außenpolitische Strategien der USA.

In all den Jahren hatte die Debatte in den USA über »aufstrebende und dominante Mächte« dabei stets sich überlagernde Varianten: eine konservativ-militärische Variante, die eine Einhegung Chinas über den Ausbau militärischer Präsenz und Militärbündnisse mit alten und vor allem auch neuen Partnern in der Region zu bewerkstelligen suchte, eine liberal-wirtschaftliche Variante, die über Handelsverträge, den zunehmenden Einfluss Chinas zurückzudrängen versuchte, und eben eine »populistische« Variante. Die populistische Variante, die vor allem von konservativen Thinktanks und Meinungsmedien wie etwa Fox News oder das Breitbart News Network befürwortet wurde, war eine krude, oft widersprüchliche Mischung aus der konservativ-militärischen und der liberal-wirtschaftlichen Variante. Ihre Vertreter betrachten jeden politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Erfolg Chinas als Zeichen der Schwäche und des nahenden Niedergangs der USA. Diese Variante hatte keine klare außenpolitische Strategie und war vor allem innenpolitisch motiviert: Die Obama-Regierung sei nicht fähig oder willens, die vitalen Interessen der USA zu verteidigen. China bot eine willkommene Projektionsfläche für polemischen Attacken gegen das liberale Amerika, das moralisch dekadent, politisch schwächlich und ökonomisch überreguliert sei und deswegen dem Aufstieg Chinas nichts entgegenzusetzen habe. Diese populistische Variante, die in den strategischen China-Debatten als Unterton stets mitschwang, ist mit Trump nun an die Oberfläche gespült worden. Ihre argumentative Stoßrichtung ist nach wie vor innenpolitisch auf ein höchst polarisiertes Wahlvolk ausgerichtet.

»PIVOT TO ASIA«

Obgleich weit differenzierter und strategisch ausgereifter, gründete auch Präsident Barack Obamas Asienpolitik im Kern auf dem Konzept der aufstrebenden und der dominanten Großmacht. Obama hatte 2012 seine Außenpolitik unter das Label »Pivot to Asia« (Hinwendung nach Asien) gestellt und später von »Rebalancing« gesprochen. Diese außenpolitische Neuaustarierung hatte zum Ziel, dass die USA dominierende Macht in Asien bleiben und Chinas weiterer

Aufstieg in einem Rahmen erfolgt, der von Washington, nicht von Peking bestimmt wird. Bei einem Staatsbesuch in Australien sagte Obama 2014: »American leadership in the Asia Pacific will always be a fundamental focus of my foreign policy« (White House Office of the Press Secretary 2015).

Die Neuausrichtung integrierte gleichermaßen konservativ-militärische als auch liberal-wirtschaftliche Ansätze und übersetzte sie in konkrete Maßnahmen der Eindämmung Chinas. Die Präsenz der US-Marine im Pazifik wurde verstärkt, 2 800 US-Marines wurden im australischen Darwin stationiert, der Ausbau bestehender Allianzen sowie einige neue Militärabkommen vorangetrieben. »Die Vereinigten Staaten müssen die machtpolitischen Fähigkeiten ihrer Freunde und Verbündeten an Chinas Peripherie ausbauen« (Blackwill/Tellis 2015: 27f.). Darüber hinaus verhandelten die USA mit über ein Transpazifisches Partnerschaftsabkommen (TPP)[3], um »China konsequent vom Zugang zu Hochtechnologie abzuschneiden« (ebenda: 25). In einem Sonderbericht des Council on Foreign Relations, dem wichtigsten außenpolitischen Thinktank der USA, wurde 2015 gefordert, dass man ab sofort jede »Internationalisierung chinesischer Interessen in der Welt mit robusten Maßnahmen« begegnen müsse (ebenda: 36).

Dies führte in China zwangsläufig zur Einsicht, dass die gesamte strategische »Hinwendung nach Asien« als groß angelegter Versuch der Eindämmung und Einkreisung Chinas verstanden werden müsste. Wohl auch zur Recht, denn zur Unterzeichnung des TPP-Abkommens sagte Obama 2016 selbst: »TPP allows America – and not countries like China – to write the rules of the road in the 21st century« (White House Office of the Press Secretary 2015).

CHINESISCHER EIGENSINN

Der Diskurs »aufstrebende gegen dominante Macht« und die daraus abgeleitete Politik der Eindämmung Chinas sind zudem von der Enttäuschung darüber geprägt, dass dieses Land auf seinen eigenen Pfad der Entwicklung beharrt. Noch in den 1990er Jahren war die vorherrschende Meinung von der Vorstellung getragen, dass Chinas Einbettung in eine liberale Weltordnung das Land unweigerlich in Richtung Marktkapitalismus und bürgerlicher Parlamentarismus führen werde. Wirtschaftsreformen würden China mehr und mehr wie die USA werden lassen und somit auch empfänglich für US-amerikanische Positionen von Global Governance und dem geopolitischen Status quo. In den letzten Jahren setzte sich jedoch die Einsicht durch, dass China weit widerstandsfähiger ist, als viele geglaubt oder auch gehofft hatten.

In der Wirtschaft beharrt China weiterhin auf einer zentralisierten politischen Steuerung und einer gemischten Wirtschaftsordnung. Auch wenn Marktmechanismen im Zuge der Reformpolitik kontinuierlich ausgebaut wurden, sind die Kommandohöhen der Wirtschaft wie etwa das Banken- und Finanzwesen oder



Skyline von Shanghai, Lei Han/flickr

der Energie- und Infrastrukturbereich weiterhin von Staatsbetrieben besetzt. Chinas Regierung macht keine Anstalten, an diesem Grundsatz etwas zu ändern.

In den letzten 40 Jahren sind ungefähr 600 Millionen Chinesen zu relativem Wohlstand gelangt. Ganz im Gegensatz zu landläufigen Meinungen gerade im Westen bilden diese neuen Mittelschichten das legitimatorische Rückgrat der KP Chinas und stärken deren Führungsanspruch. Die Annahme, dass neue Vorstellungswelten, Ambitionen und Hoffnungen der Mittelschichten das chinesische Systems zwangsläufig delegitimieren würden, war eine westliche Verlängerung eigener Agenden, eigener Prioritäten und Problemanalysen in eine chinesische Realität, die jedoch von ganz anderen Hoffnungen, Erwartung und Problemen geprägt ist. Und schließlich: Chinas Reformpolitik und letztlich auch ökonomischer Aufstieg der letzten Jahrzehnte sind von einer pragmatisch-realistischen Selbsteinbettung in das gegebene internationale System politischer und ökonomischer Beziehungen geprägt. Chinas »network strategy of embedded rise« (vgl. Pang u.a. 2017) passt sich proaktiv der Globalisierung an und versucht, daraus größtmöglichen Vorteil für die eigene Entwicklung zu ziehen. Chinas Führung hat zwar seine Bereitschaft demonstriert, die gegenwärtige ökonomische Weltordnung zu akzeptieren, diese pragmatische Akzeptanz

bedeutet jedoch nicht, dass es von dieser Ordnung auch überzeugt ist. Denn obwohl sich Chinas Position im globalem ökonomischen System zunehmend auf die der entwickelten Industrienationen zubewegt, erklärt es unbeirrt, seine Außenpolitik im Bündnis mit anderen sogenannten Entwicklungsländern abzustimmen. In der globalen Arena hält China vorsichtige Distanz zu der von den USA geführten liberalen Weltordnung und betont, dass Länder des globalen Südens eine zunehmend wichtige Rolle spielen und sich deshalb die gegenwärtige Ordnung verändern müsse (ebenda).

Angesichts des Erfolgs des Modells China stellt der chinesische Eigensinn tatsächlich eine ernsthafte Herausforderung für das gegenwärtige liberale Handelsregime und die vom Westen bevorzugten Global-Governance-Normen dar. China will sich (und anderen) besser Bedingungen schaffen, wodurch sich in den USA die Sorgen vergrößert haben, dass die von China initiierten Institutionen mit den westlich geführten in Konkurrenz treten oder diese sogar ersetzen könnten. Zugleich präsentiert sich die chinesische zusammen mit der deutschen Regierung als Hüterin des freien Welthandels gegen protektionistische Gefahren, etwa anlässlich des G20-Treffens in Hamburg im Juli 2017.

Doch vor allem bietet der Eigensinn einen idealen Nährboden für Trumps rechtspopulistischen China-Diskurs. Denn erstens lässt sich ein klarer Gegner identifizieren: das Andere, das Unbekannte, welches – antikommunistisch, mitunter rassistisch unterfüttert – als konstante Bedrohung beschrieben werden kann. Zweitens bietet sich Chinas Aufstieg als Begründung für den sozialen und ökonomischen Niedergang der USA an. Chinesischer Eigensinn beutet in Trumps Diskurs vor allem, nicht nach den Regeln zu spielen. Und schließlich steht drittens der Aufstieg China auf globaler Ebene symbolisch für eine viel weiterreichende sozialökonomische Veränderungsdynamik, der völlig unhistorisch eine romantisierte und idealisierte Welt alter »US-amerikanischer Größe« gegenübergestellt werden kann.

Das Dilemma von Trumps China-Diskurs ist jedoch, dass unklar bleibt, wie Stimmungen, Ressentiments und aktionistische Symbolpolitik in eine kohärente Politik übersetzt werden können. Dem weiteren ökonomischen Aufstieg Chinas in der Asien-Pazifik-Region haben die USA relativ wenig entgegenzusetzen. Ein Handelskrieg mit China würde ihnen wohl ebenso schaden wie dem Konkurrenten. Und nach Trumps Rückzug aus dem TPP-Abkommen, ursprünglich gedacht, um China im Zaum zu halten, scharrt Peking bereits mit den Hufen und will die entstandene Lücke füllen. Es schickt nicht mehr nur Waren und Kapital in die Welt hinaus, sondern auch Ideen. In Afrika und Südamerika gibt es viele Bewunderer des chinesischen Entwicklungspfades eines staatlichen Dirigismus in der Marktwirtschaft. Doch noch für lange Zeit wird Peking militärisch und politisch nicht wirklich mit den USA mithalten können. Daran ändert auch die Tatsache

nichts, dass China im Juli 2017 erstmalig eine überseeische Militärbasis aufgebaut hat – in Dschibuti, also auf dem afrikanischen Kontinent, wo China besonders engagiert ist, weil es seinen wirtschaftlichen Aufschwung ohne den Ressourcenimport gerade aus den afrikanischen Ländern nicht bewerkstelligen könnte.

HEGEMONIEANSPRUCH?

Die USA stellen eine globale Hegemonialmacht dar und übten entsprechend diese Hegemonie auch im Asien-Pazifik-Raum aus. Jede Großmacht strebt eine hegemoniale Position an – sicherlich auch China –, doch im Bereich internationaler Beziehungen stellt sich stets die Frage, ob ein alleiniger Hegemonieanspruch sinnvoll ist und für einen Staat mehr Sicherheit bringt oder nicht. Um sich gegen eine herrschende Hegemonialmacht durchzusetzen, bedarf es enormen Aufwands und erheblicher Ressourcen. Zudem sind solche Ablösungsversuche meist zum Scheitern verurteilt. Die USA waren in dieser Hinsicht vor allem deshalb erfolgreich, weil sie zum einen ihre Vormachtstellung von einer schwachen und demokratischen Macht, mit der sie zudem eine gewisse politisch-kulturelle Affinität verbindet – Großbritannien – geerbt haben, und weil sie zum anderen ihren Hegemonieanspruch langfristig in einer befriedeten Umwelt entwickeln konnten, in der es in der unmittelbaren Nachbarschaft keine Bedrohung gab. Die Zustimmung der untergeordneten Staaten wurde mit Schutz, Wirtschaftshilfen, dem Zugang zu Märkten etc. belohnt. Das US-Modell war ökonomisch erfolgreich und hochattraktiv. China ist ebenfalls für viele Staaten des globalen Südens ein attraktives Modell, zumindest in Teilen. Dennoch stellt sich die Situation für China grundlegend anders dar. Mit Japan, Südkorea, Thailand und Vietnam in der unmittelbaren Nachbarschaft, aber auch mit in der Region aktiven Akteuren wie den USA, Russland und Indien wäre der Versuch, eine chinesische Hegemonie in Asien zu etablieren, ein überaus komplexes und herausforderndes Unterfangen, das zusätzliche Spannung erzeugen und China erst einmal nicht mehr Sicherheit bringen würde. Deshalb hat China zumindest auf absehbare Zeit keinen Ehrgeiz, die Region zu dominieren.

Hegemonie im internationalen Kontext basiert auf einem transnationalen geschichtlichen Block, dessen Macht- und Herrschaftsstrukturen auf der Grundlage eines relativ beständigen Arrangements von produktiven und politischen Organisationsformen mehrere nationale Gesellschaften miteinander verbinden. Diese Strukturen umfassen zwar mehr als nur Staaten, etwa auch transnationalen Konzerne und Kapitaleliten; es sind aber staatliche Ressourcen – vor allem militärische Absicherung, Regulationsmechanismen, Rechtssysteme und Institutionen –, die den Block zusammenhalten. Diese Ressourcen wurden in den letzten Jahrzehnten vor allem von den USA bereitgestellt und kontrolliert, auch wenn die Stärke der Supermacht des 20. Jahrhunderts seit Längerem erodiert.

Die Tatsache, dass Donald Trump die Präsidentschaftswahl gewinnen konnte, lässt sich unter anderem mit einer Hegemoniekrise erklären, die aus der Erosion der materiellen Basis resultiert, die es der kapitalistischen Klasse bisher erlaubte, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse als essentielle Voraussetzung für das Wohlergehen des ganzen Landes zu präsentieren. Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts, vor allem nach 2008 scheint die Behauptung mehr als zweifelhaft, dass Profite der Kapitalklasse zum Wohle aller Klassen seien. In den USA äußert sich diese Hegemoniekrise ferner darin, dass sich die politischen Vehikel – die Demokratische und Republikanische Partei – aufzulösen scheinen. In diesem Kontext mag sich die Bevölkerung um einen charismatischen Führer scharen, doch die Artikulation eines kohärenten Projekts, in dem Zustimmung zudem eine materielle Basis hat, ist fast unmöglich.

Die zentrale Frage ist nun, wie sich die Hegemoniekrise im globalen Zentrum auf das Verhältnis zu China, zu der Asien-Pazifik-Region und zur globalen Peripherie auswirken wird. Die US-amerikanische Dominanz gründet auf dem konstitutiven Ineinandergreifen von Macht, Ideologie und Institutionen. Durch Trumps »Neo-Isolationismus« werden sich die USA wahrscheinlich immer weiter aus internationalen Institutionen, Abkommen und Verpflichtungen zurückziehen, was bedeutet, dass die institutionellen Mechanismen dieser speziellen Struktur internationaler Hegemonie geschwächt werden; ob sie sich wirklich auflösen werden, bleibt abzuwarten. Es stellt sich die Frage, welche internationalen Institutionen, Staatsformen und sozialen Kräfte sie ersetzen könnten. China wird diese Lücke nicht füllen können. Auch wenn es seit einigen Jahren den Aufbau alternativer internationaler Institutionen vorantreibt und sich in die bestehenden verstärkt einbringt, fehlt es China vor allem an globaler zivilgesellschaftlicher Vernetzung, um einen internationalen geschichtlichen Block anzuführen, der eine Transformation der bestehenden Struktur herbeiführen könnte.

Globale Hegemonie setzt ferner voraus, dass sich führende Politiker einer Weltmacht auch in ideologischer Hinsicht als Garanten der bestehenden Weltordnung präsentieren. Der Führungsanspruch der USA beruhte in den letzten sieben Jahrzehnten darauf, dass sie vorgaben, weltweit Hüter von Demokratie, Menschenrechten und der Freizügigkeit von Kapital und Personen zu sein. Die Vereinigten Staaten offerierten damit der Welt eine universalistische Ideologie, in der unterschiedliche Interessen harmonisch zusammengeführt werden konnten. Dass mit dieser Rhetorik oftmals handfeste US-amerikanische Interessen verschleiert wurden, muss hier nicht weiter vertieft werden. Dennoch: Hegemonie basiert notwendigerweise auf Formen des Ausgleichs, muss reale Entfaltungsmöglichkeiten bieten und allgemein das Gefühl vermitteln, dass die bestehende Ordnung im besten Interesse aller ist.

Trumps »America-first-Politik«, die nur noch auf eigene Interessen und unbedingte Überlegenheit setzt, allgemeine Normen und Prinzipien über Bord wirft und US-amerikanische Außenbeziehungen nur noch aktionistisch von Fall zu Fall betrachtet, zerstört diese ideologische Basis westlicher Hegemonie. Dies wird zweifellos die Asien-Pazifik-Region in Bewegung bringen und einige Räume gegenüber einem chinesischen Führungsanspruch öffnen. Doch insgesamt wird China – zumindest vorerst – das ideologische Vakuum nicht füllen können, da es schlicht keine universalistische Ideologie anzubieten hat. Im Gegenteil: In den letzten Jahren hat die chinesische Regierung selbst immer wieder betont, dass ihr Entwicklungsmodell einzigartig und auf die chinesische Situation, Geschichte und Kultur zugeschnitten sei und nicht in andere Weltregionen exportiert werden könne.

Sollte Trumps Präsidentschaft das »Ende des Westens« einläuten, dann ist dies noch nicht der Beginn eines »chinesischen Zeitalters«.

LITERATUR

Blackwill, Robert D./Tellis, Ashley J., 2015: Revising U.S. Grand Strategy Toward China, Council on Foreign Relation Council Special Report No. 72, März 2015, www.cfr.org/sites/default/files/pdf/2015/04/China_CSR72.pdf

Diamond, Jeremy, 2016: Trump: We Can't Continue to Allow China to Rape Our Country, edition.cnn.com/2016/05/01/politics/donald-trump-china-rape

Gray, Alexander/Navarro, Peter, 2016: Donald Trump's Peace through Strength Vision for the Asia-Pacific, foreignpolicy.com/2016/11/07/donald-trumps-peace-through-strength-vision-for-the-asia-pacific/

Kahl, Colin/Brands, Hal, 2017: Trump's Grand Strategic Train Wreck, foreignpolicy.com/2017/01/31/trumps-grand-strategic-train-wreck/

Pang, Xun/Liu, Linda/Ma, Stephanie, 2017: China's Network Strategy for Seeking Great Power Status, in: Chinese Journal of International Politics 10(1), 1–29

White House Office of the Press Secretary, 2015: Remarks by President Obama at the University of Queensland, obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2014/11/15/remarks-president-obama-university-queensland

White House Office of the Press Secretary, 2016: Statement by the President on the Signing of the Trans-Pacific Partnership, obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2016/02/03/statement-president-signing-trans-pacific-partnership

---

1 Die »Ein-China-Politik« ist die staatspolitische Vorgabe der Volksrepublik, dass Taiwan kein eigenständiger Staat ist, sondern zu China gehört. Folglich will sie keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die Taiwan anerkennen.

2 Mit diesem Begriff wird Trump ein diplomatischer Nullsummenspiel-Ansatz unterstellt, den Trump aus seiner Tätigkeit als Kapitalunternehmer entlehnt und in die Sprache der *good* oder *bad deals* gekleidet habe. In diesem Verständnis von internationaler Politik seien die Gewinne des einen die Verluste des anderen (vgl. Kahl/Brands 2017).

3 Anfang 2016 wurde das Handelsabkommen *Trans-Pacific Partnership* (TPP) zwischen Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, Vietnam und den USA unterzeichnet. Es galt als Kernstück Präsident Obamas außenpolitische Neuausrichtung nach Asien-Pazifik-Raum und sollte über den Abbau von Handelshemmnissen die Staaten enger aneinander binden und gleichzeitig Chinas wachsenden Einfluss in der Region zurückdrängen. Am 21. November 2016 gab Präsident Trump jedoch bekannt, dass er TPP kündigen werde.

AUF DER SUCHE NACH DER VERLORENEN HEGEMONIE

ZUR STRATEGISCHEN PARTNERSCHAFT ZWISCHEN INDIEN UND DEN USA

JOHN P. NEELSEN

Im Gegensatz zu den meisten anderen Staatschefs begrüßte der indische Premierminister im vergangenen Jahr die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA. Tatsächlich haben die beiden »starken Männer« Trump und Modi (Rilling 2016) mehr gemein als eine autoritär-nationalistische Rhetorik. So stieß nicht nur Trumps patriotisches Gebaren, das in Parolen wie »America First« oder »Make America Great Again« zum Ausdruck kommt, auf Verständnis in Neu-Delhi. Zustimmung gab es dort auch zu dessen Absichtserklärung, durch den Bau einer Mauer die Migration aus Lateinamerika einzudämmen. Auch Modi will den Zuzug aus dem Nachbarland Bangladesch effektiver kontrollieren. Beide ziehen über die herrschenden Eliten her, geben vor, Korruption bekämpfen zu wollen, und haben den Islamismus und Terrorismus zu den größten Bedrohungen ihrer jeweiligen Länder erklärt. Zusätzlich sind sich Trump und Modi in ihrer scharfen Kritik an China einig.

Was ist geschehen, dass die politische Führung von Indien – Gründungsstaat und führendes Mitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten, wichtiges Mitglied der BRICS-Staaten (Allianz der Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit – derzeit eine nationalistische US-Politik unterstützt? Was sind die Ursachen für diesen offenkundigen politischen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik eines Landes, das seit seiner Unabhängigkeit den Nord-Süd-Gegensatz als geopolitischen Hauptwiderspruch betrachtete, danach seine wichtigsten Partner bestimmte und eine entsprechende Reform der Nachkriegsordnung einforderte?

VOM ATLANTIK ZUM PAZIFIK: NIEDERGANG DES WESTENS UND AUFSTIEG ASIENS

Der Fall der Berliner Mauer 1989 und der damit verbundene Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus signalisierten einen grundlegenden Systemwechsel. Mit dem weltweiten Siegeszug des Kapitalismus und der auf viele Jahrzehnte gesicherten Vorherrschaft des Westens unter Führung der USA als einzig verbliebener Supermacht schien das »Ende der Geschichte« eingeläutet. Doch eine Reihe von kostspieligen, gemessen an den Kriegszielen erfolgslosen und nicht selten völkerrechtswidrigen militärischen Interventionen – angefangen bei der Zerschlagung Jugoslawiens über die Operationen im Irak, in Afghanistan, Syrien und Libyen – untergrub neben dem moralischen auch das wirtschaftliche Fundament der USA – und am Ende ihren Einfluss in der Welt. Die Auswirkungen der nicht zuletzt von Finanzmarkt orientierten Kapitalfraktionen forcierten neoliberalen Globalisierung verschärften diese Tendenz. Nationale Wirtschaftskreisläufe wurden aufgebrochen, Produktions- und Distributionssysteme im Zuge des internationalen Wettbewerbs um die besten, letztlich kostengünstigsten Standorte immer globaler. Auf dem Weltmarkt fanden weitreichende Umstrukturierungen und Verlagerungen zwischen Branchen, Standorten, Regionen und Ländern statt, transnationale Konzerne entwickelten sich neben den Staaten zu zentralen Akteuren in diesem Prozess. Die unbewältigte Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 hat die Position der ehemals führenden Industrieländer (G7) weiter geschwächt. Viele von ihnen leiden unter geringem Wachstum, Staatsverschuldung, hoher Arbeitslosigkeit und einer alternden Bevölkerung. Erwirtschafteten die G7-Staaten Anfang der 1990 Jahre noch zwei Drittel des Weltsozialprodukts, so ist es heute nicht einmal mehr die Hälfte (2015: 46,5 Prozent).[1] »Make America Great Again!«: Mit seinem wichtigsten Wahlslogan thematisierte Trump indirekt den relativen wirtschaftlichen Niedergang und den damit verbundenen außenpolitischen Machtverlust der USA.

Anders die sogenannte Dritte Welt und hier insbesondere die Schwellenländer. Sie verdoppelten ihren Anteil am Weltsozialprodukt in den letzten 25 Jahren von um die 20 auf rund 40 Prozent. Vor allem diejenigen Länder, deren Bevölkerung überdurchschnittlich jung und hoch qualifiziert ist, konnten von der Öffnung der Märkte und den drastisch gesunkenen Transport- und Kommunikationskosten profitieren. Ihre vergleichsweise billigen Arbeitskräfte und ihre wachsenden kaufkräftigen Mittelschichten zogen massiv ausländische Direktinvestitionen an. Hohe Wachstumsraten stärkten Wirtschaft und Staat. »Tigerstaaten« wie Taiwan, Südkorea, Singapur und Hongkong folgend, sind weitere asiatische Staaten, allen voran die Volksrepublik China und Indien, zu Schwellenländern, teilweise sogar zu neuen kapitalistischen Zentren aufgestiegen. Mit

Vietnam und Indonesien stehen schon die nächsten aufstrebenden Kandidaten parat.

Fast alle der hier genannten Länder liegen in Asien. Entsprechend der neuen Güter- und Handelsströme verlagert sich das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft schon seit Längerem weg vom Atlantik hin nach Asien bzw. in Richtung des asiatisch-pazifischen Raums. Mit der Ausweitung des Kreises der G7-Staaten auf nunmehr 20 Staaten (G20) ist dem veränderten globalen ökonomischen Kräftegleichgewicht in einem ersten Schritt Rechnung getragen worden. Auch in der Geopolitik zeichnet sich ein tektonischer Wandel ab, der die überkommene Sicherheitsarchitektur in Asien zur Disposition stellt. Diese hatte seit Ende des Zweiten Weltkriegs auf der Präsenz der USA als ökonomischer und militärischer Hegemonialmacht in der Region beruht. Angesichts des Aufstiegs Chinas zur zweitstärksten globalen Macht und des beschriebenen Bedeutungsverlusts der Vereinigten Staaten scheinen deren Sicherheitsgarantien aber nicht mehr so viel wert zu sein wie früher.

Die Transformation der bisherigen Machtstrukturen steht bislang erst am Anfang. Schließlich handelt es sich um einen komplexen Prozess, wobei der Kampf um die Vorherrschaft von neu aufbrechenden Konflikten zwischen verschiedenen Regionalmächten um territoriale Ansprüche oder den Zugang zu Märkten begleitet wird. Im Prozess des Übergangs von einer Hegemonial- hin zu einer bloßen Supermacht schwanken die USA in ihrer Strategie bezüglich China zwischen einer kodirektoralen »G2-Lösung« und einer Containment-Politik, die seit der Obama-Administration unter dem Motto »Pivot to Asia« (Hinwendung zu Asien) firmiert. Dabei kam der Aushandlung des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens (TPPA) zwischen den USA und elf Staaten in der Region unter dem bewussten Ausschluss Chinas eine Schlüsselfunktion zu. Zusammen mit dem transatlantischen Zwillingsprojekt TTIP sollte es den USA – die als einziges Land an beiden Handelsabkommen in führender Position beteiligt waren – auf absehbare Zeit ihre globale wirtschaftliche und juristisch-institutionelle Vormachtstellung sichern. Beide Abkommen wurden jedoch gleich zu Beginn der Amtszeit von Trump aufgekündigt.

WANDEL DES INTERNATIONALEN MACHTGEFÜGES: INDIEN UND DIE ÜBRIGEN BRICS-STAATEN

Im Zuge der Universalisierung des Systems der privatkapitalistischen Marktwirtschaft hat die Ordnungspolitik zwischen Plan und Markt als zentralem Widerspruch der Nachkriegszeit und als politökonomischer Grundlage der geopolitischen Blockbildung an Bedeutung verloren. Mit der neoliberalen Globalisierung ist der ehemals zentrale Widerspruch zwischen Zentrum und Peripherie (oder anders ausgedrückt: zwischen globalem Norden und globalem Süden) zugunsten einer Hierarchisierung von Staaten auf der Grundlage ihrer Wirtschaftsleistung und internationalen

Konkurrenzfähigkeit (hinsichtlich der Produktionskosten und Technologieentwicklung) in den Hintergrund getreten. Das Ergebnis ist eine vielfache Ausdifferenzierung der Länder des globalen Südens. Vielerorts kam es zur Gründung von meist regionalen Wirtschaftsgemeinschaften wie ASEAN (Verband Südostasiatischer Nationen), SAARC (Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation) oder Mercosur (Gemeinsamer Markt Südamerikas). Auf der Nord-Süd-Achse löste der Zusammenschluss der BRIC-Staaten, dem zusätzlich zu Russland mit Brasilien, Indien und China die mächtigsten Schwellenländern angehören, die Bewegung der Blockfreien und die Gruppe der 77 als politische Interessenvertretung des globalen Südens ab (vgl. Schmalz/Ebenau 2011). Mit der 2010 erfolgten Aufnahme Südafrikas in den Bund (von nun an BRICS genannt) wurde gezielt an die postkoloniale trikontinentale Bewegung angeknüpft. In den fünf Mitgliedsstaaten leben gegenwärtig 42 Prozent der Weltbevölkerung und sie erwirtschaften 20 Prozent des nominalen Weltsozialprodukts, nach Kaufkraftparitäten sogar 31 Prozent.[2] Ähnlich entwickelte sich ihre Position im Welthandel. Dort steigerten sie ihren Anteil in den letzten 25 Jahren von unter 4 auf knapp 20 Prozent. Schließlich sind sie nicht länger nur Importeure, sondern exportieren mit einem Anteil von rund 11 Prozent an den weltweiten Auslandsinvestitionen selbst Kapital vor allem nach Lateinamerika, Südostasien und Afrika. Mit über 5 Billionen US-Dollar halten sie um die 40 Prozent der Weltwährungsreserven. Es ist zu erwarten, dass sie schon in den nächsten zwei Jahrzehnten in Bezug auf ihre Wirtschaftskraft mit den G7-Staaten gleichziehen werden.[3]

Entsprechend ihrer gewachsenen weltwirtschaftlichen Bedeutung versuchen die BRICS, auch ihr politisches und institutionelles Gewicht zu vergrößern. So haben sie diverse bilaterale Konflikte und nationale Interessen zurückgestellt und durch eine verstärkte Kooperation und Koordination erfolgreich ihr gemeinsames Sanktionspotenzial mit dem Ziel gestärkt, einen Wandel der vom Westen dominierten Weltordnung voranzutreiben. Die BRICS, eher politische Plattform als ein formales Bündnis, und die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit belegen dies beispielhaft – in beiden sind Indien ebenso wie Russland und China Vollmitglieder. Zusammen ist es ihnen gelungen, beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der Weltbank eine neue Verteilung der Stimmrechte zu ihren Gunsten durchzusetzen. Darüber hinaus wurden dem IWF und der Weltbank gegen den Widerstand der USA alternative, wenn auch noch nicht konkurrenzfähige Finanzinstitutionen an die Seite gestellt, zum Beispiel der zunächst mit 100 Milliarden US-Dollar ausgestattete BRICS-Reservefonds (Contingency Reserve Arrangements) und die New Development Bank (Neelsen 2014 u. 2016). Trotz dieser Erfolge und der Regelung, dass alle beteiligten Staaten formal das gleiche Stimmrecht haben und

mit gleich hohen Finanzeinlagen vertreten sind, ist man sich in Indien des großen Ungleichgewichts bei der Wirtschaftskraft bewusst: So repräsentiert China zwei Drittel des Sozialprodukts aller fünf Mitgliedsstaaten, die Kaufkraft in Indien beträgt gerade einmal 40 Prozent von der in China und unter Berücksichtigung der Wechselkurse kommt Indien nur auf 20 Prozent des chinesischen Sozialprodukts.

Auch in anderen internationalen Foren wie dem Kreis der G20 oder der UNO verständigen sich die Regierungsvertreter der BRICS in der Regel vorab auf gemeinsame Positionen, um eine gerechtere multipolare Ordnung durchzusetzen. So besteht unter ihnen Einigkeit, dass die Grundpfeiler der UNO wie nationale Souveränität, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und territoriale Integrität sowie Gleichheit der Mitglieder unter gar keinen Umständen angetastet werden sollten. Dementsprechend stimmte man gemeinsam gegen militärische Interventionen der USA bzw. der NATO ohne ein UN-Mandat, wie im Fall von Libyen. Ähnlich verhält es sich bei Umweltfragen: Sowohl in Kopenhagen als auch bei der UN-Klimakonferenz Ende 2015 in Paris trat man gemeinsam dafür ein, dass die Industrieländer wegen ihrer unverhältnismäßig hohen Treibhausgasemissionen in der Vergangenheit sowie wegen ihres weiterhin nicht universalisierbaren imperialen Lebensstils Vorleistungen erbringen müssen. Nur so könnten in den Ländern des globalen Südens Handlungsspielräume für eine nachholende wirtschaftliche Entwicklung entstehen. Das Recht auf Entwicklung dürfe nicht gegen Umweltbelange ausgespielt werden.

DAS »ASIATISCHE JAHRHUNDERT«: INDIENS WELTMACHTAMBITIONEN IM SCHATTEN CHINAS

Der Aufstieg Asiens und der Niedergang des Westens signalisieren eine doppelte epochale Zäsur. Da ist zum einen das historische Ende einer fast 500-jährigen von Gewalt, Völkermord, Enteignung und systematischer Unterentwicklung in großen Teilen der Welt gekennzeichneten Herrschaft des Westens. Da ist zum anderen die Hoffnung Indiens und Chinas auf eine Renaissance ihrer früheren kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Macht. Bis zu ihrer Kolonialisierung durch Europa stellten sie nicht nur rund die Hälfte der Weltbevölkerung, sondern gehörten auch zu den reichsten Ländern. Indien will im angebrochenen »asiatischen Jahrhundert« seine frühere Rolle als regionale und globale Führungsmacht zurückgewinnen. Dazu bedarf es eines international wettbewerbsfähigen, technologisch und wirtschaftlich starken Fundaments. Vorbild und Konkurrent zugleich ist dabei China (vgl. Turowski in dieser Ausgabe). Chinas rund 25-jährigen Vorsprung möglichst schnell aufzuholen, ist oberstes Ziel der Regierung von Narendra Modi.

Dazu müssen im großen Umfang ausländische Investitionen und technologisches Know-how eingeworben und transnationale Unternehmen dazu gewonnen werden,

sich in Indien niederzulassen. Obwohl auch China milliardenhohe Investitionen in Aussicht gestellt hat, richtet sich die indische Regierung vor allem an die reichen Industrieländer, neben den USA insbesondere an Japan. Zudem bemüht sie sich um eine Verbesserung der Beziehungen zu den südasiatischen Nachbarn, inklusive Pakistan. Hinzu tritt eine aktive Ausrichtung auf Südostasien, die im ASEAN-Verbund sowie in der Neuorientierung der Außenpolitik von »Look East« hin zu »Act East« zum Ausdruck kommt. In beiden Fällen stößt man auf die Konkurrenz der wirtschaftlich weit überlegenen chinesischen Volksrepublik und wird gelegentlich – wie im Fall Vietnam – Partei in einem Konflikt, der einen zunächst gar nicht unmittelbar betraf.

China stellt für Indien im derzeitigen Prozess der Restrukturierung des Einfluss- und Machtgefüges im pazifischen Raum nicht nur den Hauptkonkurrenten dar, sondern verhindert darüber hinaus die Realisierung der indischen Ambitionen, auch in ökonomischer Hinsicht aufzuholen. Das chinesische Projekt »One Belt, One Road« (OBOR) ist dafür ein anschauliches Beispiel. Es bezieht sich auf den geografischen Raum der alten Seidenstraße, die im Mittelalter Europa mit Asien verband, sowie auf eine historische maritime Handelsroute zwischen China, Südostasien und den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans. Auch wenn Indien vom Aufbau eines solchen interkontinentalen Infrastrukturnetzwerkes durch die Belebung von Handel und Wirtschaft profitieren würde, es stünde nicht im Zentrum, sondern wäre nur Zwischenstation. So erwägt Neu-Delhi, eine Art Alternativprojekt anzustoßen. Unter dem Stichwort »Mausam« ist geplant, die historisch gewachsenen Handels- und Kulturbeziehungen mit Südostasien, die von Burma über Thailand und Kambodscha bis Bali in Religion und Architektur sichtbar sind, wiederzubeleben.

Schon aufgrund seiner geografischen Lage sowie seiner demografischen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutung beansprucht Indien außerdem einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, neben den fünf Vetomächten, deren Privilegien noch aus der Zeit des Zweiten bzw. des sich anschließenden Kalten Krieges stammen. Die chinesische Regierung hat zwar versprochen, dieses Vorhaben zu unterstützen, in Indien wird diese Zusage jedoch als reines Lippenbekenntnis eingeschätzt. Besonders verärgert ist man über den jüngsten Schachzug von Peking, das zusammen mit anderen Regierungsvertretern eine Aufnahme Indiens in die Nuclear Suppliers Group (Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer) verhindert hat.

Weitere bilaterale, zum Teil noch auf die Kolonialzeit zurückgehende territoriale Konflikte vergiften darüber hinaus die beiderseitigen Beziehungen. So geht es unter anderem um den Verlauf der Grenzen im Westen, im zudem von Pakistan kontrollierten Kaschmir, sowie um umstrittene Gebiete im nordöstlichsten indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh, der an Tibet, Myanmar und Bhutan angrenzt. 1962 war deswegen

ein Grenzkrieg zwischen Indien und China entbrannt, der mit einem Waffenstillstand endete. Seitdem wurden entlang der Kontrolllinie modernste militärische Infrastrukturen errichtet und auf beiden Seiten Truppen stationiert. Immer wieder wird von bewaffneten Zusammenstößen berichtet.

Die fortdauernden Spannungen infolge dieser ungeklärten Territorialfragen rückten erst jüngst wieder anlässlich einer Reise des Dalai Lama, der nach seiner Flucht aus Tibet 1959 mit seinen Anhängern Zuflucht in Indien gefunden hatte, auf die Tagesordnung. Der Dalai Lama besuchte vor Kurzem ein in dem umstrittenen Gebiet gelegenes Kloster. Die Regierung in Peking sah ihren Verdacht, es habe sich dabei um kein rein religiös, sondern vor allem ein politisch motiviertes Unternehmen gehandelt, durch Aussagen des Gouverneurs von Arunachal Pradesh erhärtet. Dieser hatte nämlich von der Grenze zu »Südtibet« gesprochen und damit die Zugehörigkeit Tibets zur Volksrepublik bzw. die Ein-China-Politik infrage gestellt. Peking protestierte gegen den Besuch und behauptete, dieser habe den chinesisch-indischen Beziehungen »schweren Schaden« zugefügt.

Die auf Dauer schwerste Belastung stellt wohl das Verhältnis Chinas zu Pakistan dar, dem Erzfeind Indiens seit dem Ende der britischen Kolonialherrschaft, das 1947 die Teilung Britisch-Indiens in die zwei unabhängigen Staaten Indien und Pakistan besiegelte. Diese war mit einem massiven Bevölkerungsaustausch und Vertreibungen verbunden, die zu zwölf Millionen Flüchtlingen führten und fast eine Million Todesopfer forderten. Seitdem ist das muslimische Kaschmir geteilt und sind dessen Zugehörigkeit und politischer Status umkämpft. Drei Kriege, bewaffnete Grenzkonflikte sowie Atomwaffen auf beiden Seiten sind die Folgen. Hinzu kommen von pakistanischem Territorium ausgehende Selbstmordattentate. Der Konflikt bezieht selbst den Nachbarn Afghanistan mit ein. Für Islamabad ist eine pakistanfreundliche Regierung überlebenswichtig. Neu-Delhi ist dagegen bestrebt, seine wirtschaftliche und politische Überlegenheit gegenüber Pakistan auszunutzen und Afghanistan mit entsprechenden Anreizen als engen Verbündeten an sich zu binden.

Vor diesem Hintergrund stellt die traditionell enge politische und militärische Zusammenarbeit zwischen China und Pakistan (auch in Bezug auf Nuklearwaffen) ein unüberwindliches Hindernis für engere indisch-chinesische Beziehungen dar. Jüngste Entwicklungen haben diese Kluft weiter vertieft. So verläuft der Pakistan-China Economic Corridor, der Teil der OBOR-Initiative ist, durch das von Indien beanspruchte Kaschmir. Mehr noch: Der geplante Endpunkt des wirtschaftlichen Korridors ist die von China mit Sonderrechten ausgestattete und zum Tiefseehafen mit umfassender Infrastruktur ausgebaute Region um Gwadar. Selbst wenn mit diesem Projekt vor allem die ökonomische Erschließung Tibets und des Westen Chinas beabsichtigt ist, bleibt für Neu-Delhi entscheidend, dass damit sein Rivale China

einen direkten Zugang zum Indischen Ozean erhalten wird. Der Korridor soll die für Peking lebenswichtigen Energieimporte aus dem Vorderen Orient auch in Krisenzeiten sicherstellen und die Transportzeit verkürzen. Er ist als Ersatz für die Seeroute durch das leicht zu blockierende Nadelöhr der Straße von Malakka gedacht. Aus Sicht aber von Neu-Delhi gefährdet diese Planung nicht nur die Rolle Indiens als uneingeschränkte maritime Vor- und Ordnungsmacht in der Region, sondern ist ein weiteres Glied in einer »Perlenkette« von chinesischen Stützpunkten im Indischen Ozean, Ausdruck einer Strategie der Einkreisung, mit der China versuche, Indien zu »erdrosseln«.[4]

Um angesichts dieser komplexen, von Konflikten, Konkurrenz und gleichzeitiger Kooperation gekennzeichneten Konstellation die eigene Position zu stärken und das bestehende Ungleichgewicht der Kräfte auszugleichen, suchte die indische Regierung neue einflussreiche Alliierte und fand diese vornehmlich im früher eher verschmähten, wenn nicht gar bekämpften »Westen«.

DIE VERÄNDERTE ROLLE INDIENS IN DER US-AMERIKANISCHEN AUSSENPOLITIK

Indien ist in der neuen Globalstrategie der USA eine zentrale Rolle zugedacht. Obama definierte das Verhältnis zwischen der ältesten und der größten Demokratie »als entscheidende Partnerschaft des 21. Jahrhunderts«. Trump tauschte sich in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft gleich mehrmals mit dem indischen Premierminister Modi aus. Auch die Tatsache, dass gleich sechs Mitglieder des engsten Regierungskreises in den USA indischer Herkunft sind, dürfte nicht nur auf die umfangreiche politische und finanzielle Unterstützung der Wahlkampagne Trumps durch die Republican Hindu Coalition zurückzuführen sein, Speerspitze der 3,8 Millionen Menschen umfassenden indischen Community in den USA. Hinzu kommen langfristige wirtschaftliche Überlegungen. Schon heute gibt es in Indien eine starke kaufkräftige Mittelschicht, die aus mehrere Hundertmillionen besteht. Und in wenigen Jahrzehnten wird es das weltweit bevölkerungsreichste Land mit einem der höchsten Bruttoinlandsprodukte sein.[5]

Das war nicht immer so. Über viele Jahrzehnte galt Indien aufgrund seines überdurchschnittlich großen Bevölkerungswachstums als typisches Armenhaus. In Washingtoner Regierungskreisen wurde es wegen seiner Rolle in der Bewegung der Blockfreien und insbesondere wegen seiner traditionell recht engen strategischen und militärischen Beziehungen zur Sowjetunion eher als Gegner des Westens betrachtet. Das Ende des Kalten Krieges und die damit einhergehende zunehmende Öffnung Indiens gegenüber dem Weltmarkt, verbunden mit einer Reduzierung der Rolle von Plan und Staat in der Wirtschaft, änderten daran zunächst wenig. Im Gegenteil: Die Atombombenversuche von 1998 der gerade zum ersten Mal an die Regierung gelangten ultrarechten

indischen Volkspartei BJP riefen scharfe Proteste hervor und führten zur Verhängung von wirtschaftlichen Sanktionen. Pakistan folgte bald mit eigenen Nukleartests. Die USA fürchteten nicht nur eine Erhöhung des Kriegsrisikos in der Region, sondern sahen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen generell als gefährdet an. Zwar wurden die ineffektiven Sanktionen bereits 2001 aufgehoben, aber auch der nach mehrjährigen Verhandlungen 2008 zwischen den USA und Indien geschlossene Vertrag zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Nutzung der Kernenergie blieb nicht nur in Indien umstritten. Auch international – denkt man an Iran oder an Nordkorea – trägt er nicht eben zur Glaubwürdigkeit der USA bei. So setzte die Regierung von George W. Bush gegen den Widerstand im Inneren und bei den zuständigen internationalen Organisationen Ausnahmeregelungen für Indien durch. Indien, das weder den Atomteststopp-Vertrag noch den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet hat, wurde damit offiziell als (verantwortliche) Atommacht anerkannt. Das bilaterale Abkommen mit den USA erlaubt Indien, eine förmliche Trennung von militärischer und ziviler Forschung im Bereich der Entwicklung und Nutzung der Atomkraft vorzunehmen. Mehr noch: Neu-Delhi wird das Recht eingeräumt, nur die von ihm selbst als zivil eingestuften Atommeiler (rund zwei Drittel) der Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Organisation zu unterstellen.[6]

Zu einem grundlegenden Wandel in den Beziehungen zwischen den USA und Indien kam es gleichwohl erst 2014, als die von der Kongresspartei dominierte United Progressive Alliance (UPA) von der von der hindunationalistischen Volkspartei BJP beherrschten National Democratic Alliance (NDA) an der Regierung abgelöst wurde. Dabei war neben zwischenstaatlichen Spannungen zunächst auch ein personenbezogenes Problem zu überwinden. So bestand seit 2005 für den neuen, mit überwältigender Mehrheit gewählten Partei- und Regierungschef Narendra Modi ein Einreiseverbot in die USA. Anlass waren die vielen Opfer eines antimuslimischen Pogroms 2002 in Gujarat, für das ihm als damaligem Regierungschef des Bundesstaates eine Mitschuld angelastet wurde. Doch mit den Wahlen von 2014 änderte sich auf beiden Seiten alles sehr schnell. Mehrere wechselseitige Staatsbesuche, gekrönt von Reden Modis vor dem US-Kongress bzw. der Einladung Obamas als Ehrengast zu den Unabhängigkeitsfeiern in Neu-Delhi, symbolisieren den Strategiewechsel. Grundlage ist die Erkenntnis, dass es inzwischen eine Reihe von gemeinsamen Interessen gibt, die Grundlage der »Pivot to Asia« bzw. der »Act East Policy« sind. Zusagen über umfangreiche private und öffentliche Investitionen in Indien und eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit fanden Ergänzung durch weitere Abkommen auf militärischem Gebiet. So mündete die noch von George W. Bush veranlasste Auf-

hebung der Exportrestriktionen für »Dual-Use-Technologien« in der ehrgeizigen Defense Technology and Trade Initiative. Sie materialisierte sich alsbald in mehreren Projekten zur gemeinsamen Waffenproduktion. Damit erfuhr die militärisch-technologische Partnerschaft zwischen beiden Ländern eine weitere Stärkung.[7] Obama und Modi verständigten sich 2015 auf eine gemeinsame strategische Vision für die asiatisch-pazifische Region und den Indischen Ozean, die unter anderem 2016 mit einem neuen bilateralen »maritimen Sicherheitsdialog« konkretisiert wurde. Gestalt bekommt sie in der gegenseitigen Teilnahme an Marine- oder Luftwaffenmanövern. Von besonderer Bedeutung ist schließlich das Logistics Services Agreement von August 2016, das den Militärs beider Länder die wechselseitige Nutzung militärischer Anlagen und Logistik erlaubt und damit eine »dauerhafte Vernetzung im Sicherheitsbereich« besiegelt.

Vor diesem Hintergrund ist eine relative Schwächung der alten Achse Moskau-Neu-Delhi absehbar: Die traditionelle militärische Kooperation bleibt zwar bestehen und wurde in manchen Bereichen wie Rüstungsforschung und Waffenentwicklung in den letzten Jahren sogar noch intensiviert. Sie verhindert aber nicht eine engere militärische und technologische Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA sowie zwischen Indien und Israel und neuerdings auch Frankreich, was sich unter anderem beim Waffenhandel zeigt. Allein aufgrund seiner Uranlieferungen und der mit seiner Hilfe gebauten AKW wird Russland auch in Zukunft ein wichtiger Partner Indiens bleiben, vor allem wenn es um den Ausbau der Atomenergie geht. Aber dabei handelt es sich um sektorale Kooperationen in einem immer stärker ausdifferenzierten Netzwerk von technologischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Abkommen und Partnerschaften, entsprechend den jeweiligen nationalen Interessen.

TEKTONISCHER WANDEL DER GEOPOLITIK

Mit der zunehmenden Schwächung ehemals zentraler geopolitischer Antagonismen verlieren traditionelle Bündnisse und historisch bedingte Blockbildungen zunehmend an Bedeutung, wenn sie nicht gar obsolet werden. Es gibt kein Entweder-oder mehr. Im Gegenteil: Die Verfolgung nationaler Interessen verbietet den Beitritt zu dualistisch und konfrontativ ausgerichteten Allianzen im Weltmaßstab und gebietet wechselnde punktuelle Kooperationen je nach Problem und Eigeninteressen. Zwischenstaatliche Konkurrenz bei gleichzeitiger Kooperation kennzeichnet die Geopolitik im globalisierten Neoliberalismus. Das gilt auch für Indien als aufstrebender Weltmacht. Deshalb findet trotz aller gravierender bilateraler Konflikte im Bund der BRICS-Staaten sowie in der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, in der sogar Pakistan vertreten ist, eine kontinuierliche Zusammenarbeit Neu-Delhis mit verschiedenen Staaten, darunter auch China, statt. Dies funktioniert solange,

wie diese den Interessen ihrer einzelnen Mitglieder dient, zum Beispiel beim Kampf gegen den Terrorismus, bei der Sicherung ihrer Energieversorgung oder bei der Reformierung der Bretton-Woods- und UNO-Institutionen. Umso besser, wenn diese Formen der Abstimmung und Kooperation auch anderen Ländern der sogenannten Dritten Welt zugutekommen.

Das sich verändernde weltweite Kräftegleichgewicht hat gerade in Asien nicht nur die überkommene, auf die USA fokussierte Sicherheitsarchitektur geschwächt, sondern zugleich alte Konflikte und neue Rivalitäten zwischen einzelnen Regionalmächten aufbrechen lassen. Das schwierige Verhältnis zur aufstrebenden regionalen Supermacht China kommt als komplizierender Faktor hinzu, ergänzt durch eine wachsende Konkurrenz um Märkte und Einflusssphären sowie widerstreitende territoriale Ansprüche. So handelt es sich bei der Auseinandersetzung um die Frage, zu welchem Land verschiedene Inselgruppen im Chinesischen Meer (Senkaku-, Diaoyu-, Spratly- und Paracel-Inseln) gehören, um einen Kampf um die Kontrolle von Seewegen, maritimen Wirtschaftszonen, Überflugzonen, Militärstützpunkten etc. So wurde aus einer Reihe komplexer regionaler Streitigkeiten ein weitreichender geopolitischer Konflikt, bei dem die Volksrepublik China und Taiwan derzeit im Zentrum stehen (Pohle 2016). Während Peking aus seiner Sicht hier legitime wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen vertritt, nehmen die unmittelbar betroffenen Regionalstaaten Chinas Verhalten als den machtpolitisch motivierten Expansionismus einer Großmacht wahr und schicken sich an, gegen diesen im Namen des Völkerrechts und der »Freiheit der Meere« vorzugehen. Gegen den gemeinsamen Rivalen China hat sich ein ungewöhnliches Quartett, bestehend aus den USA, Australien, Japan und Indien, zusammengefunden. Sie hielten gemeinsam Marinemanöver im Südchinesischen Meer ab.

Der Neoliberalismus hat die alte Ordnung unter der Dominanz des Westens aufgeweicht. Doch ist die Hoffnung auf eine multipolare, von UNO und Völkerrecht bestimmte Weltordnung verfrüht. Der Prozess der Transformation verläuft über die Rekonstituierung der Nationalstaaten und die Verfolgung nationaler Interessen als oberstem Staatsziel. Die damit einhergehende Konkurrenz und Auseinandersetzung aller gegen alle wird mit allen denkbaren friedlichen Mitteln ausgetragen, wenn nötig auch mit militärischen. Die enttäuschten Erwartungen auf eine Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges belegen dies nur zu deutlich. Weltweit steigen die Rüstungsausgaben und der Waffenhandel blüht. Dies gilt vor allem für den Nahen Osten und Asien. Zugleich ist generell eine wachsende Militarisierung der internationalen Beziehungen zu beobachten,[8] eine neue Ära (regionaler) Weltordnungskonflikte.

Indien bildet hier keine Ausnahme: Mit einem Anteil von 13 Prozent an den weltweiten Waffenimporten liegt das Land

derzeit an der Spitze. Sein Verhältnis zu den USA wird von seinen Weltmachtambitionen bestimmt. Gerade wegen ihres relativen Niedergangs sind die USA ein idealer Partner für Indien, das im Kampf um die Neufigurierung des internationalen Systems um eine größere strategische Autonomie ringt. Die Vorteile sind wechselseitig: Mit China im Fokus geht es Indien um einen Platz an der Sonne und den USA um einen strategisch Verbündeten bei der Rückgewinnung der globalen Vorherrschaft.

LITERATUR

CIA, 2017, The World Factbook, unter: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bf.html

Neelsen, John P., 2016: Konfliktreicher Wandel zu einer multipolaren Welt – Die BRICS und die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, in: Lühr, Henken (Hg.), Wege aus der Kriegslogik – Für eine neue Friedenspolitik, Kassel, 209–223

Ders., 2014: Das Empire schlägt zurück: TTIP versus BRICS, in: Sozialismus, 12/2014, 2–9

O'Neill, Jim, 2001, Building Better Global Economic BRICs, Goldman Sachs, Global Economics Paper No. 66

Pcw Global, 2015, The World in 2050. Will the shift in global economic power continue?, www.pwc.com/gx/en/issues/the-economy/assets/world-in-2050-february-2015.pdf

Pohle, Lutz, 2016: Neue Runde im Konflikt um das südchinesische Meer, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 20/2016, Berlin

Rilling, Rainer, 2016: Trump: Auf dem Weg zu einem neuen Machtblock, in: LuXemburg online, November 2016, www.zeitschrift-luxemburg.de/trump-auf-dem-weg-zu-einem-neuen-machtblock/

Schmalz, Stefan/Ebenau, Matthias, 2011: Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China. Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe einundzwanzig, Bd. 4

SIPRI, 2017, The Global Arms Trade: Assessing Trends and Future Outlook, www.sipri.org/events/2017/global-arms-trade-assessing-trends-and-future-outlook

1 Dieser Verlust des Anteils der G7-Staaten am Weltsozialprodukt seit 1990 geht vor allem auf das Konto Europas und Japans. Demgegenüber stagniert der Anteil der USA bei rund einem Viertel, nachdem er in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch 50 Prozent ausgemacht hatte.

2 Im Gegenzug fiel der Anteil der G7-Staaten seit 2000 von rund zwei Dritteln auf 44 Prozent im Jahr 2016. Ihr Anteil an der Weltbevölkerung beträgt heute kaum mehr als 10 Prozent und sinkt immer weiter.

3 Die jüngsten Prognosen bestätigen die Voraussagen von Goldman Sachs von 1999/2001. Die sieben größten Schwellenländer, neben den BRICS noch die Türkei, Indonesien und Mexiko, haben danach schon 2015 mit den G7-Staaten gleichgezogen und ihre Wirtschaftskraft wird die der G7 bereits im Jahr 2040 um das Doppelte übertreffen (vgl. hierzu Pcw Global 2015; CIA 2017 und O'Neill 2015).

4 Mit der *string of pearls* sind neben Abkommen mit Pakistan spezielle Vereinbarungen Chinas mit Sri Lanka, Myanmar, den Malediven und Nepal gemeint.

5 Vgl. www.pwc.com/gx/en/issues/economy/the-world-in-2050.html

6 Dieses von den USA und Indien unterzeichnete Abkommen wird auch US-indischer Nukleardeal genannt. Zu Inhalt und Kritik vgl. www.cfr.org/india/us-india-nuclear-deal/p9663.

7 So ist zum Beispiel der Umfang des Waffenhandels zwischen beiden Ländern seit 2008 von einer Milliarde auf 14 Milliarden US-Dollar gestiegen (vgl. www.firstpost.com/india/pentagon-credits-ashton-carter-with-spearheading-deepening-of-india-us-defence-cooperation-3147924.html).

8 Danach sind Asien und Ozeanien mit Indien an der Spitze seit 2012 die größten Waffenimporteure (plus 43 %). In diesem Rahmen ist auch der Bau eines THAAD-Raketenschilds in Südkorea durch die USA (offiziell gegen Nordkorea gerichtet, in Wahrheit aber zur Flugüberwachung Chinas gedacht) oder die Ermunterung von Präsident Trump an die Adresse Seouls und Tokios, sich um eigene A-Waffen zu kümmern, zu sehen.

EIN SIEG DER INTERVENTIONISTEN?

ZUR RUSSLAND-POLITIK DER USA

ERHARD CROME

Die Regierung Trump sei »zwar abstoßend vulgär, xenophob, nationalistisch und rückwärtsgewandt – da sie sich aber kaum einmal durchsetzen konnte, blieb sie dabei jedoch relativ harmlos«, meinte Spiegel-Autor Stefan Kuzmany (www.spiegel.de, 1.8.2017). Trump kriege »nichts gebacken«. Das aber könnte sich ändern, wenn Ex-General John Kelly Ordnung in den Stab des Weißen Hauses bringe.

Nun ist fragwürdig, ob diese Administration bisher nichts erreicht habe. Präsident Trump regierte zunächst mit Dekreten. Das zum Verbot der Einreise aus muslimischen Ländern war Protestobjekt vieler Anti-Trump-Demonstrationen. Derweil hatte er Umweltstandards gelockert, um den Kohlebergbau wieder zu fördern, zwei Pipelines genehmigt, die Präsident Barack Obama aus Umweltschutzgründen untersagt hatte, das Projekt Mauer gegen Mexiko weiter vorangebracht, Begrenzungen für die Banken gelockert, Neueinstellungen und Budgets des Öffentlichen Dienstes eingefroren, Obama-Care reduziert, Abtreibungsfinanzierung im Ausland untersagt und die Rüstungsausgaben erhöht. Außerdem hat er die Ernennung von Neil Gorsuch zum Mitglied des Obersten Gerichts der USA durchgesetzt und damit dort die konservative Mehrheit wiederhergestellt.

Um sich hat Trump eine Regierung vor allem alter Männer geschart, darunter Generäle und Milliardäre. Etliche Journalisten meinten, das seien keine Politiker, unerfahren, nicht profiliert. Tatsächlich sind es Leute, die in ihren früheren Tätigkeiten in Wirtschaft und Militär gewohnt sind, selbständig zu agieren. Und die reich genug sind, sich nicht bestechen lassen zu müssen. Während bisher in den USA eine Politikerkaste im Auftrag des global orientierten Teils der herrschenden Kapitaleigner waltete, hat jetzt ein Flügel der herrschenden Klasse

selbst und direkt die Macht übernommen, um den Kurs des Landes zu verändern. Ob sie damit durchkommen, wird sich in den Auseinandersetzungen der nächsten Jahre entscheiden (vgl. Crome 2017, 25f.).

DER VERKÜNDETE KURSWECHSEL

Das eigentliche Problem der USA ist ihre imperiale Überdehnung. Das wurde schon unter George W. Bush, vor allem mit den katastrophalen Ergebnissen der Kriege in Irak und Afghanistan sichtbar. Barack Obama hatte nicht umgesteuert, sondern versucht, die globale Interventionspolitik etwas geschickter fortzusetzen. Ergebnisse waren der Regime-Change-Krieg gegen Libyen, der Regime-Change-Putsch in der Ukraine und der Syrienkrieg.

Bereits am 27. April 2016 hielt Donald Trump im Mayflower-Hotel in Washington vor ausgesuchtem Publikum seine außenpolitische Grundsatzrede, in der er verkündete, was er als Präsident zu tun beabsichtige. Es gehe um Frieden und Wohlstand und deshalb um »eine neue außenpolitische Richtung«, in der »Ziellosigkeit durch Zweckgerichtetheit, Ideologie durch Strategie und Chaos durch Frieden« ersetzt werden müssten. Die USA hätten es nach dem Kalten Krieg nicht verstanden, »eine neue Vision für eine neue Zeit« zu entwickeln. An die Stelle logischen Handelns seien »Torheit und Arroganz« getreten, die die Außenpolitik »von einer Katastrophe zur nächsten« geführt habe. Im Nahen Osten habe das vom Irak zu Libyen und schließlich zu Obamas Linie in Syrien geführt, die gesamte Region des Nahen Ostens ins Chaos gestürzt und dem sogenannten Islamischen Staat überhaupt erst Raum zur Entfaltung gegeben. Offen kritisierte er Obama und Hillary Clinton, die als seine Außenministerin dafür mitverantwortlich war; in der Sache war es auch Kritik an der Außenpolitik der Bush-Familie und der »Neo-Konservativen«.

Der Grundbefund lautete: Die USA seien geopolitisch geschwächt, weil sie wirtschaftlich geschwächt sind. Eine kohärente Außenpolitik der USA müsse auf den amerikanischen Interessen beruhen. Dazu müsse das Land »aus dem Geschäft des nation-buildung« in anderen Ländern »aussteigen« und auf »Stabilität in der Welt« zielen. Die Spannungen mit Russland sollten verringert und die Beziehungen verbessert werden, der »Zyklus der Feindschaft« müsste beendet werden. Auch in Bezug auf China betonte Trump die Notwendigkeit guter Beziehungen, allerdings unter der Voraussetzung einer Reduzierung des Außenhandelsdefizits der USA gegenüber der Volksrepublik.

»America First« wurde als politische Grundlinie verkündet. Das Volk der USA werde »den falschen Gesängen des Globalismus« nicht länger folgen. Unter seiner Präsidentschaft werde es keine internationalen Abkommen geben, die die Fähigkeit der USA, »die eigenen Angelegenheit zu kontrollieren, beeinträchtigen«. (www.donaldjtrump.com). Das bereits ausverhandelte Pazifische Handelsabkommen (TPP) wurde von Trump aufgekündigt, das von

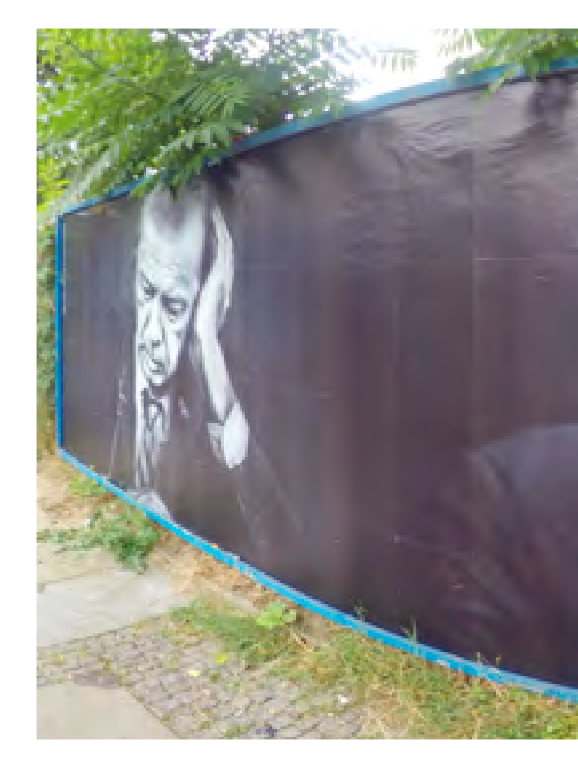
Deutschland und der EU einerseits und der Obama-Administration andererseits erstrebte und zum Teil bereits verhandelte Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) auf Eis gelegt.

GEGENKRÄFTE

Damit hatte Trump die global orientierten Interventionisten beider Parteien gegen sich. Auf der sogenannten Sicherheitskonferenz in München 2017 waren u.a. die republikanischen US-Senatoren John McCain und Lindsey Graham, beide erklärte Gegner Trumps und Vertreter einer absichtsvollen weiteren Verschlechterung der Beziehungen zu Russland. Graham prophezeite: »2017 wird das Jahr, in dem der Kongress Russland in den Hintern tritt.« Er wolle mit anderen Republikanern und zusammen mit den Demokraten entsprechende Beschlüsse im Kongress herbeiführen. Das ist mit den jüngsten Boykott-Gesetzen in die Tat umgesetzt worden.

Trump hatte in einer seiner berüchtigten Twitter-Nachrichten bereits am 29. Januar geschrieben, die beiden Senatoren sollten sich lieber mit dem Kampf gegen den IS, der illegalen Migration und der Grenzsicherheit befassen, »statt ständig zu schauen, wie sie den Dritten Weltkrieg beginnen können«.

Über Trumps Pressekonferenz am 16. Februar in Washington wurde nahezu einhellig berichtet, er habe die Presse beschimpft und die gestellten Fragen nicht beantwortet. Die *New York Times* hatte ein Wortprotokoll ins Netz gestellt. Darin finden sich jedoch Passagen, über die ebenso einhellig nicht berichtet wurde: Trump bezeichnete die Fragen zu Russland, im Sinne des angeblichen russischen Hackings und seiner vorgeblichen Beziehungen nach Russland, als Trick. Wenn die beiden Staaten zusammenkämen und Gemeinsamkeiten fänden, wäre das gut. »Und vergessen Sie nicht, wir sind eine sehr starke Nuklearmacht und sie sind es ebenfalls. Daran kann kein Zweifel bestehen.« Bei einer Zuspitzung könnte es »einen nuklearen Holocaust ohnegleichen« geben. »Wenn wir gute Beziehungen zu Russland hätten, wäre das eine gute Sache, nicht eine schlechte.« Nur hinderten die Auseinandersetzungen in Washington ihn daran, einen »guten Deal« mit Putin auszumachen.





Stoerer Dresden/flickr ⓘ

In den USA nimmt die Hysterie in Sachen Russland, »Russland-Connection« des Präsidenten, angeblicher Einmischung in die Präsidentenwahlen 2016 nicht ab, wie normalerweise im Zeitverlauf zu erwarten wäre, sondern weiter zu. Am 15. Juni hatte der US-Senat mit 97 zu zwei Stimmen nahezu geschlossen für die Verlängerung der unter Obama verhängten Sanktionen gegen Russland gestimmt. Betroffen sind Bereiche des Maschinenbaus und des Bergbaus, vor allem aber geht es gegen den russischen Energiekomplex. McCain forderte, Russland müsse »einen Preis für seine Taten« bezahlen, die es mit seinem »Angriff auf unsere Demokratie« begangen habe. Die sind nach wie vor nicht bewiesen. Andere Abgeordnete meinten, Russlands »Aggressionen« in Syrien oder der Ukraine als Gründe für ihr Abstimmungsverhalten anführen zu sollen.

Am 25. Juli beschloss das USA-Repräsentantenhaus mit der breiten Mehrheit von 419 gegen drei Stimmen seinerseits ein Gesetz, das neue Sanktionen gegen Russland, den Iran und Nordkorea vorsieht, im Paket. Das sollte besonders schlau sein: Trump hatte sich mehrfach für Sanktionen gegen Nordkorea und Iran ausgesprochen. Wenn er hier intervenierte, um die Bestimmungen zu Russland zu erleichtern, würde er seine Politik in den beiden anderen Fällen desavouieren. Zugleich wurde das als geschickte Falle angesehen:

Lässt Trump das Gesetz, nachdem es ebenfalls vom Senat bestätigt wurde, passieren, erschwert er seine Russlandpolitik; greift er zum Veto, würde dies als Eingeständnis seiner Russland-Connection interpretiert. So war davon auszugehen, dass er das Gesetzespaket passieren lässt.

Obama hatte mit den Russland-Sanktionen in der Endphase seiner Präsidentschaft nicht nur Trump den Weg zur Veränderung der Außenpolitik verbauen wollen. Zugleich wurde die Legende institutionalisiert, Trump sei ein illegitimer Präsident, weil er nur mit Hilfe der Russen ins Weiße Haus gekommen sei. Die unzähligen Anwürfe der meisten großen Medien der USA in Sachen Trump und Russland, die immer neuen »Ermittlungen«, die unaufhörlichen Anhörungen in Parlamentsausschüssen seiner ehemaligen oder jetzigen Mitarbeiter stehen in dieser Kontinuität. Der politische Gegner soll demontiert werden. Das Establishment schlägt zurück.

Vielleicht steht dahinter aber auch ein weiterer Grund: Die Angst vor dem Hegemonieverlust: »Dieser hat zwar mit der Politik des Kreml nur wenig bis gar nichts zu tun, das alte Feindbild Russland erspart allerdings manchen westlichen Strategen eine Beschäftigung mit den tiefer liegenden Ursachen des eigenen zunehmenden Bedeutungsverlustes.« (Hofbauer 2017, 285)

WELCHE PERSPEKTIVEN?

Der französische Sozialwissenschaftler Emmanuel Todd schrieb über die US-Außenpolitik unter George W. Bush: »Die Regierung in Washington wendet [...] eine klassische strategische Denkfigur an, die aber ungeeignet ist für ein Land von der Größe eines Kontinents: die ‚Strategie des Verrückten‘, nach der man potentiellen Gegnern möglichst unberechenbar erscheinen sollte, weil sie das noch stärker einschüchtere.« (Todd 2003, 14) Dies wird derzeit der Regierung von Donald Trump unterstellt. Seine Drohungen gegen Nord-Korea, den Iran, Venezuela oder China sprechen dafür.

Doch die globalstrategische, interventionistische Außenpolitik von Franklin D. Roosevelt bis Barack Obama wurde von der US-Bevölkerung bezahlt; eingebracht hat sie den global orientierten Großfirmen und dem Teil der Bevölkerung an den Küsten etwas, der mit diesem Teil der Wirtschaft verbunden ist. Deshalb wurde von den anderen Trump gewählt. »America First« meint, sich der veränderten Lage der USA in der Welt anzupassen. Außenminister Rex Tillerson (2017) hat in einer Grundsatzrede vor Mitarbeitern des Außenministeriums am 3. Mai 2017 seine Schlussfolgerungen für die USA-Außenpolitik umrissen. Eine »Strategie des Verrückten« lässt sich daraus nicht herleiten. Wohl aber eine weitreichende Kursänderung, die die westeuropäische politische Kaste unvorbereitet trifft. Im Verhältnis zu Russland gehe es um eine »Wiederannäherung« der »beiden größten Atommächte der Welt«. Als ersten Bereich der Zusammenarbeit nannte Tillerson Syrien, um dann auf »eine lange Liste von Dingen« zu verweisen, »angefangen mit unseren Rüstungsabkommen und Problemen,

die wir mit unseren Atomwaffenabkommen haben, bis natürlich hin zur Ukraine, der Krim und anderen Orten, an denen sich Russland nicht gerade hilfreich verhält«. Eine solche Formulierung ist eine diplomatische Brücke, keine Schuldzuweisung.

Trotz oder gerade wegen der Kongress-Beschlüsse gegen Russland betonte Tillerson am 1. August 2017, die USA wollten die Meinungsverschiedenheiten mit Russland ohne einen offenen Konflikt beilegen. »Ich glaube nicht«, sagte er, »dass die Amerikaner wollen, dass wir schlechte Beziehungen zu einer großen Atommacht haben.« Den Hintergrund für die jüngsten Gesetze interpretierte er so: »Aber ich glaube, sie sind frustriert, und diese Frustration spiegelt in vielem wider, dass wir nicht jene Verbesserung der Beziehungen zu Russland sehen, die wir gern sehen wollten« (politico.com, 1.8.2017). Damit hat er Moskau für die Kongress-Beschlüsse verantwortlich gemacht, gleichwohl aber den Willen der US-Regierung zu guten Beziehungen zu Moskau bekräftigt – ganz gegen die Intention der Boykott-Befürworter.

Die russische Regierung hat derweil verfügt, die Personalzahl an der US-Botschaft und den Konsulaten in Russland bis September auf 455 zu reduzieren. Das entspricht der Zahl der russischen Diplomaten in den USA nach der Ausweisung russischer Diplomaten durch Obama Ende 2016. Ein Wochenend-Domizil der US-Diplomaten wurde geschlossen. Ebenfalls eine spiegelverkehrte Maßnahme – diplomatisch gesprochen: Retorsion – zu denen Obamas, die Präsident Putin damals nicht getroffen hatte, auf eine Verbesserung der russisch-US-amerikanischen Beziehungen hoffend.

Trump zelebrierte inzwischen die Einweihung des neuen US-Flugzeugträgers »Gerald R. Ford«, der erste einer neuen Klasse. Fast zur selben Zeit kam die Mitteilung, dass Russlands Marine über eine neuartige Antischiffsrakete verfügt, die achtfache Schallgeschwindigkeit fliegt, nicht abwehrbar ist und einen Flugzeugträger versenken kann. Eine weitere Weltneuheit war: Ende Juli fanden erstmals chinesisch-russische Seemanöver in der Ostsee statt. Am 30. Juli 2017 hat Russland eine große Flottenparade in St. Petersburg veranstaltet, an der auch die chinesischen Flottenkräfte teilnahmen. Am selben Tag nahm Chinas Präsident, Xi Jinping, nördlich von Peking auf einem Truppenübungsplatz eine große Militärparade ab, in der auch neue nuklear-strategische Waffen gezeigt wurden. Beide Großmächte nehmen die Signale aus Washington als politische, auf die sie auf symbolischer Ebene militärisch-politisch geantwortet haben. Eines haben die Washingtoner Boykotteure bereits geschafft: Die Weltkriegsgefahr wächst und Russland und China rücken noch enger zusammen.

LITERATUR

Crome, Erhard, 2017: Faktencheck: Trump und die Deutschen, Berlin

Hofbauer, Hannes, 2017: Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung, Wien

Tillerson, Rex, 2017: Grundsatzrede zur US-Außenpolitik, blogs.usembassy.gov/amerikadienst/2017/05/03/us-aussenpolitik/

Todd, Emmanuel, 2003: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München/ Zürich

TRUMP AN DER GRENZE

MEXIKO, MIGRATION UND FREIHANDEL

MIRIAM BOYER

»Wann schlagen wir Mexiko an der Grenze? Sie lachen uns aus, lachen über unsere Dummheit«, beklagte Trump als er seine Kandidatur im Juni 2015 ankündigte. »Und nun schlagen sie uns auch wirtschaftlich [...] Die USA sind zur Müllkippe der Probleme aller anderen geworden.« Im Juli jenen Jahres, twitterte er daraufhin: »Die mexikanischen Politiker und Verhandlungsführer sind viel härter und schlauer als die der USA. Mexiko zerstört unsere Jobs und unseren Handel. WACHT AUF!« Trumps wiederkehrende Botschaft, dass die Mexikaner*innen verantwortlich für die ökonomischen und auch die sozialen Probleme seien – die von ihm häufig erwähnten Drogen und Kriminalität – trafen einen Nerv unter den verarmten Arbeiter*innen des mittleren Westens, die über die Jahrzehnte industriellen Niedergangs litten, als das Kapital ins Ausland abwanderte und umgekehrt Millionen von Migrant*innen ermutigte. Dass Mexiko und Mexikaner*innen ein Hindernis beim »make America great again« darstellten, diente wiederholt der Befeuerung von Trumps Kampagne und vereinigte drei zentrale Themen, die dabei halfen, ihn ins Weiße Haus zu bringen: Eine Eindämmung der Einwanderung durch Massenabschiebungen von zwei bis drei Millionen nicht dokumentierten Migrant*innen; die Sicherung der Südgrenze durch den Bau einer Mauer deren Kosten die mexikanische Regierung zu tragen hätte; und angesichts des Handelsdefizits mit Mexiko, die Einführung von Zöllen und die Wiederverhandlung oder ggf. der Ausstieg aus dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA).

MIGRATION UND SICHERHEITSPOLITIK

Verschont von den Streitigkeiten im Kongress, die Trumps politische Ziele in

anderen Bereichen wie der Gesundheits- und der Steuerreform bisher gebremst haben, hat sich bei Trumps Agenda zur Einwanderungspolitik durch direkte Maßnahmen wie Präsidentenerlasse etwas mehr bewegt. Obwohl sein Versuch, die Einreise von Bürger*innen aus Ländern mit muslimischer Mehrheit aufgrund von Gerichtsentscheiden bisher nicht gelang, hatte er, unterstützt vor allem von Justizminister Jefferson Sessions, mehr Erfolg bei der Initiierung von Maßnahmen, die sich primär gegen die elf Millionen nicht dokumentierte Migranten (3,4 Prozent der Bevölkerung) richten, die derzeit in den Vereinigten Staaten leben. Das betraf Erlasse, die Kategorie von Menschen erweiterte, die »prioritär rückzuführen« sind, sowie Kürzungen von Bundeszuschüssen für Zufluchtsstädte (*sanctuary cities*), d.h. Städte oder Kommunen, die die Umsetzung der Einwanderungsgesetze begrenzen oder behindern. Vom Justizministerium gingen Memoranden an die Bundesanwält*innen, in denen diese ermutigt wurden, alle zu bestrafen, die Migrant*innen Unterschlupf gewähren, sowie sogenannte Scheinehen zur Erlangung von Aufenthaltsgenehmigungen als schwere Straftat zu verfolgen. Ende August begnadigte Trump Joseph Arpaio, einen ehemaligen Sheriff aus Arizona der beschuldigt wurde, sich über einen Gerichtsbeschluss hinweggesetzt zu haben, mit dem unterbunden werden sollte, dass seine Polizisten ethnisches Profiling verüben. Zehn Tage später kündigte Justizminister Sessions an, Trump werde das von seinem Vorgänger Barack Obama verfügte Programm *Deferred Action for Childhood Arrivals*, kurz DACA, in sechs Monaten beenden wobei der Kongress diese Zeit für eine neue Regelung nutzen kann. Das Programm aus dem Jahr 2012 gewährte eine zeitweilige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für junge Migrant*innen, die im Alter von unter 16 Jahren in die USA einwanderten. Davon sind knapp 800 000 Menschen betroffen.

Stellt man die Verbindung zwischen Trumps Politik und der seiner Vorgänger her, so zeigt sich jedoch, dass es sich nicht um einen völlig neuen Angriff auf Migrant*innen handelt, sondern dass er auf einen bereits vorhandenen brutalen Vollstreckungsapparat zurückgreift, der nun deutlicher sichtbar und legitimiert werden soll. Dies lässt sich mindestens bis zu William Clintons *Illegal Immigration Reform and Immigration Responsibility Act* aus dem Jahr 1996 zurückverfolgen, einem Gesetz, das Ordnungswidrigkeiten als schwere Straftaten (*aggravated felonies*) für Migrant*innen redefinierte, Abschiebungen erleichterte und erhöhte, und Asylanträge erschwerte. Im gleichen Jahr erweiterte Clintons *Antiterrorism and Effective Death Penalty Act* den Katalog der Gründe zur Inhaftierung und Deportation von Migrant*innen, einschließlich solchen, die legal in den USA lebten. Es war das erste US-Gesetz, das die Schnellverfahren zur Ausweisung ermöglichte, die heute breite Anwendung finden. In der

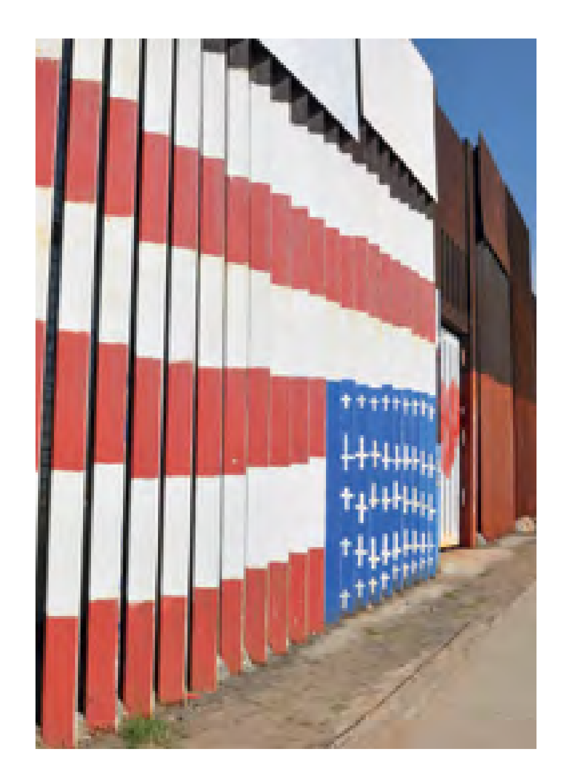
Zeit von 2002 bis 2013 erhöhten sich die Ausgaben zur Durchsetzung der Einwanderungsgesetze um das Dreifache und erreichten 17 Milliarden Dollar jährlich. So erhielten unter Obama die Behörden, die mit der Durchsetzung dieser Gesetze befasst waren, mehr Haushaltsmittel als alle anderen Bundesbehörden zur Strafverfolgung zusammen, einschließlich FBI und DEA (die US-Drogenbehörde). Was die Ausweisung nichtdokumentierter Migrant*innen betrifft, hat Trump bisher weniger getan als sein direkter Vorgänger im Weißen Haus: In Trumps fünf ersten Monaten lag die durchschnittliche Zahl der Abschiebungen niedriger (16 900 pro Monat) als jene in irgendeinem Jahr während der Amtszeit von Barack Obama, bei dem es bis zu 34 000 Abschiebungen pro Monat gab. Tatsächlich ist Trumps reines Versprechen, zwei bis drei Millionen nichtdokumentierter Migrant*innen abzuschieben niedriger als die Zahl der realisierten Abschiebungen unter Obama, der laut Statistiken des Ministeriums für Heimatschutz insgesamt 3,1 Millionen Migrant*innen während seiner Amtszeit auswies, was ihm unter den Unterstützer*innen von Migrant*innen den Titel *deporter-in-chief* einbrachte.

Der Vergleich soll Trumps Politik nicht verharmlosen, zielt sie doch darauf ab und gelingt es ihr, unmittelbare Gewalt gegen Migrant*innen und ethnische Minderheiten zu erhöhen. Direkt nach seinem Wahlsieg etwa ist die Anzahl rassistischer Verbrechen (Hassverbrechen wie Angriffe und Morde an Migrant*innen, Brandstiftung von Moscheen etc.) gestiegen. Trumps offene Unterstützung für Arpaio, der im Jahr 2008 sein Freiluftgefängnis für Migrant*innen als »Konzentrationslager« bezeichnete und der auf ein langes Register von Polizeibrutalität zurückblickt, ist eine Ermutigung zu Gewalt sowie ein Rückschlag für die Kämpfe der Rechte von Migrant*innen. Doch ist eine Kontextualisierung in der bisherigen Politik unerlässlich, um die entscheidende Frage zu beantworten, ob es Trump gelingen kann, jenseits der präsidialen Anordnungen und direkten Maßnahmen, die dominanten Machtverhältnisse in Bezug auf Migrationspolitik zu verschieben. Zum einen haben die meisten Republikaner im Kongress geäußert, die Einwanderungsgesetzerneuerung sei nicht prioritär. Im genehmigten Haushaltsplan von Mai ließ der Kongress auch tatsächlich die Ausgaben für die Zufluchtsstädte unberührt und genehmigte auch nicht mehr Mittel für Abschiebungs-Sondereinheiten. Gesetzesmaßnahmen zur Eindämmung der Einwanderung wie das RAISE-Gesetz, das vorschlägt, die legale Einwanderung von ca. 800 000 neuen Migrant*innen bis 2027 jährlich um 50 Prozent zu reduzieren, sind wegen ihrer möglichen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen selbst unter Republikanern größtenteils als nichtig erachtet. Auf Bestimmungen wie die Kündigung von DACA, dem Schutzprogramm für junge Menschen, gingen Klagen von 15 Bundesstaaten ein.

Ebenfalls angefochten werden derzeit weitere Maßnahmen auf bundesstaatlicher Ebene wie ein texanisches Gesetz, das Polizeichefs oder Sheriffs, die in ihren Einheiten das Einwanderungsgesetz nicht durchsetzen, mit Geldstrafen von bis zu 25 000 USD belegt. Aussagekräftig ist auch die veränderte Zusammensetzung des Kabinetts um Trump. Hier haben vor allem Vertreter des politischen Establishments nach und nach ihre Stellung gegen Außenseiter wie etwa gegen den entmachteten und nun entlassenen Stephen Bannon behaupten können. Die Republikaner buhlen zwar um die Stimmen der Gruppen der extremen Rechten, doch nach breiter öffentlicher Empörung wie etwa nach den Attentaten von Charlottesville distanziert sich der Mainstream der Partei von ihnen vorsichtig. Infolge solcher Machtverschiebungen hat John Kelly, ehemals Direktor des Ministeriums für Heimatschutz und heute Trumps Stabschef, den Behauptungen des Präsidenten mehrmals widersprochen, seine Massenabschiebungen von nicht dokumentierten Lateinamerikaner*innen würden auch ein militärisches Vorgehen implizieren. Kelly, der ehemalige Oberbefehlshaber des Southern Command in Lateinamerika, ist keineswegs ein Gegner militärischer Aktionen in der Region, doch behaupten er und andere in Washington Positionen, bei denen immer weniger davon auszugehen ist, dass sie wohlwollend zuschauen, wie Trump versucht, seine Anti-Establishment-Politik auf die (sowohl politisch als auch finanziell) kostenaufwendigste Weise zu intensivieren, einschließlich durch Projekte wie die 3000 km lange Mauer entlang der mexikanischen Grenze.

MEXIKO HAT BEREITS FÜR DIE MAUER BEZAHLT

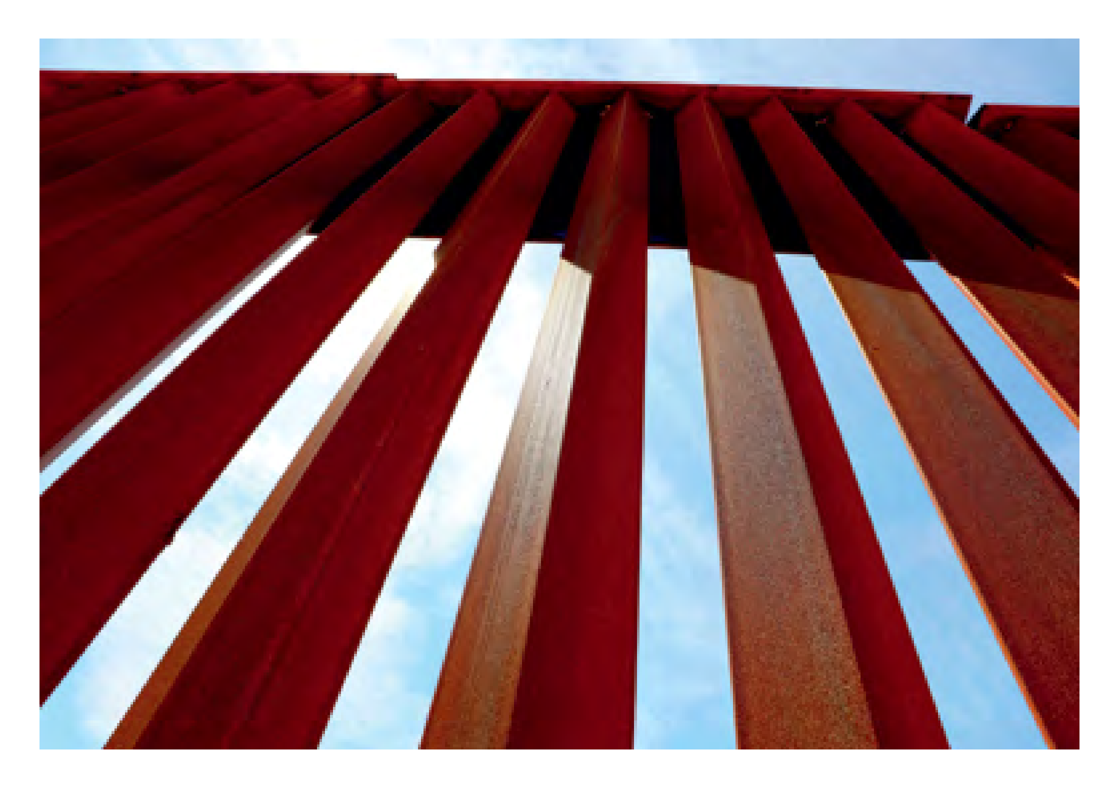
An seinem fünften Tag im Amt begann Trump mit der öffentlichen Inszenierung der Pläne für den Mauerbau. In wenigen Wochen gingen hunderte Bewerbungen von Architekturbüros bis hin zu Militärunternehmen ein. Bei einem Preis von 40 bis 70 Milliarden USD[1] allerdings hat die Maßnahme relativ wenig politische Unterstützung gefunden. Laut verschiedenen Umfrageergebnissen machten die Stimmen zur gegen den Bau der Mauer ca. 70 Prozent aus. Selbst republikanische Hardliner zögern, deren frühere Rufe nach einer Verstärkung der Grenze durch mehr Zäune und Überwachung bereits unter Obama unbeliebt waren und wiederholt von einer republikanischen Mehrheit im Kongress überstimmt wurden. Erst kürzlich hat Trumps Drohung eines »Regierungsstillstandes« (*government shutdown*) durch eine mögliche Nichteinigung zwischen Kongress und Präsident in Bezug auf den Haushalt bzw. die Finanzierung der angekündigten Mauer die Kluft innerhalb seiner eigenen Partei verschärft — wobei sich sowohl ein Stillstand der staatlichen Behörden als auch eine Anhebung der Schuldengrenze für eine Mauer für die Republikaner bei den Zwischenwahlen als politisches



BBC World Service (i)($)

Desaster herausstellen könnte. Somit ist es unwahrscheinlich, dass selbst Trumps erster Antrag in Höhe von 3,6 Milliarden USD für die Steuerjahre 2018–2019 durchkommt. Bisher wurden lediglich 341 Millionen USD für Reparaturen an bereits vorhandenen Grenzbarrieren für 2017 genehmigt.

Dem in beiden Parteien vertretenden politischen Establishment in Washington ist klar, dass es keinerlei Sinn ergibt, eine enorm teure Grenzbarriere zu errichten, wenn bereits das Wirklichkeit ist, was eigentlich Aufgabe der Mauer sein soll: An der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten sind derzeit mehr als 20 000 Grenzpatrouillenkräfte aktiv, eine Zahl, die sich unter Obama seit 2004 von 10 000 verdoppelt hat. Aktuell setzt sich die Grenze über eine Länge von eintausend Kilometern aus Segmenten von Zäunen, Mauern oder anderen Hindernissen sowie militärischer Technologie wie Drohnen und Fahrzeugerkennung zusammen. Sollte Trump jemals die Mauer oder einen Teil davon errichten, bliebe die Bedeutung größtenteils symbolischer Art. Darüber hinaus besteht einer der signifikantesten Aspekte des Grenzregimes in einer Auslagerungsstrategie: Sowohl die Polizeiarbeit zum Aufhalten von Migrant*innen wie zur Eindämmung des Schmuggels wurde nach Mexiko und Mittelamerika verlagert, insbesondere durch die Militarisierung der Rechtsdurchsetzung in Mexiko und Mittelamerika sowie durch die gezielte Verstärkung der Südgrenze Mexikos. Ein Beispiel hierfür ist die Mérida-Initiative von 2008, ein internationaler Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko und mittelamerikanischen Ländern. Seitens der Vereinigten Staaten wurden im Rahmen des Abkommens zwischen 2008 und 2017 insgesamt 2,8 Milliarden USD ausgegeben, darunter für militärische Ausrüstung und polizeilich militärische Schulungen. Da allerdings die Mérida-Initiative nur einen geringen Teil des eigenen Sicherheitsbudgets von Mexiko ausmacht, ist vor allem die bereitwillige Beteiligung der mexikanischen Regierung an ebendiesen Strategien bezeichnend: Sie übernimmt zunehmend die Rolle des



Bill Morrow/flickr

Juniorpartners bei der Durchsetzung der US-Strategie und im sogenannten Anti-Drogen-Krieg, der seit 2006 in Mexiko etwa 150 000 Menschenleben gekostet und zu ca. 28 000 Vermissten geführt hat.

Mit anderen Worten kommt zur trumpschen Farce hinzu, dass Mexiko bereits teuer für eine ›Mauer‹, die schon existiert, bezahlt hat und dies auch weiterhin tut, indem das Land für einen Teil der Sicherheitspolitik der USA aufkommt, sowohl finanziell als auch in Form der mexikanischen Leben, die einen Großteil der Gewalt schultern, die mit dem unersättlichen Hunger nach Betäubungsmitteln und billiger Arbeitskraft der USA einhergeht. Trumps Budget zeigt, dass seine Sicherheitspolitik in Richtung Mexiko tendenziell auf eine Militarisierung der Polizeiarbeit auf der anderen Seite der Grenze zielt, während gleichzeitig wirtschaftliche Hilfsprogramme zur Unterstützung einer Justizreform oder zur Gewaltprävention um 45 Prozent gekürzt werden. Zudem werden ehemals vom Außenministerium beaufsichtigte bilaterale Sicherheitsprogramme dem Verteidigungsministerium oder dem Ministerium für Heimatsschutz unterstellt und somit zu einer politischen Grauzone jenseits der öffentlichen Kontrolle. Dass Mexiko die Polizeiarbeit für die Vereinigten Staaten übernimmt, erweist sich für diese als nützlich seitdem in den USA

der stark ansteigende Zustrom mittelamerikanischer Migrant*innen spürbar geworden ist, die auf der Flucht waren vor den Auswirkungen jahrzehntelanger US-Bemühungen zur Unterstützung von Putschen in der Region, zur Privatisierung und Deregulierung und zur Finanzierung, Schulung und Bewaffnung von Diktatoren, die für Terror und Massaker verantwortlich waren. Als 2014 in den USA ein starker Anstieg an asylsuchenden Kindern, Minderjährigen und Frauen verzeichnet wurde, die einzureisen versuchten, weil die Gewalt in ihren Ländern förmlich explodierte, führte Mexikos Regierung das Programm *Frontera Sur* ein. Es hatte zur Folge, dass es bei den 400 000 Migrant*innen, die Mexiko jährlich in Richtung USA durchqueren, zu deutlich mehr Festnahmen kam sodass die mexikanischen Behörden nun doppelt so viele Mittelamerikaner*innen abschieben wie die USA es tut. Bei der Konferenz zu Wohlstand und Sicherheit in Mittelamerika, zu der unter anderem Mexiko und die USA im Juni 2017 einluden, lobte Trump Mexikos Rolle und betonte, das Land solle mehr Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Mittelamerika übernehmen. Währenddessen plant die US-Regierung, die Hilfen für Mittelamerika um 42 Prozent zu kürzen.

FREIHANDEL IST NOCH IMMER KÖNIG

Ein vergleichbarer Grad an Enthusiasmus wie für den Mauerbau lässt sich bislang in Washington in Bezug auf die Unterstützung von Trumps vermeintlichem Plan, NAFTA aufzukündigen, vernehmen. Obwohl es interessant ist, wie die Kritik am Freihandel soweit in den politischen Mainstream vordringen konnte, dass selbst jemandem wie Hillary Clinton die halbherzige Behauptung entlockt wurde, sie lehne das Trans-Pacific Partnership-Abkommen (TPP) ab, steht dieses innerhalb des politischen Establishments der USA gegenwärtig nicht zur Disposition. Trumps Regierung setzt sich zusammen aus Vertretern des transnationalen Kapitals: für seinen Wirtschaftsberater Gary Cohn, Handelsminister Wilbur Ross oder Finanzminister Steven Mnuchin, um nur einige aufzuzählen, bedeutet Freihandel ein Muss. Während der ersten Monate von Trumps Amtszeit gab es eine erhebliche Mobilisierung sowohl innerhalb des engeren Regierungskreises als auch in der Republikanischen Partei, in der sich viele gegen Trumps Entscheidung für Robert Lighthizer – einen bekennenden Protektionisten – als Trumps Handelsbeauftragten aussprachen. Hunderte Branchenvorstände unter anderem aus der Agrar-, Luftfahrt- oder Automobilindustrie übten Trump und der Handelskammer gegenüber Lobbyarbeit und brachten ihre Beschwerden gegen einen NAFTA-Austritt vor. Obwohl Trump sich wenige Tage nach seiner Amtseinführung von TPP zurückzog, wird sein Handeln durch die Tatsache relativiert, dass bereits Obama keine Mehrheit gefunden hatte, um dessen Ratifizierung zu priorisieren. Tatsächlich



»Rally in solidarity with immigrants and refugees«, Minneapolis, USA, Februar 2017, Fibonacci Blue/flickr

gab Trump auf seine Forderung nach einem NAFTA-Austritt zur Amtsübernahme folgend im April bekannt, es würde lediglich Nachverhandlungen geben und nachdem die Ziele seiner Regierung für das Abkommen veröffentlicht wurden, sahen viele TPP sogar durch die Hintertür mithilfe von NAFTA kommen.

Seitdem hat Trump, wenn er in politische Turbulenzen geriet, wiederholt behauptet, die USA würden letzten Endes doch aus NAFTA aussteigen. Doch aufschlussreicher als Trump auf Twitter scheinen die bereits erwähnte starke Präsenz transnationalen Kapitals in hochrangigen Machtpositionen als auch die Tatsache, dass finanzielle Schlüsselakteure wie die Rating-Agenturen sich bislang nicht besonders beeindruckt gezeigt haben. Obwohl Trumps Wahlsieg den Mexikanischen Peso zunächst auf Sturzflug geschickt hatte, kam er mittlerweile wieder zu Kräften. Fitch Ratings berichtete im August, sie erwarteten, dass gegenseitiger zollfreier Zugang für Industriegüter ein vorrangiges Ziel bleibe und dass es als unwahrscheinlich gelte, dass die USA die anfänglich gemutmaßten sogenannten Ursprungsregeln anwendeten, die zum Beispiel festlegen würden, ob in Deutschland hergestellte Autoteile, die in Mexiko zusammengesetzt werden, als mexikanisch klassifiziert werden könnten, um so den Marktzugang Mexikos zu den USA zu beschränken. Je stärker sich Trump und seine Regierung im Zentrum des bisherigen politischen Establishments angesiedelt haben, werden die Befürchtungen innerhalb des internationalen Kapitals geringer, Trump werde »etwas Verrücktes wie einen NAFTA-Austritt vollziehen« – wie der *Financial Times* zuvor im Frühjahr berichtete.

Auf der mexikanischen Seite ist die regierende Partei PRI ebenso wenig wie ihre größte Opposition innerhalb des Kongresses, die PAN, an protektionistischen Maßnahmen interessiert. Sie vertreten die Interessen des NAFTA-Kapitals in Mexiko, insbesondere die der Eliten der wichtigsten Exportbranchen: Allgemeine Fertigung, Automobilindustrie und Agrarindustrie – um sie ihrer Bedeutung nach zu ordnen. Diese Bereiche haben jährliche Zuwachsraten in Höhe von zehn bis zwölf Prozent verbucht als Exporte von 52 Milliarden USD 1994 auf 300 Milliarden USD heute angestiegen sind. Jenseits dieser Branchen allerdings könnte jegliche Darstellung Mexikos als ein Gewinner NAFTAs kaum falscher sein. Mexikos primäre »komparative Vorteile« in NAFTA sind billige Löhne und Deregulierung im Umweltbereich: Reale Mindestlöhne sind um ca. 20 Prozent im Vergleich zu 1994 gefallen, was bedeutet, dass heute Gehälter lediglich 28 Prozent des BIP ausmachen, während in Ländern wie Brasilien oder selbst Honduras dieser Anteil näher an 50 Prozent liegt. In der Automobilindustrie beispielsweise, wo die meisten mexikanischen Arbeiter*innen eher Fahrzeugteile anfertigen, als dass sie Autos montieren, erhalten sie einen Durchschnittslohn von 2,50 USD pro Stunde, wohingegen US-Arbeiter 20 USD je Stunde für erstere und 30 für letztere Tätigkeit erhalten (zum

Vergleich: die Löhne in China bei Anfertigung Fahrzeugteile liegen bei 3,60 USD pro Stunde). Gleichermaßen verhält es sich mit Deregulierungen im Umweltbereich, angefangen bei der Ernährung. NAFTA brachte gewaltige Mengen an Direktinvestitionen mit sich, sowohl in die hochgradige Verarbeitung von Nahrungsmitteln als auch in aggressive Einzelhandels- und Werbestrategien, beides verbunden mit dem Entstehen schwerwiegender öffentlicher Gesundheitsprobleme unter Kindern durch Übergewicht und Diabetes. Investitionen nach Mexiko wurden gefördert durch die Lockerung von Umweltstandards, flankiert von NAFTA Investorenschiedsgerichten. Diese ermöglichen es, dass Firmen Klagen gegen den Staat vorbringen. So wurden beispielsweise dem US-Unternehmen Metalclad 16,2 Millionen USD gezahlt, nachdem ihm die Bauerlaubnis für eine toxische Abfallentsorgungsanlage nicht erteilt worden war und somit aufgrund von Umweltvorschriften die vorgesehenen Profite nicht erreicht werden konnten. Offizielle mexikanische Statistiken schätzen die jährlichen Kosten von Umweltschäden auf durchschnittlich zehn Prozent des BIP seit 1999.

Die Verhandlungen für die Überarbeitung NAFTAs haben begonnen. Dem Versprechen des US-Handelsvertreters zum Trotz, es werde dabei transparent vorgegangen, bleibt der Verhandlungstext bislang für die Öffentlichkeit nicht zugänglich und als geheim eingestuft. Auch der Rest scheint einem vertrauten Weg zu folgen: Das mexikanische Verhandlungsteam ist in den linken Medien dafür kritisiert worden, keine klare Verhandlungsstrategie vorzuzeigen außer Investoren damit beruhigt zu haben, dass eine Erhöhung mexikanischer Löhne kein Verhandlungsthema sein wird. Der Verhandlungsprozess ist bürokratisch und könnte ohne Weiteres andauern bis lange nachdem Trump sein Amt abgibt. Nichtdestotrotz haben die regierenden Parteien beider Staaten ein Interesse daran, zügig zu verhandeln, da sich die Zwischenwahlen im US-Kongress für November 2018 und die Präsidentschaftswahlen Mexikos für Juli 2018 anbahnen. In Mexiko könnte eine mögliche Trump(f)-Karte der mexikanische Linksmitte-Kandidat Andrés Manuel López Obrador darstellen. Bislang ist er der populärste Kandidat und führt seine Kampagne zum dritten Mal mit einem Wahlprogramm an, das sich für wirtschaftliche Schutzmaßnahmen einsetzt. Ob ihm das gelingen würde lässt sich momentan nicht erahnen angesichts der wenigen und eher milden Mobilisierungen linker Kräfte in Mexiko im Zuge der Diskussion um die NAFTA-Wiederverhandlung. In der Zwischenzeit bleibt es beim *business as usual* an der südlichen Grenze.

1 Die Zahl von 70 Milliarden USD basiert auf dem Haushaltsplan 2018, indem 1 900 Meilen Mauer mit 36,6 Millionen USD pro Meile berechnet werden. Die niedrigere Zahl von 40 Milliarden hingegen geht auf einen Kostenvoranschlag des Massachusetts Institute of Technology zurück.

IRAN: HÄLT DAS ATOMABKOMMEN?

ALI FATHOLLAH-NEJAD

Während des US-Präsidentschaftswahlkampfs äußerte sich Donald Trump abschätzig über den Atomdeal mit Iran. Letzterer sei »der schlechteste Deal, der je ausgehandelt wurde«, den es zu »zerfetzen« gelte (AlJazeera, 18.7.2017), so der damalige Kandidat der Republikaner. Er versprach, ihn als Präsident aufzulösen.

Unterdessen befand Irans Staatsoberhaupt Ayatollah Ali Khamenei lobende Worte für Trump, weil er einerseits die Wahrheit über die Verhältnisse in seinem Land ausspreche und weil er andererseits das wahre Gesicht der USA offenbare. Andere Offizielle, wie der Vizechef des Parlaments, Ali Mottahari, begrüßten Trumps Wahlsieg wegen seiner konzilianten Haltung gegenüber Syrien und Russland (Iran-Journal, 9.11.2016). Im ersten Halbjahr von Trumps Amtszeit schienen Befürchtungen, er würde den Atomdeal aufkündigen, als grundlos – ganz nach dem Motto »Hunde, die bellen, beißen nicht«.

Erst im April und dann noch einmal im Juli hatte der US-Präsident bestätigt, dass Iran sich an das Abkommen halte. Im Mai hatte Trump auch die Aussetzung der Sanktionen verlängert. Der US-Präsident soll dem Kongress nun alle 90 Tage mitteilen, ob Iran seinen Verpflichtungen nachgekommen ist oder nicht und ob somit die auf das Atomprogramm bezogenen Sanktionen weiterhin ausgesetzt werden sollen (im Folgenden als Überprüfung bezeichnet). Damit war der Unterschied zwischen Trump'scher Rhetorik und tatsächlicher Politik greifbar. Doch wegen der prinzipiell ablehnenden Haltung des Präsidenten gegenüber dem Iran-Deal wurde die nächste Überprüfungsrunde im Oktober weltweit mit Spannung erwartet.

KALTGESTELLTES AUSSENMINISTERIUM UND GEFAHREN EINES TRUMP-ALLEINGANGS

Die ersten Monate von Trumps Amtszeit waren jedoch von Zerwürfnissen in der Frage des Umgangs mit dem Iran-Atomdeal geprägt. Die Iran-Politik der Trump-Regierung werde gerade noch entwickelt, so Außenminister Rex Tillerson Mitte Juni 2017 bei einer Anhörung im US-Repräsentantenhaus. Schlussfolgerungen zur zukünftigen Iran-Politik der USA sind zwar nicht abschließend möglich,[1] doch kann man bereits die verschiedenen Lager in der Iran-Frage identifizieren.

Zunächst lohnt ein Blick auf die Gesamtlage der US-Außenpolitik unter Trump. In einem wohl einmaligen Akt wurde unter der Trump-Administration das Außenministerium marginalisiert, was seine Rolle in der US-Außenpolitik merklich geschmälert hat: Hohe Beamtenstellen (nicht zuletzt auch jene für den Nahen und Mittleren Osten) wurden nicht besetzt, Karrierediplomaten wurden von Entscheidungsprozessen ferngehalten, was die US-Diplomatie in eine beispiellose Krise manövriert hat. Vorrang hingegen hatten in der Außenpolitik das Weiße Haus (einschließlich Trumps Schwiegersohn Jared Kushner und Tochter Ivanka) und das Pentagon.

Innerhalb des Außenministeriums selbst hat Tillerson den – mit ihm vertrauten Beratern besetzten – *Policy Planning Staff* ermächtigt und somit traditionelle Entscheidungsprozesse mithilfe hoher Beamter untergraben. Von der Bildung eines »Mini-Imperiums« ist da die Rede.[2] Tatsächlich haben die Spannungen zwischen Trump und Tillerson längst größere Bedeutung erlangt. Für große Aufmerksamkeit sorgte Anfang Oktober 2017, dass Tillerson Trump womöglich als »Trottel« bezeichnet hatte, woraufhin dieser ihn ernsthaft zu einem vergleichenden IQ-Test aufforderte. Jedoch konnten schon Anfang Juni in der Katar-Krise sich deutlich widersprechende öffentliche Aussagen von Trump und Tillerson beobachtet werden, weshalb Insider Tillerson bereits Unzufriedenheit mit seiner Rolle als Außenminister attestieren (Gramer et al. 2017).

DIE ÜBERPRÜFUNGSRUNDE IM JULI

Bei der letzten Überprüfung des Atomdeals im Juli wurde von einer hitzigen Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten und seinem Außenminister berichtet. Trump warf Tillerson und dem Außenministerium vor, dass ihm entgegen seinen anderslautenden expliziten Vorgaben lediglich eine einzige Option auf den Tisch gelegt worden sei, wonach der Iran-Deal weiterhin als erfüllt zu betrachten ist. Trump wolle aber auch eine Option angeboten bekommen, wodurch er erklären könne, dass Teheran nicht im Einklang mit den Vertragsabsprachen sei. Bei der vorherigen Überprüfungsrunde im April hatte Trump Tillerson aufgefordert, spezifische Vorbereitungen zu treffen, darunter mit ausländischen Bündnispartnern zu sprechen, um sie ins Boot zu holen. Berichten zufolge kam Tillerson

dieser Aufforderung jedoch nicht nach, was Trumps Vertrauen in den Außenminister massiv schmälerte, zumal er von ihm nicht mit den gewünschten Optionen ausgestattet wurde.

Berichten zufolge waren in der Juli-Sitzung v.a. Steve Bannon, damaliger Chefstratege des Weißen Hauses, und Sebastian Gorka, stellvertretender Assistent des Präsidenten, besonders entschieden und forderten Tillerson mehrmalig auf, die Vorteile einer Zertifizierung für die Nationale Sicherheit der USA zu erklären. Die Antworten bzw. Nicht-Antworten des Außenministers hätten demnach Trump erzürnt. Neben dem Außenministerium ist aber auch der Nationale Sicherheitsrat verantwortlich dafür, über die Politikgestaltung zu wachen sowie verschiedene Optionen für den Präsidenten vorzubereiten (Vgl. z.B. Tharoor 2017).

Bei der Überprüfungsrunde im April hatte Trump zwar noch sein Einverständnis erklärt, paarte dies jedoch mit der Auferlegung neuer Sanktionen gegen Iran wegen dessen Aktivitäten im nicht-nuklearen Bereich, v.a. wegen des Raketenprogramms, der Schnellboote im Persischen Golf (vgl. U.S. Central Command, 4.8.2017) und der Unterstützung des »Terrorismus«.

DIE LAGER IN DER IRAN-FRAGE

Berichte aus jenen Überprüfungsrunden sowie öffentliche Statements erlauben bereits, verschiedene Lager in der Iran-Frage zu identifizieren. Grob können diese in Befürworter und Gegner des Iran-Deals unterteilt werden. Auf der einen Seite gelten neben Außenminister Tillerson der Verteidigungsminister James Mattis, der Nationale Sicherheitsberater General H.R. McMaster sowie der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs General Joseph Dunford als Unterstützer des Deals. Ende Juli wurde berichtet, dass McMaster Derek Harvey, den Leiter für Nah-/Mittelost-Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat, der Irans regionale Rolle besonders negativ sah, von seinem Posten enthob (Sanger 2017).

Auf der anderen Seite steht neben Präsident Trump auch CIA-Direktor Mike Pompeo dem Deal ablehnend gegenüber. So sprach sich der frühere Kongress-Abgeordnete gegen die Bestätigung des Atomdeals aus. Laut regierungsnahen Kreisen schlug Pompeo zuletzt vor, dass der Kongress sich des Deals annehme, um früher oder später das Abkommen zu Fall zu bringen. Trumps scharfe Iran-Rhetorik hingegen soll innen- und außenpolitische Skeptiker des Deals (v.a. Saudi-Arabien, aber auch Israel) beschwichtigen. Wenn es nach ihm persönlich ginge, wäre der Deal längst zusammengebrochen. Ende Juli erklärte Trump gegenüber dem *Wall Street Journal vom* 25.7.2017: »If it was up to me, I would have had them [the Iranians, Anm.d.Verf.] non-compliant 180 days ago.«. Zudem befürwortet dieses Lager neue Sanktionen aufgrund von iranischen Aktivitäten im nicht-nuklearen Bereich.

Zwar versuche Tillerson, laut einem ranghohen Beamten des Außenministeriums, »ein Gegengewicht zu den



Teheran, Oktober 2016 🅭🅮🄏

Hardlinern zu sein, um den Atomdeal zu retten«, doch bliebe offen, wie lange er dies durchhalten kann (Winter et al. 2017).

DAS VERFRÜHTE GEREDE ZUR RÜCKKEHR EINER »REGIME CHANGE«-POLITIK

In jüngster Zeit hat wieder das Gerede von einer US-Politik des *Regime Change* gegenüber Iran Konjunktur erfahren. Die Indizien allerdings sind nicht so eindeutig, wie manche Analysten leichtfertig behaupten. Tillerson sagte zwar in der oben genannten Anhörung: »Die US-Politik ist darauf ausgelegt, unter Bezug auf Elemente innerhalb Irans einen friedlichen Übergang der Regierung zu bewirken.« Dies führte zu wilden Spekulationen, dass die Bush/Cheney-Ära mit der damaligen Bereitstellung von Hunderten von Millionen US-Dollar für »*Regime Change*«-Zwecke (vgl. Fathollah-Nejad 2007) vor der Tür stünde (vgl. von Hein 2017). Trotz beunruhigender Tendenzen unterscheidet sich jedoch die gegenwärtige Lage von jener vor 15 Jahren: Weder wurde eine »*Regime Change*«-Politik samt der direkten militärischen Drohungen und der Bereitstellung der genannten Gelder konkret in Angriff genommen, noch ist Irans mittlerweile stark gewachsener Einfluss in der Region vergleichbar.

Zwar häufen sich Rufe nach einem *Regime Change* aus sicherlich einflussreichen Kreisen (wie zum Beispiel durch

den Iran-Experten des Council on Foreign Relations, Ray Takeyh). Diese sind dennoch nicht unbedingt dominant. Der Ausgang der Iran-Politik-Debatte bleibt darum schwer vorhersehbar.

Das verfrühte Gerede vom *Regime Change* ist in jedem Fall eine Zumutung für die iranische Zivilgesellschaft. Deren Räume werden hierdurch wieder enger geschnürt, wenn das Regime etwa mit Verweis auf alarmistische westliche Berichterstattungen, die im Kern durch wirtschaftliche Interessen getrieben sind, eine angebliche äußere Gefahr zur Forcierung der Repression nach innen ausnutzt.[3]

ZUKUNFT DES ATOMDEALS AUF TÖNERNEN FÜSSEN: WELCHE SIND DIE NEURALGISCHEN STELLEN?

Wegen seiner Unzufriedenheit mit Tillerson bildete Trump nach der Juli-Überprüfungsrunde ein Team von Vertrauten im Weißen Haus, um das Außenministerium in der Iran-Frage zu umschiffen und um ihn bei der nächsten 90-Tage-Überprüfung im Oktober mit der Möglichkeit zu versehen, Iran als vertragsbrüchig zu bezichtigen (Winter et al. 2017). Im Folgenden sollen einige neuralgische Punkte des Atomdeals aufgezählt werden.

US-STRATEGIE DER »RADIKALEN UMSETZUNG«

Die USA könnten den so genannten *Spot-inspections*-Mechanismus (sprich: kurzfristig angesetzte Inspektionen) des Deals nutzen, um Zugang zu Irans Militäranlagen einzufordern. Sobald Teheran dagegen protestieren sollte, zumal der Mechanismus nur im Falle greifbarer Beweise vorgesehen ist, dass jene Anlagen für unzulässige atomare Aktivitäten genutzt werden, könnte Trump in die Lage versetzt werden, Iran Vertragsbruch vorzuwerfen. Laut einem Bericht der *New York Times* Ende Juli sei bereits die Grundlage für eine Strategie der »radikalen Umsetzung« des Deals gegeben. So nannte es der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, der Republikaner Bob Corker. »Falls sie [die Iraner, Anm.d.Verf.] uns nicht hereinlassen, [dann] Boom.« Ziel sei es, den Zusammenbruch des Deals Iran in die Schuhe zu schieben, damit es zu keiner Spaltung zwischen den USA und ihren am Atomdeal beteiligten Bündnispartnern kommt.

Trump zeige sich zuversichtlich, dass Iran im Oktober eine Verletzung des Abkommens angekreidet werden könne (Sanger 2017).

ZUGANG ZU IRANS MILITÄRANLAGEN

Die USA fordern derweilZugang zu Irans militärischen Anlagen, um eine iranische Reaktion zu provozieren, die ihren Rückzug vom Deal legitimieren könnte. Im Vorfeld ihres Besuchs bei der IAEA in Wien, um deren Inspektionsregime in Iran zu diskutieren, sagte die amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley, dass Teheran für »seine Raketenwerfer, Unterstützung des Terrorismus, Missachtung der Menschenrechte und Verletzungen von UN-Sicherheitsresolutionen« (Daniels 2017, Überset-

zung des Verf.) zur Rechenschaft geozogen werden sollte Bei ihrem Treffen mit der IAEA, forderte Haley die Behörde auf, auch Irans militärische Anlagen zu inspizieren (Smith-Spark & El Sirgany 2017). Die IAEA ihrerseits lehnte diese Forderung prompt ab. Gegenüber der Nachrichtenagentur *Associated Press* erklärte IAEA –Direktor Yukiya Amano, dass seine Organisation Zugang zu allen Anlagen hätte, ohne »zwischen militärischen und zivilen Orten zu unterscheiden«. Denn im Atomdeal ist ein Mechanismus eingebaut, wonach die IAEA Zugang zu sensiblen Anlagen beantragen und sogar einfordern kann, falls fünf der sieben in der so genannten Gemeinsamen Kommsission vertreteten Vertragsunterzeichner dem zustimmen (Borger 2017).

Bislang gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, dass die IAEA – anders als noch während des jahrzehntelangen so genannten Atomstreits – sich dem US-Druck beugen wird, zumal Washingtons Position von keinem der anderen Mitunterzeichner des Iran-Deals getragen wird. Tatsächlich ist die Erklärung der IAEA vom 30. Oktober, derzufolge, wie gesagt, der Iran seine Auflagen erfüllt habe, konsequent.

»GEIST« DES ATOMDEALS UNTERSCHIEDLICH INTERPRETIERT

Neben diesen politisch motivierten Schritten hin zu einem Zusammenbruch des Atomdeals gibt es aber auch eine Reihe von objektiven Aspekten, die dasselbe Ergebnis zeitigen könnten. Dazu gehören vor allem unterschiedliche Vorstellungen zum sogenannten Geist des Abkommens. Die Verletzung des Geistes des Abkommens allein hat jedoch keinerlei rechtliche Bewandtnis (*Al Jazeera*, 18.7.2017).

Dazu gehört auch die implizite Vorstellung, vor allem in den USA, infolge des Atomdeals werde es zu Kurskorrekturen des Iran kommen. Dort hieß es, dass die Unterzeichnerstaaten des Abkommens davon ausgehen (»*anticipate*«), dass die »vollkommene Implementierung dieses [Abkommens] sich positiv auf Frieden und Sicherheit regional und international auswirken werde« (EEAS 2015). Teherans Regionalpolitik war seit dem Abkommen in der Tat nicht mit diesen Zielen vereinbar.

Des Weiteren könnte die weithin ignorierte Resolution 2 231 des UN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 2015, die den Atomdeal aufgriff, eine wichtige Rolle einnehmen. Darin wird nämlich Iran »aufgefordert, bis zu dem Tag acht Jahre nach dem Tag der Annahme des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans oder bis zu dem Tag, an dem die IAEO einen Bericht vorlegt, der die breitere Schlussfolgerung bestätigt, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt, keine Tätigkeiten im Zusammenhang mit ballistischen Flugkörpern durchzuführen, die dazu angelegt sind, Kernwaffen zum Einsatz bringen zu können, einschließlich Starts unter Verwendung von Technologie für solche ballistischen Flugkörper« (ebd.). Ob diese Aufforderung rechtlich bindend ist oder nicht, ist unter Experten umstritten. Dennoch besteht durchaus die Möglichkeit, dass neue Sanktionen mit der Fortführung

des iranischen Raketenprogramms und damit einhergehenden Tests begründet werden könnten (*Deutsche Welle*, 30.3.2017).

Die EU und die USA pflegen jedoch unterschiedliche Lesarten, was die Frage nach dem Geist des Abkommens anbelangt. Europa sieht dessen Verletzung durch den Iran eher als punktuell und versehentlich an, während Washington darin eine Systematik sieht. Die Position Europas erklärt sich durch dessen Wirtschaftsinteressen gegenüber dem Iran (vgl. Cunnigham 2017).

Teheran seinerseits macht Washington für den Bruch des Geistes des Abkommens verantwortlich. Vor allem wirft die iranische Regierung den USA vor, sie würden die Aufhebung der Sanktionen ausbremsen. Zuletzt wurde Trump vorgehalten, am Rande des G20-Gipfels in Hamburg explizit Artikel 29 des Atomabkommens verletzt zu haben, indem er dort andere Länder aufrief, keine Geschäfte mit dem Iran zu betreiben (vgl. auch NIAC 2017).

AUSWIRKUNGEN DER US-POLITIK AUF DIE EUROPÄISCHE IRAN-POLITIK: US- VERSUS EU-POLITIK

Der Graben zwischen der Iran-Politik der EU einerseits und jener der USA andererseits bleibt erheblich. Während die EU-Staaten weiterhin am Annäherungskurs gegenüber Iran festhalten, verfolgt die US-Außenpolitik nunmehr eine Eindämmungspolitik gegenüber Iran (vgl. Fathollah-Nejad 2017b).

Derweil drohte der iranische Präsident Hassan Rohani im August bei einer Rede vor dem Parlament, das Atomprogramm in verstärkter Weise wieder aufzunehmen, falls die USA ihre Politik »der Sanktionen und des Zwangs« fortsetzten. Doch diese Drohung ist nicht besonders glaubwürdig (vgl. Hasselbach 2017). Denn immerhin hat das Regime in Iran durchaus vom Abkommen und seinen Folgen profitiert. Die Wiederbelebung der Wirtschaftsbeziehungen begünstigte allerdings ausnahmslos den autoritären Staat. Die Kritik aus dem Westen gegenüber der sich verschlimmernden Menschenrechtslage – Iran hält seit einigen Jahren den Weltrekord in puncto Exekutionsrate – verstummte.[4] Der gesamte Annäherungsprozess ist getrieben von Europas Wirtschaftsinteressen. Diese sind derart groß, dass es ungeachtet der US-Politik weiterhin an diesem Prozess festhalten dürfte, der bereits Elemente der jahrzehntelangen, jedoch als gescheitert zu betrachtenden westlichen Nah- und Mittelost-Politik der »autoritären Stabilität« beinhaltet.

»DEZERTIFIZIERUNG« DES IRAN-DEALS IM OKTOBER UND DIE GEFAHR EINES KOLLAPSES IM JANUAR

Am 13. Oktober verkündete US-Präsident Trump die »Dezertifizierung« des Iran-Deals, ohne jedoch Sanktionen wieder aufzuerlegen. Damit verlegte er die Verantwortung auf den Kongress. Dieser jedoch wird aller Wahrscheinlichkeit nach bis Dezember aufgrund anderweitiger Belange keine neuen Sanktionen gegen Iran beschließen. Hinsichtlich der nächsten

»Review«-Runde Mitte Januar wird jedoch befürchtet, dass Trump nicht nur wieder eine »Dezertifizierung«, sondern Sanktionen wiederauferlegt (*snap-back*). Damit wäre der Iran-Deal *de facto* kollabiert, zumal Teheran in solch einem Falle Gegenmaßnahmen hinsichtlich der Wiederaufnahme des Atomprogramms angekündigt hat.

LITERATUR

Borger, Julian, 2017: Iran is adhering to nuclear deal limits, UN says, despite Donald Trump claim, in: The Guardian, 01.09.2017

Cunnigham, Erin, 2017: The United States and Europe are on a collision course over Iran, in: Washington Post, 14.7.2017

EEAS, 2015: Joint Comprehensive Plan of Action, 14.7.2015

Daniels, Jeff. 2017: ›Strong indications‹ Trump won't recertify Iranian compliance with nuclear deal, CNBC, 25.08.2017

Fathollah-Nejad, Ali, 2007: Iran in the Eye of Storm: Backgrounds of a Global Crisis [online], in: Peace and Conflict Studies, Mai 2007.

Ders., 2017a: Deutsche Iran-Politik jenseits des Atomdeals: Außen- und entwicklungspolitische Neujustierungen, in: Christian Mölling & Daniela Schwarzer (Hg.) Außenpolitische Herausforderungen für die nächste Bundesregerung: Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken, Berlin, (DGAPkompakt, Nr. 6, Sommer), 37–39

Ders., 2017b: The Iranian–Saudi Hegemonic Rivalry, in: Iran Matters (a special research initiative of the Harvard Kennedy School Belfer Center's Iran Project, Harvard University, Cambridge, MA), 25.10.2017

Gramer, Robbie/De Luce, Dan/Lynch, Clum, 2017: How the Administration Broke the State Department, in: Foreign Policy, 31.7.2017

Hasselbach, Christoph, 2017: Rohani-Rede »eine leere Drohung«, in: DW, 18.8.2017

National Iranian American Council (NIAC), 2017: NIAC Statement on the Trump Administration's Undermining of the JCPOA, Washington, 18. 7.2017

Sanger, David E., 2017: Trump Looks for Way to Find Iran in Violation of the Deal, in: New York Times, 28.7.2017

Smith-Spark, Laura/ El Sirgany, 2017: , Iran rejects US for UN nuclear watchdog to inspect more sites, CNN, 30.08.2017.

Tharoor, Ishaan, 2017: The U.S. and Iran are heading toward crisis, in: Washington Post (online), 19.7.2017

von Hein, Matthias, 2017: Regimewechsel in Teheran?, Deutsche Welle (DW), 17.6.2017

Winter, Jana/ Gramer, Robbie/ De Luce, Dan, 2017: Trump Assigns White House Team to Target Iran Nuclear Deal, Sidelining State Department, in: Foreign Policy, 21.7.2017

1 Was die gesamte Ausrichtung der US-Außenpolitik betrifft, so sehen manche Beobachter die Herausbildung einer Allianz zwischen Falken der Demokratischen Partei und den *Neocons* der Republikanischen Partei. Diese befürworte eine forschere US-Außenpolitik, v.a. gegenüber Russland, dem Assad-Regime in Syrien sowie der Islamischen Republik Iran, die einer neuen Tendenz des Isolationismus entgegentreten soll. Vgl. Katrina vanden Heuvel, The emerging unholy alliance between hawkish Democrats and neoconservatives, Washington Post, 08.08.2017.

2 Zu Tillersons Top-Berater*innen gehören vor allem seine Stabschefin Margaret Peterlin sowie sein Politikplanungsdirektor Brian Hook, ein Mainstream-Republikaner, der während der Bush/ Cheney-Administration im Außenministerium und Weißen Haus arbeitete.

3 Zur Rolle kritischen Denkens in Zeiten der westlichen Annäherung an die Islamische Republik, vgl. die Diskussion mit und Vortrag von Hamid Dabashi, »Peace Utopias and War Interludes: What is Our Task in this Time of Rapprochement with Iran?«, organisiert und moderiert vom Verfasser, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 25.11.2015.

4 Vgl. Ali Fathollah-Nejad, Westliche Iranpolitik: Wandel durch Handel?, Qantara.de: Dialog mit der islamischen Welt, 23.08.2017. Ausführlicher, vgl. ibid., Wandel durch Handel und Annäherung? Ernüchternde Bilanz und Lehren nach vier Jahren Rohani-Präsidentschaft in Iran, multipolar: Zeitschrift für kritische Sicherheitsforschung, Jg. 1, Nr. 2, 75–82.

EINE NEUE WELTORDNUNG DER PETRO-MÄCHTE?

MICHAEL T. KLARE

DIE PETRO-MÄCHTE VERSUS GRÜNE ENERGIE

Dass Donald Trump ein großer Spalter in internationalen Beziehungen ist, ist in den etablierten Medien mittlerweile zu einer recht abgedroschenen Feststellung geworden. Durch sein Brüskieren der NATO und den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen, so wird uns gesagt, zerlegt Trump die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffene liberale Weltordnung. Dabei übersehen diese Prophezeiungen bevorstehender globaler Unordnung einen entscheidenden Punkt: Donald Trump versucht – auf seine eigensinnige Art – nicht nur die bestehende Weltordnung zu zerschlagen, sondern vor allem das Fundament für eine neue Ordnung zu legen: Eine Welt, in der auf fossile Energieträger ausgerichtete Länder mit den auf grüne Energie ausgerichteten Post-Kohlenstoffökonomien um die Vorherrschaft ringen.

Diese übergeordnete Strategie durchzieht so ziemlich alles, was Trump im In- und Ausland als Präsident bisher getan hat. Zuhause hat er alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Aufstieg alternativer Energien aufzuhalten und den Fortbestand der fossilistischen beziehungsweise Kohlenstoffökonomie festzuschreiben. Im Ausland bemüht er sich um die Bildung einer von den USA, Russland und Saudi-Arabien angeführten Allianz fossilistischer Staaten, während zunehmend auf erneuerbare Energien orientierte Länder wie Deutschland und China isoliert werden sollen. Sollte dieses Projekt der Neuordnung weitergehen wie geplant, so wird die Welt schon bald immer mehr in zwei Lager gespalten sein, die um Macht, Reichtum und Einfluss konkurrieren: Auf der einen Seite jene fossilistisch ausgerichteten Länder, und auf der anderen die post-fossilistischen grünen Staaten.

Dies ist eine sehr andere Wahrnehmung des internationalen Systems als die des internationalistischen Wilsonianismus, der die Welt noch immer als zwischen liberalen Demokratien und illiberalen Autokratien aufgeteilt sieht. Überraschenderweise unterscheidet sie sich ebenso von dem fragmentierten Weltsystem, wie es von Anhängern des verstorbenen Harvard-Politologen Samuel Huntington, Autor von »Kampf der Kulturen«, dargestellt wird, die die Welt als entlang »zivilisatorischer« Bruchlinien gespalten betrachten und insbesondere eine Konfrontation zwischen dem Islam und dem jüdisch-christlichen Westen beschwören. Für das erste dieser beiden Modelle kann Trump ohne Frage keine Geduld mehr aufbringen, und obwohl er während seines Wahlkampfes und den ersten Monaten im Amt sicherlich anti-muslimische Ressentiments bedient hat, so scheint er ebensowenig ein Anhänger der Huntington-These zu sein. Seine Loyalität ist vielmehr jenen Ländern vorbehalten, die fossile Brennstoffe produzieren, während er diejenigen Staaten verachtet, die auf grüne Energie setzen.

Wie man die Welt sieht – und welcher dieser Visionen man anhängt – spielt eine wichtige Rolle für die Konzeption einer US-amerikanischen Außenpolitik. Aus Sicht des Wilsonianismus (unter amerikanischen Diplomat*innen sicherlich mehrheitlich prägend) würde man vermutlich Anstrengungen unternehmen, die Beziehungen zu Großbritannien, Frankreich, Deutschland, und anderen gleichgesinnten Demokratien zu stärken und den Einfluss illiberaler Autokratien wie Russland, der Türkei oder China einzudämmen. Anhänger der Huntington'schen Perspektive (wie es viele Unterstützer*innen und Wähler*innen, Berater*innen und Amtsträger*innen Trumps sind) verfolgen eher das Ziel, die Ausbreitung islamistischer Bewegungen aufzuhalten, egal ob sie durch den mehrheitlich schiitischen Iran oder das überwiegend sunnitische Saudi-Arabien unterstützt werden. Doch wenn die Weltsicht wie im Falle Trumps vor allem durch Energiepräferenzen geprägt ist, trifft keine dieser Perspektiven zu; stattdessen gilt die Unterstützung dann denjenigen Staaten, die fossile Energieträger befürworten, während die, die auf Alternativen setzen, bestraft werden.

DIE GRUNDLAGE FÜR EINE NEUE WELTORDNUNG

Die Entschlossenheit, mit der Trump diesen übergreifenden Plan verfolgt, wurde während seiner kürzlich erfolgten Reisen in den Nahen Osten und nach Europa ebenso wie durch den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen eindrücklich sichtbar. In Saudi-Arabien tanzte und speiste er mit den in Öl schwimmenden Königen und Prinzen; in Europa trat er der NATO sowie der EU mit zur Schau gestellter Respektlosigkeit gegenüber; zuhause versprach er, jegliche Hindernisse zu beseitigen, die einer Ausweitung der Ausbeutung fossiler Energieträger im Wege stehen, ohne Rücksicht auf die ökologischen Auswirkungen. Viele Kritiker*innen

sehen diese Schritte als voneinander losgelöste Manifestationen der destruktiven Persönlichkeit Trumps; von einem anderen Blickwinkel aus betrachtet erscheinen sie jedoch alle als wohlüberlegte Schritte mit dem Ziel, die Aussichten der fossilistischen Länder im bevorstehenden Kampf um globale Vorherrschaft zu verbessern.

Der erste Schritt in diesem Prozess war es, das historische Bündnis zwischen den USA und Saudi-Arabien, dem weltweit führenden Ölproduzenten, zu erneuern. Im Mai reiste Trump nach Riad, um der Königsfamilie zu versichern, dass Menschenrechtsfragen ihre Beziehungen von nun an nicht länger belasten würden und dass Washington sie in ihren Bemühungen unterstützen werde, den iranischen Einfluss in der Region zurückzudrängen. Teil dieser »Partnerschaft« war die Unterzeichnung eines 100 Milliarden US-Dollar schweren Rüstungsdeals mit den Saudis. Durch weitere erwartete Waffenverkäufe über das nächste Jahrzehnt dürfte sich die Gesamtsumme für diesen Zeitraum auf 350 Milliarden US-Dollar belaufen. Während seines Aufenthalts in Riad sprach Trump auch über engere Beziehungen zwischen US-amerikanischen Energiekonzernen und der saudischen Ölindustrie, die wiederum größtenteils von der saudischen Königsfamilie kontrolliert wird.

Der zweite Schritt in diesem Prozess war der Versuch einer Schwächung des NATO-Bündnisses und der Europäischen Union sowie die Verbesserung der US-Beziehungen zu Russland, dem zweitgrößten Ölproduzenten der Welt. Aufgrund der anhaltenden Unruhe in Washington über die Vorwürfe russischer Einmischung in die Präsidentschaftswahlen von 2016 hat Präsident Trump in dieser Hinsicht wenige Fortschritte erzielen können, allerdings konnte er während seines Besuchs beim NATO-Hauptquartier in Brüssel am 25. Mai einen spektakulären Erfolg verbuchen. Er verweigerte das Bekenntnis zum gegenseitigen Verteidigungsabkommen und weigerte sich, den NATO-Mitgliedern Washingtons Verpflichtung gegenüber dem Prinzip des »Einer für alle und alle für einen« zuzusichern. Dieses Prinzip, das sich in Artikel 5 des NATO Pakts findet, verpflichtet alle Mitgliedsstaaten dazu, jedem Mitglied, das angegriffen wird, beizustehen (allerdings gelobte Trump während einer Pressekonferenz in Washington zu einem späteren Zeitpunkt ausdrücklich, diesem Artikel treu zu bleiben). Tatsächlich ging er die Mitgliedsstaaten dafür an, dass sie zu wenig Ressourcen für das Militärbündnis beisteuern würden. Zwar haben auch andere US-Präsidenten vor ihm diese Beschwerde bereits vorgetragen, allerdings niemals auf solch herablassende und despektierliche Art und Weise, die zwangsläufig zu einer Entfremdung von den wichtigsten Verbündeten führen musste. Überdies war er sich mit führenden NATO-Funktionären uneins über das Ausmaß der Bedrohung, die von russischen Cyberattacken und politischer Einflussnahme ausgeht und die Solidarität des Bündnisses aufweichen könnte, und spielte deren Bedeutung herunter.

Während der letzten Station seiner Reise beim G7-Gipfel in Taormina auf Sizilien stieß Trump die Europäer erneut vor den Kopf. Presseberichten zufolge versuchten die Europäer, angeführt vom frisch gewählten französischen Präsidenten Macron und der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, Trump zu überzeugen, im Pariser Klimaschutzabkommen zu bleiben, und verwiesen auf dessen Wichtigkeit für die euro-atlantische Solidarität. »Wenn die größte Wirtschaftsmacht aussteigt, überlässt man das Feld den Chinesen«, warnte Merkel. Doch Trump zeigte sich unbeeindruckt und wies darauf hin, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang vor Umweltschutzfragen hätte.»Jetzt führt China«, bemerkte ein resignierter Macron – ein Kommentar, der sich als prophetisch erweisen könnte.

Der dritte Schritt war Trumps offizielle Ankündigung des Rückzugs der USA aus dem Pariser Klimaabkommen. Nach derzeitigem Stand würde das Abkommen die USA zu einer deutlichen Reduzierung von CO2-Emmissionen und anderer Treibhausgase (THG) verpflichten, insbesondere durch die Eindämmung der Verbrennung fossiler Energieträger. Durch den Ausstieg aus diesem Abkommen hofft Trump, allen Widrigkeiten zum Trotz, der heimischen Kohleindustrie (die derzeit unter der verstärkten Konkurrenz durch Erdgas, Wind- und Solarenergie leidet) neues Leben einzuhauchen und den Trend hin zu verbrauchsärmeren Fahrzeugen umzukehren, um so die Nachfrage nach Öl zu erhöhen.

Als er seine Entscheidung verkündete, behauptete der Präsident (fälschlicherweise), dass das Pariser Abkommen anderen Ländern, darunter China und Indien, erlauben würde weitere Kohlekraftwerke zu bauen, während die USA an der Ausbeutung ihrer eigenen fossilen Energieträger gehindert würden. »Wir haben mit die größten Energiereserven weltweit, genug um Millionen der ärmsten amerikanischen Arbeitnehmer aus der Armut zu befördern«, erklärte er. »Doch unter diesem Abkommen werden wir effektiv an der Nutzung des großartigen Reichtums unserer Nation gehindert.« Als er von den reichhaltigen Energieressourcen sprach, die er entwickeln wolle, meinte er freilich nicht das unbegrenzte Potenzial an Wind- und Solarkraft des Landes, sondern seine Öl-, Kohle- und Gasvorkommen. Er prahlte damit, dass viele Kohleminen bereits wieder »den Betrieb aufnehmen« und betonte seine Pläne, sämtliche Beschränkungen für Öl- und Gasbohrungen an Land im Bundesbesitz aufzuheben.

Zweifelsohne wird es Jahre des Gesetzschreibens, juristischer Winkelzüge und Verhandlungen im Kongress und mit der internationalen Gemeinschaft bedürfen, ehe das Weiße Haus eine solche pro-fossilistische Agenda vollständig in die Tat umsetzen kann. Gleichwohl bedeuten die bereits angekündigten Schritte, dass die regulatorischen Beschränkungen für einen erhöhten Verbrauch fossiler Brennstoffe aufgehoben und die Anreize für die Einführung erneuerbarer Energie gestrichen werden.



Charks Ei1/flickr ⓘ⊜

DIE NEUE TRILATERALE ACHSE

Bei alledem sollte man sich vor Augen halten, dass dies nur die ersten vom Präsidenten anvisierten Schritte sind. Letzten Endes scheint er auf die Errichtung einer neuen Weltordnung entlang des Faktors Energiepräferenz zu zielen. Aus dieser Perspektive erscheint ein Bündnis zwischen Russland, Saudi-Arabien und den USA absolut plausibel. Autoritär gesinnte Führer, die das Öl- und Kohlezeitalter erhalten wollen, sind in allen drei Ländern an der Macht. Zugleich haben diese drei Staaten wiederum die Vorherrschaft in der globalen Energieproduktion inne. Als die drei weltgrößten Erdölförderer kommen sie für 38 Prozent der gesamten Ölproduktion weltweit auf. Die USA und Russland sind darüber hinaus die zwei größten Erdgasförderer der Welt. Zusammen mit Saudi-Arabien beziffert sich ihr Anteil an der globalen Gasproduktion auf 41 Prozent.

Hinzu kommt, dass jeder dieser drei Staaten eng mit anderen Öl- und Gasproduzenten verbunden ist: die USA mit Kanada; für Saudi-Arabien sind dies die Scheichtümer am Persischen Golf (einschließlich des winzigen Katars mit seinen gigantischen Erdgasfeldern); im Falle Russlands handelt es sich um die ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien. Dies verleiht der Dominanz dieser potenziellen trilateralen Allianz fossilistischer Ökonomien nur noch mehr Gewicht. Wenn man nun die Öl- und Gasproduktion all dieser Länder, einschließlich Aserbaidschans, Kasachstans, Kuweits, Omans, Katars, Turkmenistans und der Vereinigten Arabischen Emirate, zu der der ›Großen Drei‹ hinzuaddiert, so kontrolliert das sich ergebende Kombinat ungefähr 57 Prozent der weltweiten Öl- und 59 Prozent der weltweiten Gasproduktion. Angesichts der Tatsache, dass Öl nach wie vor das wertvollste Handelsgut der Welt darstellt und Öl und Gas zusammengenommen etwa 60 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs ausmachen, bedeutet dies eine gewaltige Konzentration wirtschaftlicher und geopolitischer Macht.



Shealah Craighead ⓪

Die Artikulation einer übergeordneten Strategie seitens Trumps und seiner Berater, sofern geschehen, dient der Stärkung der Beziehungen zwischen den USA und eben jenen anderen Petro-Mächten im Bereich der Energie, Diplomatie und des Militärs. Zugleich beinhaltet sie auch die Unterstützung dieser Länder gegen ihre Feinde, wie Trump sie Saudi-Arabien im Hinblick auf dessen Feindschaft mit dem Iran zugesichert hat.

Der US-saudische Zweig dieses Bündnisses ist bereits voll funktionsfähig. Trump hatte sicherlich erwartet, dass er nach seinem Einzug ins Weiße Haus in Bezug auf Russland ähnliche Fortschritte erzielen würde, allerdings haben seine zahlreichen Fehltritte diese Bemühungen bisher stark behindert. Kurz nach der Amtsübernahme wiesen Mitglieder seines Stabs das State Department (US-Außenministerium) an, nach Wegen zu suchen wie die Wirtschaftssanktionen gegen Russland – die bis dahin eine verstärkte Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und russischen Energiekonzernen verhinderte – aufgehoben werden könnten.

Und sollte es noch einen Zweifel hinsichtlich der Dreiecksform der entstehenden Allianz geben: In Moskau traf der russische Präsident Wladimir Putin Verteidigungsminister Mohammed bin Salman, den saudischen Vizekronprinzen, nur wenige Tage nach Trumps Treffen mit

Prinz Mohammed in Riad. »Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Russland sind derzeit so gut wie selten zuvor«, sagte der Prinz laut Tass, der russischen staatlichen Nachrichtenagentur. Wie schon bei Trumps Besuch in Riad spielte auch im russisch-saudischen Dialog die Energiekooperation eine Hauptrolle.

Selbstverständlich stehen Trumps Plan für ein ölbasiertes trilaterales Bündnis noch diverse Hindernisse im Weg. Obwohl Russland und Saudi-Arabien viele Interessen teilen – besonders im Energiesektor, wo beide auf eine Produktionsdrosselung setzen, um die Preise in die Höhe zu treiben –, herrscht zwischen den beiden in vielen Bereichen auch Dissens. In Syrien unterstützt Russland beispielsweise das Regime von Baschar al-Assad, während die Saudis ihn entmachtet sehen wollen; außerdem ist Russland ein wichtiger Waffenlieferant für den Iran – ein Land, das die Saudis versuchen zu isolieren. Gleichwohl, Putins Treffen mit Prinz Mohammed im Anschluss an Trumps Besuch in Riad deutet durchaus darauf hin, dass diese Uneinigkeiten überwunden werden könnten.

DIE KONTUREN EINER MÖGLICHEN NEUEN WELTORDNUNG

Durch ein Bündnis der auf fossile Energieträger ausgerichteten Länder, einschließlich islamischer Länder, versucht Trump die Macht der pro-fossilistischen Kräfte weltweit zu stärken. Ironischerweise haben seine Possen, die auf eine Schwächung jeglicher potenziellen zukünftigen Allianz für grüne Energie abzielen, bisher einen Bumerang-Effekt gehabt: Potenzielle zukünftige Großmächte grüner Energie fühlen sich ermutigt, ihre partnerschaftlichen Beziehungen zu stärken und sich mit noch mehr Nachdruck für eine alternative Energiezukunft des Planeten in Stellung zu bringen.

»Möglicherweise werden wir eine bedeutsame Verschiebung der Dreiecksbeziehung zwischen China, den USA und der EU erleben, wobei China und die EU sich annähern und die USA und die EU sich voneinander entfernen werden«, so der Kommentar von Wang Dong, Assistenzprofessor an der School of International Studies der Universität von Peking. »Premier Li und Kanzlerin Merkel werden aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Verpflichtung gegenüber dem Pariser Abkommen bekräftigen.«

In seinem Streben nach globaler Führung im Sektor der erneuerbaren Energien hat China enorme Fortschritte bei der Entwicklung und Einspeisung bzw. Nutzung von Wind- und Solarenergie gemacht. Wie Keith Bradsher von der *New York Times* in einem Bericht über Entwicklung großflächiger schwimmender Sonnenkollektoren in Chinas kürzlich schrieb: »Das Projekt spiegelt Chinas Bemühungen wider, angesichts des Rückzugs der USA die Weltordnung im Hinblick auf erneuerbare Energien neu zu formieren. Diese technologische Expertise wird eine tragende Säule der Infrastruktur in denjenigen Ländern bilden, die ihre Klimaziele erreichen wollen, wodurch China der bevorzugte Energiepartner für viele Nationen werden wird.«

Wir stehen wohl noch am Anfang, doch scheinen die Konturen einer möglichen neuen Weltordnung durchaus abzuzeichnen, eine Weltordnung, in der die fossilistischen Staaten um die Bewahrung ihrer Vormachtstellung kämpfen – und dies in einer Ära, in der ein größer werdender Anteil der Weltbevölkerung grüne Energie (und den damit verbundenen Beschäftigungsmotor) unweigerlich immer stärker bevorzugen wird. Allein die Ereignisse aus den ersten Monaten der Trump-Administration versorgen uns mit genügend Gedankenfutter in Bezug auf die Entstehung einer neuerlichen (diesmal energiebasierten) bipolaren Weltordnung, einschließlich eines bewussten Versuchs, die NATO handlungsunfähig zu machen; bislang erfolgloser Bemühungen um ein US-russisches Bündnis; Washingtons Unterstützung für saudische regionale Hegemonie; und des Aufstiegs eines möglichen deutsch-chinesischen Bündnisses. Es ist an uns, diese Entwicklungen weiter im Blick zu behalten.

Eines ist sicher: Vom Ergebnis dieser neugeordneten Bündnisse und Rivalitäten wird der gesamte Planet betroffen sein. Eine von Petro-Mächten beherrschte Welt wird eine sein, in der es massenhaft Öl gibt, der Himmel durch den Smog nicht mehr zu sehen ist, die Wettermuster unvorhersehbar werden, Küstenregionen von Untergang bedroht sind und Dürren eine wiederkehrende Gefahr darstellen. Auf solch einem Planeten, auf dem Nationalstaaten und Bevölkerungsgruppen um die immer geringer werdende Verfügbarkeit essenzieller Ressourcen kämpfen, darunter vor allem Nahrungsmittel, Wasser und Ackerland, kann die Kriegsgefahr nur steigen.

Im Gegensatz dazu hätte eine Welt, die von grünen Mächten dominiert würde und in der erneuerbare Energieressourcen billiger und verfügbarer wären, aller Wahrscheinlichkeit nach wesentlich weniger unter den Verwüstungen durch Kriege und einen extremen Klimawandel zu leiden. Diejenigen, die wie Trump einen von Öl (und anderen fossilen Brennstoffen) abhängigen Planeten bevorzugen, werden für ihre höllische Vision kämpfen, während die Befürworter einer grünen Zukunft alle Anstrengungen unternehmen werden, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und zu übertreffen. Selbst in den USA ist ein beeindruckender Zusammenschluss aus Städten, Bundesstaaten und Konzernen (darunter Apple, Google, Tesla, Target, eBay, Adidas, Facebook und Nike) entstanden (mit dem Slogan »We Are Still In« lautet – »Wir sind noch dabei!«), mit dem Ziel die Verpflichtung der USA gegenüber dem Klimaschutzabkommen unabhängig von Washington am Leben zu halten. Wir haben die Wahl: Entweder überlassen wir Donald Trump und seiner dystopischen Vision das Feld, oder aber wir tun uns mit denjenigen zusammen, die eine lebenswerte Zukunft für diese und kommende Generationen anstreben.

Dieser Beitrag erschien auf tom.dispatch.com und wurde für diese Ausgabe leicht gekürzt. Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann

TRUMPS REZEPT FÜR DIE KATASTROPHE IN SYRIEN

MIRIAM YOUNES

»5 cab drivers in Beirut have asked me how Trump became president. When the Lebanese are amazed by a politician's incompetence, time to panic.« Dieser Tweet der amerikanischen Journalistin Sulome Anderson vom 28. Juli 2017 aus Beirut gibt die dortigen Reaktionen auf die Präsidentschaft Donald Trumps prägnant wieder: Erstaunen, Verwirrung und jede Menge Humor, weil nun endlich auch ein anderer Teil der Erde von vermeintlicher Inkompetenz, Willkür und Größenwahn regiert wird. Der Libanon und der Nahe Osten sind eine Region, deren Schicksal seit Jahrzehnten in wechselndem Ausmaß direkt abhängig war und ist vom Wirken der US-amerikanischen Außenpolitik. Dies trifft gegenwärtig vor allem auf den Krieg in Syrien zu. Für viele direkt Betroffene des Krieges und vor allem für Unterstützer*innen der syrischen Revolution ist die US-amerikanische Politik der letzten Jahre maßgeblich mitverantwortlich für die Eskalation des Konflikts sowie die sich nun Jahre hinziehende verheerende Situation vor Ort. Vor allem Barack Obama wurden immer wieder seine Unentschlossenheit, seine Kurzsichtigkeit und seine großen Worte, denen meist keine Taten folgten, vorgeworfen.

Seit Beginn der Demonstrationen 2011, gegen die das syrische Regime mit beispielsloser Gewalt vorging und denen bald darauf bewaffnete Aufstände folgten, stand immer auch die Frage nach den Möglichkeiten einer Form der militärischen Intervention mit Beteiligung oder unter Führung der USA im Raum – mit dem Ziel, den Präsidenten Bashar al-Asad zu stürzen. Zur Regierungszeit Obamas war diese Intervention nach dem Giftgasangriff in Ghouta im August 2013 für kurze Zeit in greifbare Nähe gerückt, bevor wieder auf die Mittel der Diplomatie zurückgegriffen

wurde. Die Frage nach einer wie auch immer gearteten militärischen Intervention in Syrien ist die Gretchenfrage nicht nur, aber in besonderem Maße für US-amerikanische Politiker*innen. An ihr scheiden sich die Geister. Während eine militärische Intervention für Anti-Kriegsaktivist*innen unbedingt zu vermeiden ist, ist sie für viele Unterstützer*innen der syrischen Revolution schon lange die noch einzig verbliebene realistische Option, Bashar al-Asad zu stürzen und das aus ihrer Sicht Hauptübel der syrischen Tragödie aus dem Gefecht zu ziehen. Zu Obamas Regierungszeit wurde diese Option nie ernsthaft verfolgt. Stattdessen bombardiert die US-Luftwaffe seit 2014 in Syrien Stellungen des sogenannten Islamischen Staates. Im April dieses Jahres wurde eine Intervention dann plötzlich überraschend Realität, als Donald Trump in Reaktion auf einen erneuten Giftgasangriff in Khan Shaykhoun den syrischen Militärflugplatz al-Sha'irat bombardierte. Trumps militärische Intervention gegen das al-Asad-Regime sollte sich jedoch als eine einmalige Aktion herausstellen, die in das willkürliche Muster der bisherigen Politikentscheidungen dieses US-Präsidenten passt.

Auf den ersten Blick hat die Politik Trumps in der Syrienfrage viele Ähnlichkeiten mit der seines Vorgängers Barack Obama. Beiden fehlt es an einer kohärenten Strategie, während sich die USA seit 2014 durch die Angriffe der US-Luftwaffe auf Stellungen des IS in Syrien sowie durch die Unterstützung der Demokratischen Kräfte Syirens (DKS) in ihrem Kampf gegen den IS immer tiefer in den Krieg in Syrien verwickeln. Dieser relativ hohe Einsatz im Kampf gegen den IS mit gleichzeitiger Vernachlässigung anderer Faktoren des syrischen Konflikts ist Obama wie Trump gemein. Grund dafür ist, dass der Krieg in Syrien, die Grausamkeit des syrischen Regimes, der große Strom Geflüchteter und das Leid der Zivilgesellschaft keine Prioritäten US-amerikanischer Außenpolitik sind – anders als der »Anti-Terrorkrieg« gegen den IS in Syrien und weltweit.

Auch gibt es weder im republikanischen noch im demokratischen Lager Einigkeit über die richtige Position zu Syrien. Im demokratischen Lager vertritt Barack Obama eine andere Position als jene klar interventionistische Hilary Clintons, Bernie Sanders hält wiederum an einer dritten, Anti-Kriegsposition fest. Ähnlich bei den Republikanern: Hier vertritt Donald Trump immer mal wieder eine andere Position als sein Außenminister Rex Tillerson. Die Positionen der beiden unterscheiden sich wiederum von der von Nikki Haley, der momentanen US-Botschafterin der Vereinten Nationen.

Die Mischung aus Uneinigkeit und Unentschiedenheit, der geringen Priorität und gleichzeitigen Verstrickung in den syrischen Krieg führt zu verwirrenden und sich häufig widersprechenden Politikwechseln der USA. Diese haben zur dramatischen Verschlechterung der Lage in Syrien mit beigetragen und erschweren längerfristige Optionen für einen dauerhaften Frieden.

RUSSLAND – USA: »ALIEN VS. PREDATOR« ODER UMGEKEHRT

Am 2. August 2017 unterzeichnete Donald Trump neue wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland, unter anderem wegen der militärischen Unterstützung des syrischen Regimes durch Russland. Diese kamen insofern überraschend, da der Präsident zuvor sein Veto gegen Sanktionen angekündigt und sich in der Syrienfrage zunehmend an Russland angenähert hatte. Offensichtlich war diese Kehrtwende dem innenpolitischen Druck geschuldet, dem sich Trump wegen des Vorwurfs der Einmischung der russischen Geheimdienste in die amerikanische Präsidentschaftswahl ausgesetzt sah.

Das starke Engagement Russlands im syrischen Konflikt und die uneingeschränkte politische und militärische Unterstützung für das al-Asad-Regime begründen ein besonderes Interesse der USA in der Syrien-Frage. Dies folgt der klassische Logik eines Stellvertreterkrieges: US-amerikanisch-russischen Beziehungen können immer auch ein Stück weit an dem jeweiligen Engagement und Reaktionen der beiden Akteure in Syrien abgelesen werden. Dies gilt auch für die jeweiligen innersyrischen oder lokalen Verbündeten der beiden Staaten.

Als die russische Luftwaffe im September 2015 militärisch an der Seite des syrischen Regimes in den Konflikt intervenierte, nannte Obama das russische Vorgehen »ein Rezept für die Katastrophe« (*The Guardian*, 2.10.2015). Wie viele Male zuvor, warnte der US-amerikanische Präsident vor einer Entwicklung des syrischen Konflikts zu einem Stellvertreterkrieg, der – ähnlich dem Vietnamkrieg – in einen Krieg führe, der für keine Seite zu gewinnen wäre und hohe Verluste zur Folge hätte. Obwohl diese Beschreibung in vielem auf die gegenwärtige Situation in Syrien zutrifft, hat sich das von Obama vorhergesagte »Desaster« aus russischer Sicht so nicht verwirklicht. Jedenfalls nicht, wenn man die militärische Entwicklung des Konflikts für Russland und das Regime betrachtet. Nicht zuletzt wegen der Intervention der russischen Luftwaffe ist ein militärischer Sieg für das syrische Regime in erreichbare Nähe gerückt. Auch wenn dies noch lange kein politischer Sieg und ein Ende des Konflikts wäre, so ist dies für die USA und ihre Verbündeten doch eine Niederlage. Eine militärische Intervention wäre wegen des russischen Engagements mit unkalkulierbaren Risiken verbunden. Diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse schränkt auch Spielräume auf dem diplomatischen Parkett ein: Dies zeigte sich an den vergeblichen Versuchen des US-amerikanischen Außenministers John Kerry, mit der Regierung Putins einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Am Ende seiner Amtszeit blieben Obama nur harte, aber folgenlose Worte, als die russische Luftwaffe Seite an Seite mit dem syrischen Regime den von oppositionellen Milizen besetzten Teil der Stadt Aleppo in Schutt und Asche legte, ohne Rücksicht auf die noch in der Stadt verbliebene Zivilgesellschaft sowie auf Kranke und Verletzte zu nehmen.



Aleppo, Syrien, Juni 2017, SebDech/flickr ⓘ$⊜

In einer ähnlichen Lage befindet sich nun Donald Trump, der von vornherein die Bereitschaft mitbrachte, der russischen Regierung die Vormacht in Syrien zu überlassen. Dennoch kam es in den letzten Monaten bereits einige Male zu heftigeren Spannungen zwischen den beiden Staaten, von denen die Sanktionen von Anfang August nur das letzte Beispiel in einer Reihe von Ereignissen darstellen. Ein erster Tiefpunkt der amerikanisch-russischen Beziehungen wurde mit dem US-Luftangriff auf al-Sha'irat im April dieses Jahres erreicht. Diesem folgten Spannungen im Juni, als die amerikanische Luftwaffe einen syrischen Armeejet abschoss und Russland in Folge die erst im März etablierte direkte Hotline zwischen den beiden Staaten trennte, die eine Konfrontation im Luftraum zu vermeiden angestrebt hatte.

Dennoch hat sich die vorteilhafte russische Position auf der syrischen Stellvertreterbühne vor allem im Juli noch einmal verbessert. Nach dem G20-Gipfel in Hamburg, auf dem sich Putin und Trump das erste Mal in ihrer Rolle als Staatsoberhäupter begegneten, bestätigen beide Staaten die gemeinsame Prioritätensetzung auf den Kampf gegen den IS, während Fragen der Zukunft des al-Asad-Regimes mehr oder weniger der russischen Regierung überlassen wurden. So kündigten die USA am 19. Juli an, das

von Obama geschaffene CIA-Programm zur Bewaffnung und zum Training »moderater« Oppositionsmilizen einzustellen. Gleichzeitig vereinbarten die USA und Russland einen neuen Waffenstillstand im Süd-Westen Syriens. In den letzten Wochen lobte Außenminister Tillerson mehrmals die russische Initiative zur Schaffung von De-Eskalationszonen und betonte die wichtige Zusammenarbeit mit Russland, um die Fortsetzung des Krieges in einer Post-IS-Phase zu vermeiden. Eine Zukunft Syriens ohne al-Asad wurde in diesen Szenarien nicht mehr erwähnt.

Diese Ereignisse belegen die Gefahren eines Stellvertreterkriegs, den Obama so doch vermeiden wollte: Beide Staaten tragen ihre Rivalität auf dem Rücken der syrischen Bevölkerung aus, ohne einem Ende des Bürgerkrieges und einer Lösung des Konflikts näher zu kommen. Beide Staaten handeln wie der klassische »alien predator«, als fremde Akteure, die nicht im lokalen Kontext involviert sind, über lückenhaftes Wissen verfügen und deren Einfluss auf lokale und syrische Akteure immer auch begrenzt bleibt.

MILITÄRISCHE INTERVENTION, BEWAFFNUNG UND DIPLOMATIE

»The Americans have been bombing Syria since 2014. Last night, for the first time, they hit the right target«. Dieser Facebook-Kommentar des Schriftstellers und Journalisten Robin Yassin-Kassab spiegelt die Reaktionen vieler Unterstützer*innen der syrischen Revolution auf Trumps überraschenden Militärschlag im April dieses Jahres. Obwohl den meisten klar war, dass Trumps Angriff keine nachhaltige Änderung in der US-amerikanischen Syrienpolitik darstellte, so war es doch das erste Mal, dass einer der in den Syrienkrieg involvierten Staaten, das syrische Regime gewollt und direkt angriff. Die Anerkennung, die Donald Trump durch den überraschenden Angriff von Seiten vieler Syrer*innen erfuhr, hatte vor allem zwei Gründe: Zum einen ist für viele eine Anti-Interventionshaltung in einem Konflikt fragwürdig, in dem seit 2014 bereits täglich und von verschiedenen Seiten militärisch interveniert wird, nur eben nicht gegen das Regime, das sich seit Jahren diverser Kriegsverbrechen gegen seine eigene Bevölkerung schuldig macht. Zum anderen ist für viele eine militärische Intervention von außen die noch einzig verbliebene Hoffnung, al-Asad zu stürzen und eine Zukunft Syriens ohne ihn zu denken. Syrer*innen innerhalb und außerhalb des Landes haben bereits seit 2013 für eine Form der militärischen Intervention von außen plädiert, sei es durch eine Flugverbotszone oder durch eine direkte Intervention. Allerdings scheint eine solche im Moment ebenso wenig im Fokus der realpolitischen Optionen wie noch zu Zeiten Obamas. Kurz nach Trumps Angriff, machte die US-Regierung über diverse Kanäle deutlich, dass der Angriff nicht gegen Bashar al-Asad als regierendes Staatsoberhaupt Syriens gerichtet sei, sondern nur gegen seinen Gebrauch

von Chemiewaffen. Der Militärschlag sei demnach eine Warnung an al-Asad, keine Chemiewaffen mehr gegen sein Volk einzusetzen.

Jenseits der diplomatischen Versuche in Genf, die im Juli das letzte Mal ohne Ergebnis endeten, waren die Waffenlieferungen an oppositionelle und sogenannte moderate Milizen in Syrien die einzige gegen das Regime gerichteten Maßnahmen der US-Regierung. Diese Strategie wurde von Obama bereits seit 2013 verfolgt. Das Programm wurde im Juli dieses Jahres von Trump aufgekündigt.

Weiterhin Unterstützung von Seiten der USA erhalten die Demokratischen Kräfte Syriens (DKS), ein Militärbündnis aus kurdischen und einigen wenigen arabischen Milizen. Führende Miliz der DKS sind die kurdischen Volksverteidigungseinheiten, der bewaffnete Arm der kurdischen und PKK-nahen »Partei der Demokratischen Union«. Die DKS erhalten von den USA Unterstützung aus der Luft, Waffen, Training sowie direkten Beistand durch Teile der US-Special Forces. Diese enge Unterstützung erhält die DKS nicht für ihren Kampf gegen Asad, sondern für ihren Kampf gegen den IS. Die Kooperation zwischen DKS und USA ist damit Teil des Anti-Terrorkampfes und der Bodenoffensive, die von der US-Luftwaffe aus der Luft unterstützt wird. Die DKS hat sich hier vor allem als Kooperationspartner der USA angeboten, da sie sich in einer eher taktischen Partnerschaft mit dem al-Asad-Regime und auch mit Russland befinden und demnach kein Interesse an einem Sturz al-Asads haben – und weil sie die einzige effektive Streitkraft gegen den IS sind. Verschiedene Milizen der Freien Syrischen Armee haben die Kooperation mit den USA abgelehnt, solange sich der angestrebte Kampf nur gegen den IS richtet.

Die Unterstützung der DKS sowie die Luftangriffe Syriens durch die US-Luftwaffe im Rahmen des Krieges gegen den IS zeigen, dass die wahren und womöglich einzigen Prioritäten US-amerikanischer Außenpolitik in Syrien einerseits die Bekämpfung des IS, andererseits die Behauptung der eigenen Präsenz in den verschiedenen Stellvertreterkonstellation eben *durch* die Bekämpfung des IS ist. Dieser Kampf zeigt zunehmend Erfolge: Als Territorialmacht schwindet der IS in Syrien und im Irak seit einiger Zeit. Die Kämpfer der DKS haben mittlerweile die Hälfte der IS-Hauptstadt Rakka eingenommen seit sie im Juni mit Hilfe der US-Militärschläge eine Großoffensive auf die Stadt begonnen haben.

GEFLÜCHTETE UND DER »MUSLIM-BAN«

»I can look in their [d.h. syrische geflüchtete Kinder] faces and say ›You can't come.‹ I'll look them in the face.« – Donald Trump, Februar 2016

Der größte Unterschied in der Politik von Trump und Obama zeigt sich wahrscheinlich in der Frage der Aufnahme von Geflüchteten aus Syrien in die USA. Das Thema war – im Unterschied zum Krieg in Syrien selbst – eines der viel

und polemisch diskutierten Themen des US-Wahlkampfes im Jahr 2016. Mehrmals warnte Trump vor der Aufnahme syrischer Geflüchteter in die USA, verglich diese mit einem »enormen Trojanischen Pferd«, in dem sich IS-Anhänger und Terroristen verstecken könnten. Auch Obama hatte sich im Unterschied zu anderen westlichen Staaten bei der Aufnahme von Geflüchteten aus Syrien lange zurückgehalten. Erst 2015 wurden Geflüchtete durch den UNHCR in die USA gebracht– und dies auch nur nach Druck von Seiten der UN und einiger europäischer Staaten. Zwischen Ende 2011 und Dezember 2016 betrug die Zahl der aufgenommenen Geflüchteten etwa 18 000, wovon alleine circa 12 000 im Jahre 2016 aufgenommen wurden (migrantpolicicy.org). Damit sind syrische nach den kongolesischen Refugees die zweitgrößte Gruppe von Geflüchteten in den USA.

Trump hatte im Wahlkampf nicht zu viel versprochen. Bereits im Januar 2017 setzte er im Zuge der »Executive Order 13769« (dem sogenannten »Muslim« oder »travel ban«) die Aufnahme von Geflüchteten aus Syrien aus, um angeblich Terroranschläge in den USA zu verhindern. Syrien zählt auch zu den sieben Ländern, deren Staatsangehörige generell durch den »ban« für 90 Tage die Einreise in die USA verboten wurde. Auch wenn der erste »travel ban« von Bundesrichter James Robart bereits im Februar als nicht verfassungskonform erklärt wurde und auch der Rechtsbehelf der US-Regierung vom Bundesberufungsgericht zurückgewiesen wurde, so ist die Zahl von aufgenommenen Geflüchteten aus Syrien in die USA in den ersten Monaten von Trumps Präsidentschaft bereits extrem gesunken. Auch gegen das leicht abgeschwächte Nachfolgedekret »Executive Order 13780« wurde von einigen US-Staaten Klage eingereicht. Seit Juni liegt der Fall beim Supreme Court und Teile des Einreiseverbots sind bis zur Verhandlung außer Kraft gesetzt. Je nach Entscheidung sieht es für die Aufnahme von Geflüchteten in Zukunft noch schlechter aus.

Parallel sicherte Trump bereits im April dem Libanon die stattliche Summe von 167 Millionen US-Dollar zu, um Geflüchtete aus Syrien in der Nähe ihrer Heimat, d.h. im Libanon zu unterstützen. Dies bestätigte Trump im Juli auf seiner Pressekonferenz mit dem libanesischen Ministerpräsident Rafik al-Hariri, als er betonte, der beste Weg, Geflüchteten aus Syrien zu helfen sei, sie in der Nähe ihrer Heimat zu unterstützen. Betrachtet man die Lage Geflüchteter im Libanon, die ohne Flüchtlings- oder Aufenthaltsstatus in einer Quasi-Illegalität ohne grundlegende Rechte leben, so zeigt Trump auch hier wieder seine bewusste oder unbewusste Ignoranz des lokalen Kontexts in den Nachbarländern Syriens.

FAZIT

»Justice must do its work because without justice there is no real peace, we know that from history. « – Carla Del Ponte, bei ihrem Rücktritt aus der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für Syrien (*The Guardian*, 7.8.2017)

Betrachtet man die US-amerikanische Außenpolitik der letzten Jahre mit Blick auf Syrien, so haben Fragen von Gerechtigkeit, der Aufklärung von Kriegsverbrechen sowie einer dauerhaften Aussöhnung und des Frieden in Syrien eine geringe Rolle gespielt. Hier unterscheiden sich die Regierungen von Trump und Obama wenig. Beide haben in und um Syrien eine Politik verfolgt, die sich in vieler Hinsicht als kurzsichtig, einseitig in ihren Prioritäten und – angesichts der Grausamkeiten des Bürgerkrieges – auch als unmenschlich erwiesen hat. Beide Regierungen haben einen Stellvertreterkrieg in Syrien nicht nur zugelassen, sondern ihre Politik der Logik der Rivalität um Einfluss untergeordnet. Lokale Realitäten, Dynamiken und Befindlichkeiten haben dabei kaum eine Rolle gespielt, sie sind auch diesem Stellvertreterkrieg zunehmend zum Opfer gefallen.

Das Versagen der USA in Syrien ist – wie der Rücktritt von Carla del Ponte beispielhaft zeigt – auch ein Versagen der »internationalen Staatengemeinschaft«, die nicht in der Lage war, ein grausames Regime und seine Verbündeten zu stoppen, Giftgas und Fassbomben gegen die syrische Bevölkerung einzusetzen, die auch nicht in der Lage war, die Militarisierung und religiöse Radikalisierung von Teilen der bewaffneten Opposition aufzuhalten. Ebenso wenig konnte die Vertreibung von gegenwärtig geschätzten 5,5 Millionen Geflüchteten verhindert, noch konnten in sechs Jahren Friedensverhandlungen dauerhafte Erfolge erzielt werden. Die USA ist hier nur ein wichtiger Akteur von vielen, der in der syrischen Frage versagt hat.

Es ist müßig, darüber nachzudenken, wann und wodurch die USA eine andere Politik hätte einschlagen können, und wie eine solche Politik hätte aussehen können. Sicher wurden Gelegenheiten verpasst, die dem Krieg in Syrien einen anderen Verlauf gegeben hätten. Optionen im Hier und Jetzt gibt es angesichts des militärischen Sieges des Regimes einerseits wenige. Andererseits wäre dies nun der Zeitpunkt, an dem Kritik auch noch einmal ansetzen kann: durch eben ein Beharren auf Fragen der strukturellen Gewalt und der transformativen Gerechtigkeit, das die Seite des Regimes nicht nur auch, sondern in besonderem Maße zur Rechenschaft zieht; durch ein genaues Beobachten der Situation und möglicherweise eine Einmischung in die Politik Russlands und des Irans; durch ein Nicht-Ignorieren der Millionen von Geflüchteten innerhalb und außerhalb Syriens, durch die Erhöhung der Aufnahmezahlen und Gewährleistung eines gesicherten Rechtsstatus der Geflüchteten in den Aufnahmeländern oder bei ihrer Rückkehr nach Syrien; und nicht zuletzt durch die Versuche, lokale Dynamiken in Post-IS-Gebieten und ehemaligen Regionen der syrischen Opposition, sowie die dortige Zivilgesellschaft und politische Aktivist*innen nicht außer Acht zu lassen und bei Friedensverhandlungen miteinzubeziehen. Es überrascht wenig, dass es nicht danach aussieht, als würde die Trump-Administration solche Schritte in Erwägung ziehen.

JENSEITS PREKÄRER LEGALITÄT

DAVID FELDMAN

Am 9. Februar ließ die US-Behörde, die für *Immigration and Customs Enforcement* (ICE) zuständig ist, im Rahmen einer landesweit koordinierten Aktion mehr als 600 Migrant*innen verhaften. Allein in Los Angeles wurden über 100 Menschen festgenommen, was erbitterten Widerstand vor Ort auslöste und Bedenken schürte, Donald Trump werde seine Kampfansage, alle elf Millionen Migrant*innen ohne Aufenthaltsgenehmigung aus dem Land zu werfen, tatsächlich wahrmachen.

Einen Monat zuvor hatte Trump verschiedene Executive Orders erlassen, die unter anderem eine verstärkte Zusammenarbeit der lokalen und regionalen Polizeien mit den nationalen Einwanderungsbehörden vorsehen sowie Strafen für alle sogenannten Sanctuary Cities in den USA,[1] die einer solchen Kooperation ablehnend gegenüberstehen. Trump hat zudem die Abschiebung von allen Migrant*innen ohne Papiere, die in irgendeiner Form straffällig geworden sind, zur obersten Priorität erklärt und die Einrichtung einer Behörde zur »Unterstützung der Opfer von durch Migranten verübte Straftaten« angeordnet sowie den Bau neuer Haftanstalten und Grenzzäune. Darüber hinaus hat er das Personal des Grenzschutzes und der ICE mit Tausenden neuen Mitarbeiter*innen aufstocken lassen.

Die wenigen Zugeständnisse, die der Regierung von Obama mühselig abgerungen werden konnten, scheinen seit der Machtübernahme von Trump einem üblen Rachefeldzug der Reaktion zum Opfer zu fallen. Trotzdem gab es während der ersten 100 Tage von Trump im Präsidentenamt auch einige wenige Lichtblicke. Ende Februar verkündete er, dass er einer Teillegalisierung von Millionen von Einwander*innen ohne Papiere durchaus offen gegenüberstehe, er könne sich auch vorstellen, den sogenannten

DREAMers die Möglichkeit einzuräumen, die US-amerikanische Staatsbürgerschaft zu beantragen (s.u.).

In diesen unruhigen Zeiten voller Angst und Unsicherheit ist es manchmal schwierig, die scheinbar widersprüchliche Rhetorik des Weißen Hauses genau einzuordnen. Trump ist ein bigotter Narzisst mit einem starken Hang zu Fremdenfeindlichkeit. Diese Feststellung bringt uns allerdings nicht besonders weit. Statt sich lange bei seinen persönlichen Eigenschaften aufzuhalten, erscheint es sinnvoller, sich mit strukturellen Fragen zu beschäftigen und sich genauer anzuschauen, welche Funktion er in dem in den USA stark ›rassifizierten‹ Kampf zwischen Kapital und Arbeit einnimmt. In Zukunft wird eine zentrale Aufgabe der Bewegung für die Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten sowie der Linken ganz allgemein darin bestehen, die Anklage der Herrschenden mit einer Entmystifizierung zu verbinden, das heißt, die ungerechten und unrechtmäßigen Maßnahmen der Trump-Regierung anzugreifen und gleichzeitig die ihnen zugrundeliegende strukturelle Logik aufzudecken.

Was die Einwanderungspolitik angeht, so würde eine Ausweitung der von der Obama-Administration eingeleiteten Massenabschiebungen keineswegs dem entgegenlaufen, was Trump unter einer »positiven Reform des Migrationssystems« versteht. Im Gegenteil: Die Ausweisung weiterer Millionen ›Illegaler‹ würde dazu führen, dass sich die migrantischen Niedriglohnkräfte in Zukunft in den USA noch strikteren Kontrollen unterwerfen müssten.

SANCTUARY REVISITED

Die Bewegung für die Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten hat unter Trump bislang einen Großteil ihrer Energie in den Kampf gegen Abschiebungen gesteckt, insbesondere in die Schaffung und Verteidigung von Sanctuary Cities. Aber daran gibt es inzwischen Kritik. So warnt zum beispielsweise Elliot Young davor, das Sanctuary-Konzept könne aufgrund des Ausbleibens einer konsequenten Basismobilisierung zu einer Wohlfühlnummer und letztlich zu einem »bedeutungslosen Label« verkommen. Und David Harvey weist darauf hin, dass obwohl ›regionaler Widerstand‹ der Kampf um lokale Autonomie [und] ortsbezogene Formen der Organisierung ausgezeichnete Ausgangspunkte für politisches Handeln sein mögen, sie allein nicht die Herausforderung des historischen Wandels bewältigen können«. Hilary Goodfriend dagegen vertritt eine wohlwollendere Haltung und ruft die Linke dazu auf, sich auf das radikale Vermächtnis der Sanctuary-Bewegung aus den 1980er Jahren zu besinnen, als »eine Komponente eines umfassenden und grenzüberschreitenden antiimperialistischen Kampfes«.

WAS ERGIBT SICH AUS DIESER DISKUSSION?

Erst einmal ist festzuhalten, dass es der heutigen Sanctuary-Bewegung mit ihren

direkten Aktionen und Mobilisierungen von unten gelungen ist, soweit Druck auf die lokalen (links)liberalen Eliten auszuüben, dass sich diese zum Teil eindeutig gegen die derzeitige Bundesregierung positioniert haben. Man sollte darüber hinaus auf keinen Fall die Errungenschaften der Vorläuferin der gegenwärtigen Sanctuary-Bewegung überbewerten. Eine zentrale Forderung in den 1980er Jahren war, allen aus Zentralamerika in die USA Geflohenen einen umfassenden Flüchtlingsstatus zuzugestehen. 1990 schließlich reagierte die damalige Regierung auf diese Bewegung und führte einen temporären Schutz ein. Dieser Temporary Protected Status (TPS), der weit vom offiziellen Flüchtlingsstatus entfernt ist, verschaffte vor allem Menschen aus El Salvador die Option, ohne Unterbrechungen 18 Monate lang im Land zu leben und zu arbeiten, schloss sie aber von der Wahrnehmung jeglicher mit öffentlichen Mitteln finanzierten sozialen Dienste und Leistungen aus. Cecilia Menjívar beschreibt diesen »liminalen Rechtszustand« als einen, der von »extremer Unsicherheit« geprägt ist, bei dem »jede Fristsetzung und Stichtagregelung die prekäre Situation der Betroffenen noch weiter verschärft« und bei dem die Menschen jederzeit damit rechnen müssen, den ihnen zugestandenen Status wieder zu verlieren.

Da es sich beim TPS um eine von staatlicher Seite geschaffene und definierte offizielle aufenthaltsrechtliche Kategorie handelt, beschert sie dem Kapital noch bessere Möglichkeiten der Kontrolle über die migrantischen Arbeiter*innen als die Kategorie ›illegal‹, mit der Menschen ohne Papiere gebrandmarkt werden. Zugleich kann der Staat mit diesem neu geschaffenen Aufenthaltsstatus jegliche Verantwortung für ihr soziales Wohlergehen den Migrant*innen selbst aufbürden (wobei es in der Regel die Frauen sind, die aufgrund der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hier einspringen müssen). Berücksichtigt man darüber hinaus, dass die Einführung des TPS am Ende zur Demobilisierung der früheren Sanctuary-Bewegung beigetragen hat, muss dies wohl als äußerst geschickter Schachzug und Sieg des kapitalistischen Staates bewertet werden.

DER AKTUELLE STAND

Der TPS ist 27 Jahre nach seiner Einführung immer noch von Bedeutung, er kann von Migrant*innen aus insgesamt 13 Staaten beantragt werden, wobei die meisten, die mit diesem Status derzeit in den USA leben, aus El Salvador (195 000), Honduras (57 000) und Haiti (50 000) kommen. Sein Vermächtnis findet sich auch in dem 2012 von der Obama-Regierung aufgelegten Programm *Deferred Action for Early Childhood Arrivals* (DACA) wieder, das seitdem um die 750 000 Migrant*innen, die als Kinder rechtswidrig in die USA eingereist sind, durchlaufen haben. Die Antragsgebühren betragen annähernd 500 US-Dollar pro Person. Das Programm bietet einem spezifischen Teil der illegali-

sierten Bevölkerung in den USA – jungen, meist gut gebildeten und zweisprachig im Land aufgewachsenen junge Menschen – eine zweijährige Arbeitserlaubnis sowie eine Aussetzung der Abschiebung an. Doch trotz des damit verbundenen temporären Rechtsschutzes gibt es für die Programmteilnehmer*innen keinerlei Garantien, sie müssen sich von daher weiterhin Sorgen um ihren langfristigen Aufenthaltsstatus machen, ebenso wie um den ihrer Familienangehörigen.

Wenn diese jungen Menschen studiere wollen, können sie nicht auf staatliche Unterstützung wie Ausbildungsförderung und Stipendienprogramme (z.B. Pell Grants) zurückgreifen, sondern müssen sich ihr Studium mit Niedriglohnjobs und Bankkrediten finanzieren. Wie eine neuere Untersuchung zu den Auswirkungen des DACA-Programms in Südkalifornien ergeben hat, geht die überwältigende Mehrheit der ›Geförderten‹ einer Erwerbstätigkeit mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 11,47 US-Dollar nach, wovon nur fünf Prozent einer Gewerkschaft angehören. Zwei Drittel der für die Untersuchung Befragten gaben an, schon einmal Schwierigkeiten gehabt zu haben, für die Kosten ihrer Ausbildung aufzukommen.

So wie der TPS eine Reaktion auf die Organisierungsbemühungen und Proteste der alten Sanctuary-Bewegung darstellte, ist DACA ein Ausdruck der Bemühungen der Obama-Administration, den entschlossenen Kampf minderjähriger Migrant*innen ohne Papiere in den USA zu vereinnahmen. Im Juni 2012 hatten Jugendliche im ganzen Land die Wahlkampfbüros von Obama besetzt und von diesem verlangt, über eine Executive Order einen Abschiebestopp zu verhängen und sich für ihre vollständige ›Legalisierung‹ im Rahmen des DREAM Act (Gesetz zur Förderung der Entwicklung und Bildung von ausländischen Minderjährigen) einzusetzen.

Obwohl sich das DACA-Programm einiger Beliebtheit erfreut, ließ sich der harte Kern der Aktivist*innen dieser vorwiegend studentischen Bewegung so leicht nicht beschwichtigen. Sie wissen um die Limitierungen des Programms und sind sich darüber im Klaren, dass es auch etliche Nachteile mit sich bringt: Zunächst einmal lassen sich damit viele in trügerischer Sicherheit wiegen, des Weiteren spaltet es die größere Bewegung für die Rechte von Migrant*innen. Darüber hinaus weiß die Bewegung, dass es nicht ganz ungefährlich sein kann, dem Heimatschutzministerium so viele personenbezogene Daten zur Verfügung zu stellen.

Als Trump zu Beginn seines Wahlkampfes erklärte, er wolle nach seinem Sieg DACA abschaffen, zeigten sich große Teile der migrantischen Communities entsetzt. Das bringt die DREAMers in die reichlich frustrierende Situation, ein Programm verteidigen zu müssen, das noch nicht einmal ansatzweise ihren Bedürfnissen gerecht wird. Allerdings hat Trump seit seinem Amtsantritt dieser Ankündigung noch keine Taten folgen lassen. Vielmehr gab Heimatschutzminister John Kelly im

Februar dieses Jahres zu Protokoll, man werde nicht nur an DACA, sondern auch an DAPA (*Deferred Action for Parents of Americans and Lawful Permanent Residents*), einem ähnlichen Programm für die Eltern dieser Jugendlichen, das zwischenzeitlich auf gerichtlichem Wege gestoppt worden war, festhalten. Diese scheinbare Kehrtwende wird nur verständlich, wenn wir uns anschauen, welche Vorteile mit der Aufrechterhaltung eines »liminalen Rechtszustands« für Migrant*innen für Kapital und Staat verbunden sind.

DIE SICH RÄCHENDE REFORM

In seinem ersten Interview nach seinem Wahlsieg umriss Trump seine migrationspolitischen Vorstellungen: die Grenzen ›sichern‹, ›Kriminelle‹ einsperren und abschieben und für die ›guten Einwanderer‹ den Schritt hin zur Staatsbürgerschaft erleichtern. Trumps Ansatz weist eine frappierende Ähnlichkeit mit dem Gesetzesentwurf S. 744 zur Reform des US-amerikanischen Migrationssystems auf, die der damals noch demokratisch kontrollierte Senat im Juni 2013 verabschiedet hat (und der später bei der Abstimmung im Abgeordnetenhaus gescheitert ist; Anm. d. Ü.).

Trotz einiger nennenswerter Unterschiede stehen Trumps präsidiale Anordnungen in völligem Einklang mit dem übergeordneten Ziel jener Gesetzesinitiative: Beide streben ein neues System der Kontrolle über migrantische Arbeit an, welches jedoch nicht mehr vorrangig auf Illegalität, sondern eher auf dem beschriebenen »liminalen Rechtszustand« gründen soll. Unterstützt werden soll dieses System durch einen aufgerüsteten Überwachungsstaat, der diejenigen einsperrt und abschiebt, die es wagen sollten, aus der Reihe zu tanzen. Der Gesetzesentwurf der Demokraten S. 744 hatte ganze 46 Milliarden US-Dollar für Maßnahmen des »Grenzschutzes« vorgesehen.

In seiner ersten Kongressansprache behauptete Trump, er hoffe, sehr bald eine »echte und positive Reform der Einwanderungspolitik« unterzeichnen zu können. Er wünsche sich vor allem ein stärker »leistungsabhängiges Selektionssystem«. Mit seiner »Buy-American-and-Hire-American-Verfügung«, die er kurz zuvor erlassen hatte, beabsichtigt Trump, das Visasystem für hoch qualifizierte Arbeitnehmer*innen (das H-1B-Visa-Programm) nach ähnlichen Kriterien umzugestalten.

Ähnlich sah der Gesetzesentwurf S. 744 vor, die Visavergabe noch stärker an den Interessen des Kapitals zu orientieren, wofür eine neue Behörde für Migrations- und Arbeitsmarktforschung geschaffen werden sollte, deren Aufgabe unter anderem darin bestanden hätte, Vorschläge für die Verteilung von temporären Visa zum Zwecke der Arbeitsaufnahme (und nicht der langfristigen Einwanderung) zu unterbreiten. Mit dem Gesetz wäre die Zahl der jährlich vergebenen Visa für »niedrig qualifizierte Beschäftigte außerhalb der Landwirtschaft« (H-2B-Visa) gesenkt, das alte Visa-Programm für landwirtschaftliche Helfer abgeschafft und durch ein neues



Migrantischer Plantagenarbeiter, Fort Blackmore,
VA, Bread for the World//flickr

Programm für die Besetzung von Stellen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen (in und außerhalb der Landwirtschaft) ersetzt worden. Es war geplant, temporäre Arbeitsvisa (»W« visa) für maximal drei Jahre auszugeben und die bis heute gültige Beschränkung, die Saisonarbeiter*innen an einen bestimmten Arbeitgeber bindet, aufzuheben.

Diese geplante Neuausrichtung hätte das System vielleicht ein ganz klein wenig egalitärer gemacht. Politische Aktivist*innen haben schon immer an traditionellen Gastarbeiterprogrammen kritisiert, dass bei ihnen die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis an einen einzelnen Arbeitgeber geknüpft ist. Die vorgesehene Übertragbarkeitsklausel hätte zumindest an diesem Punkt Abhilfe geschaffen. Letzten Endes wäre die Durchsetzung der demokratischen Reforminitiative S. 744 jedoch ein Triumph für all diejenigen gewesen, die ein Interesse an der weiteren Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen haben, bei der Arbeitnehmerrechte den Bedürfnissen des Kapitals nach flexiblen und fügsamen Arbeitskräften eindeutig untergeordnet sind. Ob ›Gastarbeiter*innen‹ eine Bleiberecht in den USA erhalten, wäre weiterhin von ihrem Beschäftigungsstatus abhängig gewesen, das heißt, sie hätten keinerlei Chance gehabt, sich der außerordentlichen Macht zu entziehen, mit der das Kapital in den USA seine Arbeiter*innen zu disziplinieren pflegt. Wenig überraschend sind viele der von Trump ernannten Minister und Amtsträger ebenso ausgewiesene Parteigänger des Kapitals. So gehörte zu seinem anfänglichen Team im Arbeitsministerium der Chef eines Unternehmens, das mit der Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften mit »geringfügiger Qualifizierung« sein Geld verdient, und ein Fellow des Manhattan Institute, der schon seit Langem als Befürworter von Gastarbeiterprogrammen bekannt ist. Ein weiterer potenzieller Kandidat für das Amt des Arbeitsministers, Fastfood-Magnat Andy Puzder, erntete Empörung, als er sich gegen eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns aussprach. Seine lautstarke Befürwortung einer flexibleren Handhabung der Einbürgerungsbestimmungen fand dagegen in der Öffentlichkeit weniger Beachtung.

Doch sind diese beiden Positionen Puzders absolut vereinbar. Obwohl im Gesetzentwurf S. 744 viel von erleichterter Staatsbürgerschaft die Rede war, hätte die Einführung der dort vorgeschlagenen Aufenthaltskategorie *Registered Provisional Immigrant* (RPI) den »liminalen Rechtszustand« im einem noch wesentlich größerem Umfang institutionalisiert. Personen mit einem solchen RPI-Status hätten mehrere Tausend US-Dollar für ihre Visa bezahlen müssen und wären für den vorgegebenen Zeitraum von sechs Jahre explizit dazu verpflichtet gewesen, durchgängig erwerbstätig zu sein. Sie wären in diesen sechs Jahren von allen mit Bundesmitteln finanzierten bedarfsabhängigen Sozialleistungen ausgeschlossen gewesen.



Für Erwachsene, die nicht alleinerziehend sind, wäre die Verlängerung ihres RPI-Status von dem Nachweis abhängig gewesen, dass sie während ihres Aufenthalts in den USA nicht länger als 60 Tage arbeitslos gewesen sind, dass sie dem »Gemeinwesen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zur Last fallen werden« und dass sie über ein Einkommen oder Vermögen verfügen, das 125 Prozent über der vom Bund festgelegten Armutsschwelle liegt.

Theoretisch hätten Straflosigkeit und die Erfüllung der oben genannten Anforderungen über einen Zeitraum von zehn Jahren (plus die Zahlung einer weiteren Gebühr von 1 000 US-Dollar) ausgereicht, um den Status eine *Lawful Permanent Resident* zu beantragen. Andere Vorgaben hätten jedoch dafür gesorgt, dass diese Migrant*innen, wenn überhaupt, erst nach 20 Jahren einen Anspruch auf eine Green Card hätten erwerben können. Und geschätzte 4 bis 5 Millionen Menschen ohne Papiere wären von vornherein von all diesen Optionen ausgeschlossen worden.

DIE WILLKÜRHERRSCHAFT DES KAPITALS

Die politischen Konflikte, Antagonismen und Rassismen, die die US-amerikanische Einwanderungspolitik bestimmen, können unmöglich allein mit den Erfordernissen der Kapitalakkumulation erklärt werden. Es ist jedoch unerlässlich, dass wir das ganze Terrain in den Blick nehmen, auf dem diese Kämpfe ausgefochten werden. Die Abkehr des transnati-

onalen Kapitals von einem Kontrollsystem migrantischer Arbeit, das maßgeblich auf dem Prozess der Illegalisierung beruhte, hat viel mit dem massenhaften Ungehorsam und den anhaltenden Kämpfen dieser in die Illegalität getriebenen Migrant*innen zu tun.

Eine herausragende Bedeutung kommen in diesem Zusammenhang den massiven Streiks und Arbeitsniederlegungen im Frühjahr 2006 zu, die im »Great American Boycott« am 1. Mai gipfelten. In diesen Mobilisierungen artikulierte sich nur die eigene »Existenz als Widerstand«, sie waren auch deutlicher Ausdruck davon, dass man nicht länger bereit war, die massive Kriminalisierung und vielen Abschiebungen ‚illegaler' Einwanderer*innen einfach hinzunehmen. Damals forderten die politischen Aktivist*innen eine sofortige und bedingungslose Amnestie für alle illegal eingereisten und undokumentierten Migrant*innen und wandten sich gegen den Bau weiterer Grenzzäune und die Einstellung neuer Grenzschützer*innen und ICE-Beamten.

Leider haben die Individuen und Gruppierungen, die diese Bewegung getragen haben und bis heute um Migrantenrechte kämpfen trotz ihrer Entschlossenheit im zurückliegenden Jahrzehnt mehr Rückschläge als Erfolge erlebt. Mit Trump am Ruder und einer republikanischen Mehrheit im US-Kongress wird wohl jede künftige umfassende Reform des Migrationsregimes das ausbeuterische System in den USA noch weiter verschärfen und noch schlimmer ausfallen als die hier viel zitierte Gesetzesinitiative S. 744. Unterdessen können wir davon ausgehen, dass die Einwanderungskontrollbehörde ICE versuchen wird, einen Großteil derjenigen, die noch nicht einmal mehr unter den »liminalen Rechtszustand« fallen, des Landes zu verweisen. Das, was man den im Land verbleibenden ›illegalen‹ migrantischen Arbeiter*innen im besten Falle noch zugesteht, ist, ihr Leben als die am stärksten ausbeutbare Fraktion einer Arbeiterklasse zu fristen, die gerade in den USA durch eine zunehmende Prekarisierung und Stratifizierung gekennzeichnet ist.

Der Staat ist selbstverständlich alles andere als eine monolithische Einheit. Er kann nicht einfach mit den Fingern schnippen und einen bis ins letzte Detail ausgearbeiteten Plan in die Tat umsetzen, egal ob es um die Regulierung von Einwanderung oder andere Angelegenheiten geht. Bereits vor 40 Jahren hat der marxistische Theoretiker Nicos Poulantzas überzeugend dargelegt, dass eine staatliche Gesamtstrategie erst aus der Konfrontation und Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Taktiken, Netzwerken und Machtapparaten des Staates erwächst. So geht zum Beispiel die Abschiebung von Juan Manuel Montes, einem Teilnehmer am DACA-Programm, am 17. Februar dieses Jahres wohl auf die Initiative von lokalen Beamten und nicht auf den Befehl übergeordneter Stellen zurück. Solche Uneinigkeiten und Spaltungen wird es auch weiterhin geben.

Es kann auch sein, dass mit vermehrten Abschiebungen der Druck erhöht werden soll, eine umfassenden Reform der Einwanderungspolitik tatsächlich bald auf den Weg zu bringen. Heimatschutzminister Kelly ermahnte kürzlich seiner Behörde kritisch gegenüberstehende Kongressabgeordnete, eine entsprechende Gesetzgebung zu unterstützen. Man tut also falsch daran, auch wenn dies naheliegt, hinter den Maßnahmen der Trump-Regierung lediglich fremdenfeindliche Impulse zu vermuten und zu meinen, sie sei auf die Abschiebung aller illegal in den USA lebenden Migrant*innen aus. Eine solche Einschätzung übersieht die Funktion Trumps als Diener des Kapitals. Außerdem besteht bei solche einer einseitigen Betrachtungsweise die Gefahr, dass am Ende eine den Anforderungen des transnationalen Kapitals voll und ganz Rechnung tragende »echte und positive Einwanderungsreform« als relativer Erfolg gefeiert wird.

Am Tag vor Montes' Abschiebung und eine Woche nach den landesweiten Razzien der ICE blieben Zehntausende Migrant*innen am sogenannten »Day Without Immigrants« – der dem »Great American Boycott« von 2006 nachempfunden war – ihrem Arbeitsplatz fern. Sie zeigten damit, dass sie nicht länger bereit sind, sich vollständige den Anforderungen des Kapitals zu unterwerfen, und haben sich vielerorts trotz der Einschüchterungsversuche der Trump-Administration sehr aktiv an den Vorbereitungen zu den diesjährigen 1.Mai-Demonstrationen beteiligt.

Wenn wir heute auf die Straße gehen, sollten wir uns daran erinnern, dass »die Gewerkschaften nicht aus bloßer Solidarität entschlossen an vorderster Front des Kampfes in diesem Land um die Rechte von Migrant*innen stehen«, um hier zum Schluss Neidi Dominguez, Gewerkschafts- und gleichzeitig Immigrant-Rights-Aktivistin, zu zitieren. »Es geht um unserer eigenen Mitglieder.« Der Widerstand gegen Abschiebungen muss weiterhin im Zentrum dieses Kampfes stehen. Doch wenn die Bewegung für die Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten wirkliche Siege erringen will, dann werden wir uns nicht länger mit lokalen Schutzzonen und »liminalen Rechtzuständen« zufriedengeben können, sondern müssen auf die sofortige Legalisierung aller Menschen ohne Papiere sowie auf ein Ende der Willkürherrschaft des Kapitals dringen.

Dieser Beitrag erschien im Juni 2017 auf der Website der Zeitschrift Jacobin. Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann

1 Sanctuary Cities sind Städte, die sich der Abschiebepolitik der Bundesbehörden widersetzen und ihren rechtlichen Spielraum zum Schutz von illegalisierten Migrant*innen nutzen. Sanctuary bedeutet Zufluchtsort, Schutzraum oder auch Asyl. Die Sanctuary-Bewegung entstand zwischen den späten 1970er und frühen 1980er Jahren in den USA und Kanada, die aus Zentralamerika Geflüchtete ohne Papiere unterstützte. (Anm. d. Ü.). Vgl. hierzu auch das Interview mit Helene Heuser: Sanctuary Cities sind in Deutschland nicht utopisch, in: *LuXemburg* 1/2017.

BILD 11 Bread for the World / flickr (CC BY-NC-ND)

TRUMP UND SEIN ›HINTERHOF‹

LATEINAMERIKANISCHE PERSPEKTIVEN

ACHIM WAHL

Nach einem Jahr der Präsidentschaft Donald Trumps zeichnet sich – schon in deutlicheren Konturen – die Lateinamerika-Politik der USA ab. So unterschiedlich der jetzige Präsident und sein Vorgänger Barack Obama erscheinen mögen: Die Herangehensweise der neuen US-Administration wird weitgehend von Kontinuität geprägt sein. Gleichwohl werden einige neue Akzente gesetzt, die bedeutsam sind.

Die von Trump postulierte protektionistische Politik richtet sich dabei vor allem gegen das Nachbarland Mexiko und – wie alle Kommentatoren hervorheben – kann sie Auswirkungen für ganz Lateinamerika mit sich bringen. Weiteren Grund für Befürchtungen gibt es besonders in Bezug auf das zukünftige Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den Linksregierungen in Kuba, Venezuela, Bolivien und Ecuador.

LATEINAMERIKA – DER ›TRADITIONELLE HINTERHOF‹ DER USA

Die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts waren von verbesserten Bedingungen für die Sicherung der nationalen Souveränität der lateinamerikanischen Länder und ihrer zunehmend wichtigeren Rolle in den internationalen Beziehungen geprägt. Die dadurch geförderte Selbstständigkeit gegenüber der imperialen Macht im Norden zwang die USA, sich auf diese Entwicklung einzustellen. Die Obama-Administration agierte im Sinne der von Joseph Nye (2011, 302 ff.) entworfenen Linie der *smart policy*, also einer Politik der »intelligenten Macht«. Sie fand ihren Niederschlag in dem Ende 2015 begonnenen Prozess der Normalisierung der Beziehungen zu Kuba, in der Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien und in der veränderten Haltung der USA gegenüber großen Ländern wie zum Beispiel zu Brasilien. Das Ziel der

US-Politik bestand darin, diese Länder als Alliierte zu gewinnen oder sie zumindest zu neutralisieren, um eine weitergehende Eigenständigkeit zu verhindern.

Diese Politik der »intelligenten Macht« stützte sich auf die militärische Präsenz der USA mit insgesamt 70 Militärbasen auf dem lateinamerikanischen Kontinent sowie auf die traditionell engen wirtschaftlichen Beziehungen (verstärkt noch durch den Abschlusses bilateraler Freihandelsabkommen). Außerdem gehört zum Arsenal dieser Politik die Tätigkeit von US-amerikanischen Nichtregierungsorganisationen wie zum Beispiel National Endowment for Democracy (NED) oder Students for Liberty und anderen Institutionen wie der *United States Agency for International Development* (USAID) sowie der Einsatz von Geheimdiensten, darunter die National Security Agency (NSA).

DIE TRUMP-ADMINISTRATION: VON DER SMART POWER ZUR HARD (STUPID) POWER?

Der US-amerikanische Soziologe und Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein geht davon aus, dass die technologischen, militärischen und vor allem die wirtschaftlichen Kapazitäten der USA im 21. Jahrhundert nicht ausreichen werden, um allein die Welt zu beherrschen. Die Strategie des Unilateralismus, die von den meisten früheren US-Präsidenten (einschließlich des liberalen Präsidenten Barack Obama) präferiert wurde, war verbunden mit wachsenden Ausgaben für die Aufrechterhaltung der militärischen Dominanz der USA. Machten im Jahr 2000 die US-Militärausgaben noch 2,9 Prozent des Bruttoinlandprodukts aus, waren es 2010 schon 4,66 Prozent (Romero 2017a).

Der (drohende) Hegemonieverlust hat in den USA eine Debatte ausgelöst, in der Thesen von Zbiegniew Brzezinski, Berater verschiedener, vor allem demokratischer US-Präsidenten, von Bedeutung sind. Diese tauchten auch in den Wahlkampfreden von Donald Trump auf. Bereits in seinem 1971 erschienen Buch »Zwischen zwei Zeiten: Die Rolle der USA in der digitalen Ära« (»Between Two Ages«) schrieb Brzezinski, dass es an der Zeit sei, die Welt neu auszutarieren und eine neue politische globale Ordnung mit einem trilateralen wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen Japan, Europa und den USA zu schaffen (vgl. Lopez 2017). Trumps politischer Ansatz selbst weist in einer Situation, in der das System geschwächt ist, auf eine Vertiefung der kapitalistischen Globalisierung und auf eine Umverteilung und Neuformierung der Kräfte hin. Es stellt sich somit die Frage, welche Rolle Lateinamerika in dieser neuen politischen globalen Ordnung für die USA spielen soll.

Lateinamerikanische Kommentatoren wie Juan Eduardo Romero (2017a) gehen in ihren Analysen der Lateinamerika-Politik der neuen US-Administration von einem direkten Einfluss einiger von Brzezinski vertretenen Thesen aus, unter anderem der These vom »konstruktiven Chaos«.[1] Brzezinski bescheinigt Mexiko große interne

Probleme, die beunruhigende Dimensionen erreicht hätten. Beispielhaft bezieht er sich auf den seit 2006 im Land tobenden Drogenkrieg. Dieser habe Mexiko im Grunde zu einem »failed state« gemacht, der sich im Zustand eines »konstruktiven Chaos« befinde. Es bestehe so die Gefahr von starken anti-US-amerikanischen Bewegungen, woraus sich wiederum die Notwendigkeit ergebe, Mexiko stärker unter Kontrolle zu bringen (López, 2017).

Die Entwicklung in Venezuela wiederum lässt sich aus diesem Blickwinkel als das Zusammenspiel von inneren Widersprüchen des bolivarischen Entwicklungspfades in der globalen (Ressourcenpreis-)Krise und äußerer Destabilisierung und Durchsetzung dieses Konzeptes verstehen: Die politische Instabilität bietet die Möglichkeit, dieses »konstruktive Chaos« auszunutzen.

Der kubanische Historiker Elier Ramirez Canedo befürchtet bei der Analyse der entstandenen Situation, dass die von Trump gewählte Sprache, seine politischen Auslassungen und seine ersten politischen Maßnahmen den Übergang von der *smart-power*-Politik Obamas zu einer *hard-power*– und damit *stupid-power*-Politik markieren.

VORGEHEN DER TRUMP-ADMINISTRATION GEGEN EINZELNE LÄNDER

Ein aktueller Blick auf Lateinamerika macht deutlich, dass vor allem Fragen der Wirtschafts- und Außenhandelspolitik, die Haltung der USA zu Migrant*innen, die politische Instabilität in Venezuela, die weitere Entwicklung der Beziehungen der USA zu Kuba, der Friedensprozess in Kolumbien und das Drogenproblem im Fokus der US-Politik stehen werden.

MEXIKO

Zwischen den USA und Mexiko existieren intensive Beziehungen. Rund 35 Millionen Mexikaner*innen leben in den USA, eine Million US-Bürger*innen wiederum in Mexiko. Täglich passieren eine Million Menschen und 437.000 Fahrzeuge die Grenze. Mexiko ist einer der wichtigsten Handelspartner der USA: Das Handelsvolumen beträgt 352 Milliarden US-Dollar. Mexiko exportiert Waren im Wert von 296 Milliarden US-Dollar in die Vereinigten Staaten, das Volumen der Importe macht 235 Milliarden US-Dollar aus. Das bedeutet 60 Milliarden US-Dollar Überschuss für Mexiko. 64 Prozent der mexikanischen Exporte gehen in die USA, somit sind sie der wichtigste Handelspartner Mexikos (vgl. Main 2017).

Mexiko stand sowohl in Trumps Wahlkampf als auch sofort nach seinem Amtsantritt im Mittelpunkt seiner ›Kritik‹: Mexiko sei auf der Basis des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) wirtschaftlich bevorteilt, und die Migration sei ein Teil der Probleme, die die USA belasten.

Für Mexiko, das seit 1992 NAFTA-Mitglied ist, beweisen wirtschaftliche Indikatoren, dass der Vertrag im Wesentlichen negative Auswirkungen gehabt hat: Es gab keinen Industrialisierungseffekt, dafür aber einen Rückgang der landwirt-

schaftlichen Produktion. Außerdem wurde Mexiko aufgrund seines Lohngefälles zur ›(Re-)Importplattform‹ für die USA. Zum Beispiel gehen 90 Prozent der in Mexiko produzierten Autoteile und Pkw in die USA. Die Maquiladores nutzen die billige mexikanische Arbeitskraft zur Montage von Pkw und anderen Industrieerzeugnissen, die vor allem für den US-Markt bestimmt sind. Sie sind für etwa 60 Prozent des Exports in die USA verantwortlich. Es arbeiten in diesem sogenannten industriellen Sektor mit seinen überaus prekären Beschäftigungsverhältnissen derzeit über 2,6 Millionen Menschen (vgl. Costa 2017).

Vom Weißen Haus war zu vernehmen, dass die USA in Zukunft Importzölle von 20 Prozent auf mexikanische Einfuhren erheben wollen, was außerordentliche negative Konsequenzen für die Wirtschaft und die Menschen dort haben würde. Bisher reagierte die mexikanische Regierung auf die Angriffe sehr defensiv. Die Beunruhigung der mexikanischen Unternehmenselite beruht auf der Ungewissheit, ob Trump den NAFTA-Vertrag neu verhandeln oder aufkündigen wird. Inzwischen hat Trump den NAFTA-Vertrag gekündigt. Trump demütigte Präsident Pena Nieto mit der Drohung, US-Truppen an die mexikanisch-amerikanische Grenze zu schicken, um Mexiko dazu zu zwingen, die von Trump angekündigte Mauer zu bauen.

Mit dieser Politik versucht Trump nicht nur, wirtschaftliche Ziele zu verwirklichen, sondern Mexiko den geopolitischen Erfordernissen der USA unterzuordnen.

VENEZUELA

Der Historiker Juan Eduardo Romero (2017b) vom Forschungszentrum für politische strategische Studien in Mexiko beschreibt die Situation in Venezuela als »katastrophalen Patt«. Dieser gefährde die Existenz der linken Maduro-Regierung. Zur schlechten wirtschaftlichen Lage und zu den destablisierenden Aktionen der radikalen Opposition kämen eigene Schwächen hinzu wie etwa die versuchte Ausschaltung des Parlaments durch ein Gerichtsurteil und schließlich durch die Abstimmung über die Verfassungsgebende Versammlung (ANC) am 30.7.2017.

Trumps Außenminister Tillerson machte deutlich: »Wir arbeiten mit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zusammen, um eine Verhandlungslösung für einen demokratischen Übergang zu finden.«[2]

Beispielhaft für diese politische Zielstellung verlief die Tagung des Ständigen Rates der OAS am 23. März 2017 in Washington. Aus Protest blieben einige linksregierte Länder (Bolivien, Venezuela, Nicaragua) dem Treffen fern, aber 21 von 34 OAS-Mitgliedsstaaten nahmen die politische Krise in Venezuela zum Anlass, gegen Maduro vorzugehen. Zur Debatte stand eine Resolution, die eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas vorsieht. In der Resolution heißt es, dass »im Rahmen der Interamerikanischen Demokratischen Charta zusätzliche Schritte unternommen werden sollen, um eine Normalisierung der demokratischen

Institutionen (in Venezuela) abzusichern.« (Proceso.com.mx, 3.4.2017).

Sie wurde per Akklamation angenommen. Dabei handelt es sich nach Ansicht von zahlreichen Kommentatoren um die bisher schärfste Verurteilung der Maduro-Regierung, nach Meinung der Regierung Venezuelas aber kommen die in der Resolution vorgeschlagenen Maßnahmen einem »institutionellen Staatsstreich« gleich.[3]

Begleitet wurde die Debatte im Rahmen der OAS von einer Einschätzung des Chefs des Südkommandos der US-amerikanischen Streitkräfte, Admiral Kurt Tidd, die er dem Komitee für militärische Angelegenheiten im US-Senat übermittelte. Nach Tidd stellt Venezuela einen »destabilisierenden Faktor« in der Region dar, was durch »die sich verschärfende humanitäre Krise eine regionale Antwort erfordern könnte«. Darüber hinaus warnte er vor dem »russischen, chinesischen und iranischen Einfluss in der Region«, der die Interessen der USA in Lateinamerika bedrohe.[4]

Trump persönlich rief im Februar 2017 den Präsidenten Panamas, Juan Carlos Varela, an, um mit ihm über Venezuela zu reden, zu dessen Regierung Panama bislang gute Beziehungen pflegte. Offenbar hat Trump vor, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Interessen Panamas Varela dazu zu drängen, seine Haltung gegenüber zu Venezuela zu ändern. Venezuela steht im Zentrum der Aufmerksamkeit der Trump-Administration, da es um die Erdölvorräte des Landes geht. So hat ExxonMobil großes Interesse an der Ausbeutung des auf 1,4 Milliarden Barrel geschätzten Erdölvorkommens an der venezolanisch-guyanischen Grenze.[5] Tatsächlich hat US-Außenminister Rex Tillerson noch eine Rechnung mit Venezuela offen, da er als ehemaliger Chef von ExxonMobil eine Neuverhandlung der Erdölverträge mit Venezuela ablehnte, woraufhin 2007 die Anlagen des Konzerns in Venezuela verstaatlicht wurden (vgl. Neuber 2017).

Neben der OAS ist Kolumbien, das schon jetzt einen Wirtschaftskrieg gegen Venezuela führt, derzeit ein geeigneter Partner für die Vorhaben der US-Regierung, da die politischen Interessen der herrschenden Elite Kolumbiens deckungsgleich mit denen der USA sind. Auch die kolumbianische Regierung, die die Energiesicherheit des Landes erhöhen will, hat großes Interesse an dem venezolanischen Erdöl.[6]

Mit der Trump-Administration wächst die Gefahr einer militärischen Intervention in Venezuela. In einer Situation, in der die Welt vor allem auf die Entwicklungen im Nahen Osten, insbesondere in Syrien schaut, ist eine militärische Aktion seitens der USA in Lateinamerika nicht ausgeschlossen.

Nach der Durchführung der Abstimmung über die Verfassungsgebende Versammlung (ANC), die von der Opposition boykottiert wurde, haben die USA weitere Sanktionen gegen Venezuela angekündigt. Alle Aktiva, die Präsident Maduro in den USA hat, werden eingefroren und alle Transaktionen verboten. Angedroht werden Einschränkungen (Importverbote) auf dem



Erdölsektor. (Die USA sind hauptsächlicher Abnehmer von Erdölexporten aus Venezuela.) Die USA-Administration betrachtet die Abstimmung zur ANC als »Verletzung demokratischer und institutioneller Rechte«[7]. Das Schatzamt der USA verhängte diese Sanktionen gegen Präsident Maduro, weil er mit der Durchsetzung der neuen Verfassung zum »Diktator« mutiert sei. Diesen Reaktionen der USA folgten in treuer Anhänglichkeit sowohl die OAS wie auch einige lateinamerikanische Länder wie Chile und Peru, dessen Botschafter aus Venezuela ausgewiesen wurde. Am 10.8.2017 erklärte Trump, dass »wir viele Optionen für Venezuela offenhalten, einschließlich einer militärischen, wenn es erforderlich ist«.[8]

Vizepräsident Pence, der auf einer Rundreise verschiedene lateinamerikanische Länder besuchte, relativierte die Äußerung Trumps, nachdem sich u.a. der Präsident Kolumbiens Santos gegen militärische Maßnahmen gegen Venezuela ausgesprochen hatte. Pence erklärte, dass Venezuela auf dem Weg in eine Diktatur sei. Dabei würden die USA nicht »ruhig bleiben«. Das südamerikanische Land sei ein »gescheiterter Staat«, der »eine Bedrohung für die Sicherheit und den Wohlstand der ganzen Hemisphäre« darstelle.[9] Die Reise Pence' durch Lateinamerika diente offensichtlich dem Ziel, Venezuela von anderen Ländern des Kontinents zu isolieren.

Mit der Trump-Administration wächst die Gefahr einer militärischen oder ähnlich gelagerten Intervention in Venezuela. In einer Situation, in der die Welt vor allem auf die Entwicklungen im Nahen Osten, insbesondere in Syrien schaut, ist eine militärische Aktion seitens der USA in Lateinamerika nicht ausgeschlossen.

KUBA

Schon während des Wahlkampfes hatte Donald Trump seine Ablehnung der Politik Obamas gegenüber Kuba deutlich gemacht. Er hatte die »Öffnung« gegenüber Kuba als eine »schandhafte Annäherung an die Tyrannen, die nur die Militärdiktatur festigt«, genannt und verkündet: »Wir werden das Recht der Kubaner verteidigen, sich vom Kommunismus zu befreien« (zit. nach Salazar 2017). US-Außenminister Tillerson unterstützte Trump, indem er die entsprechenden US-Institutionen aufforderte, alle von Obama bezüglich Kuba eingeleiteten Schritte rückgängig zu machen. Dazu gehören die Visaerleichterungen, wirtschaftliche Maßnahmen sowie die Entfernung Kubas von der berüchtigten Liste von Terrorstaaten der US-Regierung. Gleichzeitig forderte Tillerson den Senat und das Abgeordnetenhaus Anfang des Jahres dazu auf, das Wirtschaftsembargo gegen Kuba nicht aufzuheben.

Nach der Amtsübernahme Trumps erwartete die Miami-Fraktion der Exilkubaner konkrete Schritte vom neuen Präsidenten. Doch weder er noch der Beauftragte für kubanische Angelegenheiten, Jann Greenblath, wurden bisher aktiv geworden. Weder ist es zu Einschränkungen des Tourismus gekommen noch wurde dem Unternehmen Cuba International Network (Sitz in Florida) die Lizenz für sein kubanischen Büro verweigert, das vorhat, auf der Karibikinsel für den Verkauf in den USA bestimmte Radio-, Fernseh- und Filmproduktionen zu realisieren.

Die kubanische Regierung reagierte ihrerseits besonnen und zurückhaltend auf die Angriffe während des US-Wahlkampfes. Präsident Raul Castro erklärte im Januar 2017 auf der 5. Tagung der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) in Santo Domingo die Bereitschaft Kubas, den Dialog mit den USA weiterzuführen und die begonnene Kooperation unter Beachtung unterschiedlicher Positionen fortzusetzen (vgl. CELAC 2017).

Nach einer Zeit des Abwartens und der Wahl eines geeigneten Ortes und Ereignisses erklärte Präsident Trump im Juni 2017 alle von der Obama-Administration mit Kuba vereinbarten Schritte zur Normalisierung der Beziehungen und Abkommen für beendet. »Ich erkläre den bilateralen Vertrag der letzten Regierung für beendet. Ich erkläre hiermit eine neue Politik, wie ich sie während der Wahlkampagne versprochen habe. Ich unterzeichne diesen Vertrag (»Memorando Presidencial de Seguridad Nacional sobre el fortalecimiento de la Política de los Estados Unidos hacia Cuba« – Präsidentenmemorandum über nationale Sicherheit zur Stärkung der Politik der USA gegenüber Kuba«) an



rasande tystar/flickr

diesem Tisch sofort.«[10] Diese Sätze sprach Trump in Miami vor enthusiastischen Exilkubanern, die schon lange auf eine solche Maßnahme gegen Kuba gewartet hatten. Zu den verhängten Maßnahmen zählen u. a. die Einschränkung von Dollarzahlungen, ein Verbot des individuellen Tourismus, ein Verbot von Geschäften mit kubanischen Unternehmen, die mit militärischen Einrichtungen realisiert werden, und die Aufrechterhaltung der Blockade, die seitens der USA gegen Kuba seit über 60 Jahren völkerrechtswidrig (seit 1992 als Gesetz) realisiert wird. Mit diesen Maßnahmen entsprach Trump den Forderungen rechter und nationalistischer Kräfte, was einer Rückkehr von Praktiken aus der Zeit der Blockkonfrontation entspricht. Mit diesen Maßnahmen wird deutlich, wie die Trump-Administration gedenkt, die Beziehungen zu Kuba grundsätzlich zu ändern.

WELCHEN PLATZ WIRD LATEINAMERIKA IN DER US-AUSENPOLITIK EINNEHMEN?

In Lateinamerika wird darauf verwiesen, dass eine Antwort auf die Frage, welche Richtung die Politik der Trump-Administration am Ende einschlagen wird, noch nicht umfassend möglich ist. Es bedürfe einer genaueren Fall-zu-Fall-Analyse, da Vieles davon abhänge, welche politischen und militärischen Positionen unterschiedliche Interessengruppen, aber vor allem entschei-

dende Stellen im bürokratisch-militärischen Apparat und ihre Vertreter in Regierungsfunktionen einnehmen werden (vgl. Salazar 2017). Ganz offensichtlich und besonders zu beachten ist dabei zweifellos die starke Repräsentation der Erdöllobby (u.a. durch Rex Tillerson, Rick Perry und Scott Pruit) in der gegenwärtigen US-Regierung.

Was Trump und andere Kräfte umtreibt, ist die bröckelnde Dominanz der USA in Lateinamerika. Die Existenz linksgerichteter Regierungen und Bewegungen, die sich nicht im Sinne der strategischen Linie der USA bewegten, ist ein wesentlicher Ausgangspunkt für Trumps Losung, »Amerika wieder groß zu machen«. Das erinnert die Lateinamerikaner an die historischen Erfahrungen mit der aggressiv-interventionistischen Politik des »Big Stick« (»Großer Knüppel«) und der Monroe-Doktrin, die 1823 von den USA zunächst als defensive Doktrin der Nichteinmischung gegen die Westeuropäer formuliert worden war (»Amerika den Amerikanern«) und dann als politisch-ideologische Rechtfertigung für die Interventionspolitik der USA im zentral- und südamerikanischen ›Hinterhof‹ (*patio traseiro*) diente. Diese Doktrin, so die Befürchtung, könnte durch die Trump-Administration eine Wiederbelebung erfahren. Damit droht eine neue Welle politischer Destabilisierung und ökonomischer Zerrüttungen. Im besonderen Maße wird sich diese Politik auch gegen die Integrationsbestrebungen der lateinamerikanischen Länder richten, die in Zusammenschlüssen wie der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR), der Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA) und in der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) zum Ausdruck kommen.

Für die USA wird Lateinamerika im Hinblick auf die weltweit existierenden Konflikte, auf die die Trump-Administration reagieren muss und wird, weiterhin eine bedeutende Rolle spielen. Als ›Hinterhof‹ hatte Lateinamerika, historisch betrachtet, immer eine außerordentliche Bedeutung für die USA. Es war immer Hinterland, Rohstofflieferant, dem US-Kapital untergeordnet, politisch abhängig und quasi eine ›friedensberuhigte Zone‹.

Und Trump hat offenkundig mit seinen bisherigen Erklärungen und Handlungen die Regierungen Lateinamerikas leicht verschreckt. Bei einer Analyse der Reaktion lateinamerikanischer Länder auf die Wahl Trumps zum US-Präsidenten kann festgestellt werden, dass die führenden Vertreter Lateinamerikas wohl auf einen Wahlsieg Hillary Clintons gesetzt hatten, weil sie befürchten mussten, dass Trump die existierenden bilateralen und internationalen Verträge infrage stellen würde, um sie zugunsten wirtschaftlicher Interessen der USA neu zu regeln.[11]

Die offenkundige Orientierungslosigkeit der mexikanischen Führung erstreckt sich auf die Eliten ganz Lateinamerikas. Gegenwärtig reagieren sie eher pragmatisch und sind nicht in der Lage, eigene politische Alternativen zu präsentieren. Das hat auch zur Folge, dass sich der

Zerfallsprozess des Gemeinsamen Markts Südamerikas (Mercosur) und der damit verbundenen regionalen Integrationsbemühungen fortgesetzt hat. Es dominiert nunmehr die Tendenz, Freihandelsverträge zum Beispiel mit der EU abzuschließen. Argentinien und Brasilien versuchen zudem, mit China ins Gespräch zu kommen. Dabei bedenken sie nicht, dass sie im Fall eines Handelskrieges zwischen den USA und China mit harten Folgen rechnen müssten. Im Übrigen setzen die Staaten Lateinamerikas weiter auf den Export von Rohstoffen (vgl. Katz 2017).

MÖGLICHE SZENARIEN EINER ZUKÜNFTIGEN US-POLITIK GEGENÜBER LATEINAMERIKA

A | AUSBAU DER NEOLIBERALEN FRONT MIT BRASILIEN UND ARGENTINIEN

Nach der Niederlage linksgerichteter Regierungen in Argentinien und Brasilien hat sich in Lateinamerika eine neue neoliberale Front gebildet. Die Folge ist eine veränderte geopolitische Situation. Dies erhöht den Druck auf andere Länder, wie zum Beispiel auf Venezuela, und es stellt die bisher erreichten sozialen Errungenschaft infrage. Faktisch drohen diese gänzlich zurückgedrängt zu werden. Präsident Mauricio Macri in Argentinien und Präsident Michel Temer in Brasilien haben sich beeilt, Signale in Richtung Washington auszusenden, die eine bewusste Unterordnung unter die Interessen der USA erwarten lassen.

Temer hat erklärt, dass die USA ein bedeutender Handelspartner Brasiliens seien, sodass es trotz des dort vorherrschenden nationalistischen und protektionistischen Diskurses zu keinen negativen Folgen für Brasilien kommen werde. Brasilien sei nicht Mexiko, sodass er überzeugt sei, Brasilien werde in der Lateinamerika-Politik von Trump eine »zentrale Rolle spielen«. Für seine Regierung sind die Beziehungen zu den USA prioritär, wobei vor allem kommerzielle Interessen und die Zusammenarbeit auf militärischem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet im Vordergrund stehen. Es geht unter anderem um die Ausbeutung der Erdölvorkommen vor der Atlantikküste Brasiliens (Pre-Salt). Die Temer-Regierung hat erste Schritte eingeleitet, um die von der Lula-Regierung getroffenen Maßnahmen zur Nutzung des Erdöls im nationalen Sinne rückgängig zu machen.

Wirtschaftliche Konsequenzen sind möglich, wenn es – wie von Trump angekündigt – zu einer Zinserhöhung kommen wird, da daraufhin ein Kapitalabfluss aus lateinamerikanischen Ländern zu erwarten ist. Ähnliches gilt für die Spekulation mit Rohstoffen (Soja, Eisenerz und Erdöl), da diese unmittelbare Auswirkungen auf die öffentlichen Schulden hat. Insgesamt aber bleibt die Unsicherheit für die Temer-Regierung, welche wirtschaftliche Richtung Trump einschlagen wird. Das erhöht damit auch den Druck auf diese instabile Regierung, von der die ökonomischen Eliten in Brasilien lukrative Ergebnisse erwarten.

Mauricio Macri wiederum hat einen schlechten Start mit Trump erwischt, da bekannt geworden ist, dass er auf Hillary Clinton gesetzt hatte. Politisch, vor allem in Bezug auf Migration, steht er nahe bei Trump. Auch in Argentinien ist eine Reform der Einwanderungsgesetzgebung geplant, die Einreiseerlaubnisse per Dekret regeln soll. Für Aufsehen sorgte nach Trumps Machtübernahme die 60-tägige Suspendierung des Vertrages über den Export von Zitrusfrüchten in die USA. Enttäuscht ist Macri auch, weil er sich Visaerleichterungen für Argentinier für die USA erhofft hatte. Trump dagegen fordert konsularische Anhörungen, bevor ein Visum erteilt wird. Ein Besuch Macris in den USA erbrachte nicht die gewünschten Ergebnisse.[12] Macri positionierte sich als der Hauptverbündete der USA in Lateinamerika, mehr aber als das Versprechen seitens Trumps, die Importrestriktionen für argentinische Zitrusfrüchte aufzuheben, konnte Macri nicht erreichen. Jedoch wollen die USA die Aufnahme Argentiniens in die OECD befürworten.

B | ERWEITERUNG DES EINFLUSSES DER PAZIFISCHEN ALLIANZ IN LATEINAMERIKA

Besonders die Regierungen Brasiliens und Argentiniens haben konkrete Schritte unternommen, um den Ausschluss Venezuelas aus dem Mercosur zu erreichen. Das würde die Möglichkeit eröffnen, den Mercosur an die Pazifische Allianz heranzuführen. Offensichtlich besteht Übereinstimmung, dass die Pazifische Allianz das neoliberale Integrationsmodell für Lateinamerika sein soll. Aber auch in dieser Frage herrscht noch Ungewissheit, weil konkrete Schritte der Trump-Administration noch ausstehen. »Die von den Regierungen Macri und Temer gegen Venezuela ergriffenen Maßnahmen im Rahmen von Mercosur wie auch die Versuche, die UNASUR zu schwächen und sich der Pazifischen Allianz anzunähern, zeigen die Richtigkeit dieser Analyse.« (Romero 2017a)

Mit der Entscheidung der Außenminister Brasiliens, Argentiniens, Uruguays und Paraguays vom 6.8.2017 die Mitgliedschaft Venezuelas im Mercosur zu suspendieren, ging ein monatelanges Ringen zu Ende. Die Regierung Uruguays, die sich lange den Bestrebungen Brasiliens und Argentiniens widersetzt hatte, gab ihren Widerstand auf, sodass eine einstimmige Entscheidung herbeigeführt werden konnte, Venezuela aus »politischen Gründen« aus dem Mercosur auszuschließen. Diese Entscheidung hat solange Gültigkeit, bis die »demokratischen Institutionen« Venezuelas wiederhergestellt werden. Schon im Dezember 2016 beschlossen die Mitglieder des Mercosur eine »juristische Suspendierung« Venezuelas. Der politische Ausschluss wird mit der »Beseitigung der demokratischen Institutionen« nach der Gesetzgebenden Versammlung (ANC) begründet.[13] Der Ausschluss Venezuelas ist ein weiterer Schritt zur Isolierung des Landes in Lateinamerika und der angestrebten Gleichschaltung neoliberaler

Politik zwischen der Pazifischen Allianz und den Mitgliedern des Mercosur.

C | AUSBAU DER MILITÄRISCHEN PRÄSENZ DER USA IN LATEINAMERIKA

Aufbauend auf der Konzession der Macri-Regierung zum Ausbau von US-Militärbasen in Ushaia und im Dreiländerdreieck Argentinien, Brasilien und Paraguay, könnte es den USA gelingen, sowohl ihre Kontrolle im Südatlantik auszubauen als auch ihren Zugriff auf die Antarktis und auf die Wasserreserven des Guarani-Reservoirs noch stärker abzusichern. Die Präsenz des britischen Militärs auf den Malvinen garantiert einen NATO-Stützpunkt im Südatlantik.

Nun hat die Regierung Temer nachgezogen und wird erstmalig seit Regierungsübernahme durch Präsident Lula 2003 Militärmanöver gemeinsam mit US-Truppen im Amazonasgebiet zulassen. Zwischen dem 6. und 13. November werden Militärmanöver im Amazonasgebiet stattfinden. Sie laufen unter der Bezeichnung AmazonLog und werden in der Gemeinde Tabatinga am Dreiländereck Peru, Kolumbien und Brasilien durchgeführt. Die offiziell erklärten Aufgaben des Manövers bestehen in der verstärkten Kontrolle der illegalen Migration, in der Durchführung humanitärer Hilfsmaßnahmen bei Großveranstaltungen und von Friedensmissionen in entlegenen Gebieten, in Maßnahmen gegen den Drogenhandel und im Vorgehen gegen »Umweltvergehen«.[14]

Erstmalig in Lateinamerika – so schreibt der uruguayische Journalist Raul Zibechi – nehmen US-amerikanische Truppen an einem Militärmanöver im brasilianischen Amazonasgebiet teil. Nach seiner Darstellung stellt die Durchführung dieses Manövers eine grundsätzliche Veränderung der bisherigen Position Brasiliens dar.[15]

Wie die Befürchtungen brasilianischer Experten erkennen lassen, kann dieses Manöver den US-Militärs die Tür zum Amazonasgebiet öffnen. Nach Meinung von Sektoren nationalistisch eingestellter Militärs stellt die »Einladung US-amerikanischer Streitkräfte zu Manövern mit unseren Streitkräften in Amazonasgebiet ein Verbrechen« dar. Andere Experten beurteilen in Übereinstimmung mit diesen Militärs dieses Manöver als Einschränkung der Souveränität Brasiliens, denn bisher wurden niemals ausländische Militärkräfte im »Instruktionszentrum des Dschungelkampfes« der brasilianischen Armee akzeptiert. Mit diesem Manöver ist die Befürchtung verbunden, dass die zeitweilige Militärbasis in Tabatinga in eine permanente verwandelt werden wird und die Temer-Regierung die bisherige Position Brasiliens, sehr vorsichtig mit der nationalen Absicherung des Amazonasbeckens umzugehen, aufgeben wird.

Die Politik der letzten Regierungen Brasiliens, die im Hinblick auf die großen Wasservorräte und der einmaligen Biodiversität des Amazonasbeckens bedacht war, diese Ressourcen im nationalen

Interesse zu nutzen, wird offensichtlich im Interesse der Annäherung an die Trump-Administration verändert.[16]

Die Umorientierung der brasilianischen Position kommt den Interessen des US-Militärs wesentlich entgegen, die vor allem auch die Militärbasis Brasiliens in Alcantara im Blick hatten. Verweigert wurde ihnen der Zugriff auf diese Basis durch die Regierungen Lulas und Rousseffs.[17]

D | AUSBAU DER ZUSAMMENARBEIT DER USA MIT KOLUMBIEN UND DESSEN KOOPERATION MIT DER NATO

Möglich ist auch, dass die USA und die NATO ihre Zusammenarbeit mit Kolumbien verstärken werden. 2013 einigte man sich bereits auf eine Kooperationsvereinbarung. Dies gestattet eine verstärkte Kontrolle über die Biodiversität des Amazonasbeckens und die Ölreserven dieser Region. Schon im Rahmen des Plan Colombia der Bush-Administration aus dem Jahre 2000 hatten die USA 71 Prozent der dafür vorgesehenen 141 Milliarden US-Dollar in die militärische Aufrüstung Kolumbiens gesteckt. Insgesamt werden mit diesen Mitteln 420 000 Mann in Kolumbien unter Waffen gehalten (Cosoy 2016).

DROHENDE GEFAHREN FÜR LATEINAMERIKA

Feststeht, dass der Region Lateinamerika in den nächsten Jahren vonseiten der USA unter Trump verschiedene Gefahren drohen. Fünf seien hier benannt:

In einer Einschätzung der Sociedad Latinoamericana de Economía Política y Pensamiento Crítico (SEPLA) wird davon ausgegangen, dass Trump die Offensive gegen die Länder der Peripherie und die Werktätigen verstärken wird. Die gesellschaftliche Spaltung zwischen Arm und Reich werde sich vertiefen. Dies kann sich aber zugleich durchaus destabilisierend auf das kapitalistische System auswirken.[18]

Trump ist der neuen Rechten in Lateinamerika durchaus sehr willkommen und wird durch seine nationalistische und rassistische Politik ein direkter Partner sein. Die Rechten sehen damit die Möglichkeit, in Zukunft noch mit größerer Gewalt gegen indigene Völkern und Afrolateinamerikaner vorgehen zu können. Das Wiederaufkommen einer neuen Rechten in Lateinamerika richtet sich gegen Transformationsprozesse, die von linksgerichteten Regierungen angestrebt wurden. Ein Beispiel dafür war der kürzlich in Ecuador ausgetragene Wahlkampf, in dem die Rechte mit allen Mitteln versuchte, den Sieg des Kandidaten der sozialistischen Partei Alianza PAIS, Lenin Moreno, zu verhindern. Die Wahl um das Präsidentenamt im April 2017 in Ecuador fand vor dem Hintergrund einer neuen globalen politischen Konstellation statt, in der die USA eine Zurückdrängung der Multi- zugunsten einer Bipolarität anstreben. Dass Lenin Moreno am Ende gewonnen hat und dem bisherigen Präsidenten Rafael Correia nachfolgte, ist damit ein positives Signal für alle, die auf

dem Kontinent eine progressive Politik verfolgen.

Aufgrund des weltweiten Erstarkens neokonservativer und neoliberaler Kräfte werden Gewalt und Unterdrückung allgemein zunehmen. Der Kapitalismus wird in seiner vom US-Kapital abhängigen Form nach neuen Mitteln der Ausbeutung und Unterdrückung suchen. Die Trump-Administration wird sehr aggressiv vorgehen. Dies zeigt schon allein das Beispiel Mexiko. Es dient als Modell, das auf die gesamte Region ausgedehnt werden kann (vgl. Zibechi 2017).

Mit der Erneuerung der Vorherrschaft der USA in Lateinamerika erhält das Problem der Ausschaltung möglicher regionaler Widersacher eine neue Dringlichkeit. Das zeigt sich im besonderen Maße in dem Bestreben von US-Unternehmen, lästige Konkurrenten, etwa einflussreiche brasilianische Unternehmen, aus dem Weg zu räumen. Mit der Aufdeckung von erheblicher Korruption im Zusammenhang mit dem halbstaatlichen Erdölunternehmen Petrobras in Brasilien gelang es der US-Justiz etwa, unter aktiver Beihilfe brasilianischer Staatsanwälte dieses Unternehmen in bedeutende wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bringen. Das Ziel dürfte sein, Petrobras gänzlich als Konkurrenten auszuschalten. Dabei handelt es sich um die Offensive einer mächtigen kapitalistischen Struktur gegen eine weniger starke Struktur. Damit wird die brasilianische Industrie und Wirtschaft insgesamt geschwächt, das Land verliert international an Bedeutung und darüber hinaus eine Unmenge an Arbeitsplätzen (vgl. Lima 2017).

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich in Lateinamerika die nationalen Eliten in erschreckender Weise diskreditiert. Davon betroffen sind auch die linken Kräfte und Bewegungen, die in den letzten knapp zwei Jahrzehnten an die Regierungsmacht gekommen waren. Für sie stellt das eine herbe Niederlage dar und es wird viel Zeit beanspruchen, um diese Rückschläge zu überwinden. An deren Stelle könnten andere Kräfte (u.a. die Evangelikalen) treten und damit ihren negativen Einfluss auf die lateinamerikanischen Gesellschaften ausweiten. Nicht auszuschließen ist auch die Zunahme von sozialer und gesellschaftlicher Unzufriedenheit, die sich in neuen Formen politischen Protestes äußern kann.

CHINA IN LATEINAMERIKA

Der Außenhandel Chinas mit Lateinamerika erhöhte sich zwischen 2000 und 2013 von 13 Milliarden auf 262 Milliarden US-Dollar. Damit nimmt China nach den USA den zweiten Platz als wichtigster Handelspartner Lateinamerikas ein. Bedeutend angewachsen sind die Kapitalinvestitionen, womit eine bedeutende ökonomische Ausweitung der Aktivitäten Chinas zu verzeichnen ist. Besonders die linksgerichteten Regierungen profitierten davon, weil es dadurch unter anderem möglich wurde, die Armutsquote in Lateinamerika im

Zeitraum zwischen 2002 und 2014 von 44 auf 28 Prozent abzusenken (Main 2017).

Mit dieser Entwicklung ist China in der Region zu einem ernsten Konkurrenten der USA herangewachsen. Nach dem Amtsantritt Trumps stellt sich die Frage, ob sich der Einfluss von China in der Region noch verstärken und wie darauf die neue US-Administration reagieren wird. Wie Admiral Tidd unterstrich, ist für die US-Administration die Präsenz Russlands und Chinas in Lateinamerika sehr beunruhigend. Venezuela will russische Waffen kaufen und die Putin-Regierung hat dem Land Beratung in militärischen Fragen zugesagt. China hat beträchtliche Mengen von Kapital in die Erdölproduktion und andere Bereiche in Venezuela investiert.

Ausgehend von den Fakten, die China in Lateinamerika geschaffen hat, ist zu vermuten, dass Präsident Trump entsprechend seiner Ankündigungen im Wahlkampf und danach eine Offensive gegen die Präsenz Chinas in Lateinamerika einleiten wird. Die Frage ist, wer sich auf den Märkten Lateinamerikas durchsetzen wird und kann. Trump will den USA dazu verhelfen, verlorenes wirtschaftliches Terrain zurückzugewinnen. In erster Linie wird es dabei um den Erdölmarkt gehen – und damit um den Ölpreis.

Verschärft sich die Politik Trumps in Bezug auf China, werden für eine Reihe Länder erhebliche Probleme entstehen. Der Druck wird wachsen, weniger mit China zu handeln und den USA stärker entgegenzukommen. Nicht nur Brasilien, sondern ganz Lateinamerika befindet sich damit in einer Phase der Ungewissheit: Werden die jeweiligen Regierungen dazu in der Lage sein, ihre pragmatische Politik aufrechtzuerhalten und die mit China getroffenen Vereinbarungen und Verträge einzuhalten oder müssen sie dem Druck der USA nachgeben und ihre Beziehungen zu China zurückfahren? Ein wesentlicher Teil des lateinamerikanischen Wirtschaftssektors hält eine Vertiefung der Beziehungen zur EU und zu den asiatischen Ländern, besonders zu China, für erforderlich. Das Gleiche gilt in Bezug auf eine Annäherung an das chinesische Projekt der Asien-Gemeinschaft und die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den BRICS-Staaten. Sollte, wie vorausgesagt, der US-Dollar im Wert steigen, kann das China sichtliche Vorteile für seine Exportpolitik bringen. Unter diesen Gesichtspunkten wird sich die Auseinandersetzung zwischen den USA und China im Wesentlichen um die entscheidenden Positionen in Lateinamerika und im pazifischen Raum drehen.

LITERATUR

CELAC, 2017: Declaración Política de la V cumbre de la Celac, 26.1.2017, unter: www.alainet.org/es/articulo/183123

Cosoy, Natalio, 2016: 7 consecuencias negativas del Plan Colombia que quizás no conoces, 4.2.2016, unter: www.bbc.com/mundo/noticias/2016/02/160201_colombia_plan_colombia_15_aniversario_consecuencias_inesperadas_nc

Costa, Antonio, Luiz M., 2017: 2017 não será fácil para a direita neoliberal, 20.1.2017, unter: www.alainet.org/es/node/182768

Iturbe, Néstor García, 2017: Algunos asuntos en los que trabajará Trump en los próximos días, 5.4.2017, unter: www.alainet.org/es/articulo/184590
Katz, Claudio, 2017: El Tormentoso Debut de-Trump, 2.2.2017, unter: Katz%20Trump%20 01_17.pdf, 2.2.2017
Lima, Bruno Rocha, 2017: Lava Jato: as brechas para a interferência dos EUA, 13.1.2017, unter: outraspalavras.net/outrasmidias/capa-outras-midias/lava-jato-janot/
Neuber, Harald, 2017: Designierter US-Außenminister will »Transition« für Venezuela, 20.1.2017, unter: amerika21.de/2017/01/168880/usa-venezuela-tillerson
Nye, Joseph, 2011: Macht im 21. Jahrhundert: Politische Strategien für ein neues Zeitalter, München
Lopez, Germán Gorrai, 2017: Nuevo Orden Mundial de Brzezinski, 10.1.2017, unter: www.alainet.org/es/articulo/184502, Germán Gorraiz López, »EEUU y el «, 10.1.2017
Main. Alexander, 2017: Trump y América Latina, 13.1.2017, unter: www.alainet.org/es/print/182958
Romero, Juan Eduardo, 2017a: Brzezinski, Donald Trump, el sistema-mundo y Venezuela, 9.1.2017, unter: www.alainet.org/es/articulo/182990
Romero, Juan Eduardo, 2017b: »Venezuela: ¿Un nuevo Caracazo?«, 26.2.2017, unter: www.alainet.org/es/articulo/183822
Salazar, Luis Suárez, 2017: El gobierno temporal de Donald Trump: Una redoblada amenaza para Nuestra América, 20.1.2017, unter: www.alainet.org/es/print/183018
Zibechi, Raúl, 2017: La oportunidad Trump, in: Rebelión.org, 10.2.2017, www.rebelion.org/noticia.php?id=222751

1 Dieses Konzept Zbigniew Brzezinskis besagt Schaffung von Instabilität, verstärkter Gewalt und chaotischen politischen Zustandes, d.h. Balkanisierung.

2 Zit. nach www.resumenlatinoamericano.org/2017/01/22/el-secretario-de-estado-de-trump-insiste-en-buscar-una-transicion-a-la-democracia-en-venezuela.

3 Zit. nach www.resumenlatinoamericano.org/2017/04/06/a-los-rumores-de-golpe-interno-la-unidad-del-pueblo-venezolano.

4 Zit. nach www.resumenlatinoamericano.org/2017/04/06/comando-sur-de-ee-uu-tomaria-acciones-contra-venezuela.

5 Vgl. misionverdad.com/la-guerra-en-venezuela/exxon-mobil-acelerar-sus-planes-para-robarse-el-petroleo-venezolano

6 Vgl. www.anh.gov.co/Operaciones-Regalias-y-Participaciones/Sistema-Integrado-de-Operaciones/Paginas/Estadisticas-de-Produccion.aspx.

7 elpais.com/internacional/2017/07/31/estados_unidos/1501526497_220591.html, Estados Unidos impone sanciones económicas a Maduro.

8 www.telesurtv.net/news/Trump-no-descarta-una-opcion-militar-en-Venezuela-20170811-0067.html.

9 amerika21.de/print/183016.

10 www.elsiglo.cl/2017/06/16/trump-cancela-el-acuerdo-bilateral-con-cuba/Trump cancela el acuerdo bilateral con Cuba

11 Der gegenwärtige Präsiden Argentiniens, Mauricio Macri, hat sich vor einigen Jahren (2015) zum Beispiel beklagt, er habe schlechte Erfahrungen mit Trump als Geschäftspartner gemacht. Vgl. hierzu www.perfil.com/politica/macri-sobre-trump-previo-a-que-fuera-electo-presidente-esta.phtml und www.noticiasargentinas.com.ar/nuevosite/57128-el-gobierno-aseguro-que-esta-mas-cerca-hillary-clinton-que-trump.html.

12 www.clarin.com/politica/macri-salon-oval-trump-tarde-capitolio_0_ryLg1i0Rg.html

13 elpais.com/internacional/2017/08/05/actualidad/1501946948_015024.html

14 www.defesanet.com.br/br_usa/noticia/25642/AMAZONLOG—Exercito-dos-EUA-participara-de-exercicio-militar-inedito-na-Amazonia-a-convite-do-Brasil.

15 www.ihu.unisinos.br/169-noticias-2015/548354-os-estados-unidos-ganham-no-brasil-artigo-de-raul-zibechi .

16 www.defesanet.com.br/br_usa/noticia/25662/BR-US—TOA-%E2%80%93-Tropas-dos-EUA-na-Amazonia–Saiba-o-que-esta-em-jogo/.

17 www.cartamaior.com.br/?/Editoria/Politica/Base-de-Alcantara/4/38354.

18 Vgl. hierzu sepla21.org/declaracion-de-sepla-sobre-el-gobierno-trump/

AUTOR*INNEN

MIRIAM BOYER ist promovierte Sozialwissenschaftlerin. Bis Juni 2017 arbeitete sie am Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin. Sie ist Mitgründerin und im Vorstand von México via Berlin, e.V.

ERHARD CROME ist Politikwissenschaftler und Senior Research Fellow beim Welt-Trends e.V. Potsdam. 2002–2016 war er Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von ihm erschien in diesem Jahr »Faktencheck: Trump und die Deutschen« im Verlag Das Neue Berlin.

ALI FATHOLLAH-NEJAD ist ein freier Politologe und Iran-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und am Belfer Center for Science and International Affairs der Harvard Kennedy School. Er ist gegenwärtig Gastwissenschaftler am Brookings Doha Center.

DAVID FELDMAN ist Soziologe und Doktorand an der University of California, Santa Barbara.

MICHAEL T. KLARE ist Professor für Peace and World Security Studies am Hampshire College und Autor mehrerer Bücher, von ihm erschienen ist »The Race for What's Left«. Über Energiekämpfe und Geopolitik schrieb er u.a. in *LuXemburg* 1/2012.

JOHN P. NEELSEN lehrt als Soziologe an der Universität Tübingen und arbeitet zu Fragen der Entwicklungssoziologie mit Schwerpunkt Südasien. Er ist Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung und im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC.

RAINER RILLING ist Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der osa-Luxemburg-Stiftung sowie Redakteur dieser Zeitschrift.

INGAR SOLTY ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift. Er arbeitet zu Fragen der internationalen politischen Ökonomie.

JAN TUROWSKI ist Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Peking.

ACHIM WAHL ist Lateinamerikanist und war 2002–2004 Leiter des Büros der Rosa -Luxemburg-Stiftung in Brasilien (Sao Paulo).

MIRIAM YOUNES ist Islamwissenschaftlerin und Soziologin und promoviert zur libanesischen linken Bewegung. Sie ist seit Juli 2017 Programmdirektorin des Beirut-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

IMPRINT

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis,
Spezial, Dezember 2017
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Leitende Redakteurin: Barbara Fried,
barbara.fried@rosalux.org,
Tel: +49 (0)30 443 10-404

Redaktion: Harry Adler, Michael Brie, Hanno Bruchmann, Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried, Corinna Genschel, Henning Heine, Christina Kaindl, Ferdinand Muggenthaler, Tadzio Müller, Miriam Pieschke, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Ingar Solty, Moritz Warnke und Florian Wilde

Kontakt: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler,
harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 443 10-157
Fax: +49 (0)30 443 10-184
www.zeitschrift-luxemburg.de

Join us on Facebook:
http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg

Grafik Design & Layout:
Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign,
www.matthies-schnegg.com

Druck: Oktoberdruck AG, Berlin

Titelbild: Mural in Kopenhagen,
Foto: Kristoffer Trolle/flickr


DIE WELT UNTER DONALD TRUMP
STRONGMEN, POLITISCHE KRIEGER UND EMPIRE
AUF DER SUCHE NACH DER VERLORENEN HEGEMONIE
MEXIKO, MIGRATION UND FREIHANDEL
IRAN: HÄLT DAS ATOMABKOMMEN?
EINE NEUE WELTORDNUNG DER PETRO-MÄCHTE?
TRUMPS REZEPT FÜR DIE KATASTROPHE IN SYRIEN